B 6897F

Informationen zur politischen Bildung

256

3. Quartal 1997

Deutschland in den fünfziger Jahren

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Gesellschaftliche Entwicklung	3
Entwicklungsphasen	3
Soziale Strukturen	4
Arbeitsgesellschaft	4
Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen	5
Ehe und Familie	6
Jugend und Erziehung	6
Wohnungsbau	7
Konsum	8
Lebensstil und Freizeit	9
Anfänge des Massentourismus	9
Massenmedien	10
Politische Entscheidungen und Einstellungen	10
Institutionelle Grundlagen	11
Parteien und Wahlen	11
Verbände	13
Außen- und Deutschlandpolitik	15
Soziale Ordnung	20
Volksmeinung	20
Umgang mit der NS-Vergangenheit	21
Aufbau eines sozialistischen Staates	24
Partei neuen Typs	24
Ausschaltung politischer Gegner	25
Der 17. Juni 1953	26
Vorübergehende Stabilisierung 1956	28
Mauerbau 1961	31
Wirtschaft in beiden deutschen Staaten	32
Ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik 1945–1961	32
Konsolidierung 1949–1952	32
Wirtschaftswunder	34
Wirtschaftsordnung	36
Europäische und weltwirtschaftliche Integration	37
Wirtschaftliche Entwicklung und Lebenslage in der DDR	39
Demontagen und Reparationsleistungen	40
Industrielle Entwicklungsschwerpunkte ab 1955	41
Neue Eigentumsordnung	42
Versorgungsmängel	42
Lebenslage	43
Kultur in Wiederaufbau	45
Tendenzen des westdeutschen Kulturbetriebs	45
Die „schönen Künste“	46
Ästhetik im Alltag	48
Bildung und Kultur in der DDR	49
Schulen und Hochschulen	49
Politisch-ideologische Bildung und Erziehung	51
Kunstpolitik	52
Belletristik	54
Bitterfelder Konferenzen	55
An der Schwelle zum nächsten Jahrzehnt	56
Auf dem Weg in die westliche Staatenwelt	56
Antifaschismus und Obrigkeitsstaat	56
Literaturhinweise	57

Zu diesem Heft:

Die fünfziger Jahre waren für Deutschland eine Zeit der Grundlegung und der Weichenstellung; manche sprachen sogar in Anlehnung an die wirtschaftliche Blütezeit im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts von „Gründerjahren“. Zwei gegensätzliche Staaten auf deutschem Boden – 1949 in Konfrontation gegründet – entwickelten sich auseinander und wurden in feindliche Blöcke integriert; zwei grundverschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen bildeten sich mit sehr unterschiedlichem Erfolg heraus, sie förderten wiederum sehr unterschiedliche Lebensstile und Lebenslagen. Gemeinsam waren den Deutschen in beiden Staaten der unbedingte Wille zum Wiederaufbau und zur Überwindung der nationalsozialistischen Vergangenheit sowie das Ziel der Einheit.

Entgegen der üblichen Behandlungsweise in der jüngeren Vergangenheit, als man die Geschichte beider Staaten vornehmlich in getrennten Publikationen untersuchte, wird in diesem Heft (wie auch in den folgenden über die sechziger und siebziger Jahre) der Versuch unternommen, die Entwicklung von Bundesrepublik und DDR gemeinsam darzustellen.

Eines der Probleme bei dieser Betrachtungsweise ist die Festlegung der Zäsuren in der Geschichte beider Staaten, da die unterschiedliche Entwicklung auch in verschiedenen Epocheneinschnitten deutlich wurde. Für beide deutsche Staaten ist das Epochenjahr 1949 (Gründung) unbestritten. Schwieriger ist, das Ende dieser Epoche zu bestimmen. Hier wurde der Zeitraum 1961 (Mauerbau) bis 1963 (Rücktritt von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer) angenommen.

Für die DDR war der Mauerbau – die völlige Abschottung gegenüber dem Westen – und damit die Unterbindung der Fluchtbewegung – ein offensichtlicher Einschnitt. Die Bevölkerung wurde gezwungen, sich mit dem Regime abzufinden. Aber auch für die Bundesrepublik bedeutete dieses Datum einen Bruch. Es schien – zumindest für viele Zeitgenossen – das Ende der Wiedervereinigungspolitik Adenauers zu sein. Die Abschließung der DDR schwächte seine Position in der bundesdeutschen Politik und läutete damit die letzte Phase seiner Ära ein, die mit seinem Rücktritt 1963 endet.

Jürgen Faulenbach

Gesellschaftliche Entwicklung

Axel Schildt

Die fünfziger Jahre genießen in der Öffentlichkeit eine sehr unterschiedliche Wertschätzung. Nicht selten dienten sie (seit den siebziger Jahren) in aktuellen politischen Debatten als negativ oder positiv besetztes Symbol. Die besondere Hervorhebung gerade dieser Zeit ist kein Zufall: Die fünfziger Jahre sind die Gründerjahre der Bundesrepublik, in der ein Großteil unserer heutigen politischen und gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen wurzelt. Den einen erscheinen sie als einfache und „gute" Zeit, in der die Menschen ein gemeinsames Ziel kannten und mit Optimismus und Tatkraft verfolgten: den Wiederaufbau. Für die anderen sind es „bleierne Zeiten" voller spießigen Muffs, in denen sich eine weitgehend unpolitische Bevölkerung für nichts anderes interessierte als für die Mehrung ihres privaten Wohlstandes.

Jenseits von nostalgischer Sehnsucht und vehementer Ablehnung versucht die Zeitgeschichtsschreibung den schillernden Charakter der fünfziger Jahre zu verstehen und näher zu bestimmen. Einerseits handelte es sich um den Beginn eines demokratischen politischen Systems und um eine Phase rasanter wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen, welche die Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit zu einer noch nie vorher gekannten Wohlstandsblüte und Modernität führten. Andererseits gab es, trotz der Entnazifizierung, auch unübersehbare personelle Kontinuitäten beispielsweise in der Wirtschaft, in den Universitäten und in der Justiz – die berufliche Karriere vieler Angehöriger der Wiederaufbau-Generation hatte bereits vor 1933 begonnen und war im Dritten Reich fortgesetzt worden. Dies galt nicht nur für die „Funktionseliten", sondern auch für den Großteil der Bevölkerung. Es gab daher eine „Volkskontinuität" (Lutz Niethammer), die sich bis in kulturelle Vorlieben hinein äußerte. So wiesen etwa die Illustrierten, die Unterhaltungsmusik und die Filme der fünfziger Jahre nicht geringe Ähnlichkeiten zu jenen der dreißiger Jahre auf.

Die fünfziger Jahre waren ein Zeitraum, in dem die Menschen, denen der Krieg noch „in den Knochen steckte", vor allem Ruhe und Sicherheit erstrebten. Es war zudem der Abschluß einer Epoche, die etwa um die Wende zum 20. Jahrhundert begonnen hatte. Die Erwerbsstruktur mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher und sonstiger manueller Arbeit, ein geringer Anteil an höherer Bildung, autoritäre Wertmuster in Ehe, Familie und Schule lassen uns diese Zeit als weit entfernte Geschichte erscheinen. Andererseits zeigen sich die fünfziger Jahre in vielem als der Beginn der heutigen modernen Gesellschaft: Aufstieg des Fernsehens, Anfänge des Automobilbooms, des Massentourismus und der Teenagerkultur mögen als Stichworte ausreichen. Zwischen der Abschaffung der Lebensmittelkarten 1950 und dem ersten Auftritt der „Beatles" (in Hamburg) 1960 scheint jedenfalls weit mehr als ein Jahrzehnt zu liegen.

Entwicklungsphasen

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die fünfziger Jahre in Phasen einzuteilen; dabei erweist sich auch, daß der zusammengehörige historische Abschnitt mehr als das Jahrzehnt von 1950 bis 1960 umfaßt:

◇ Am leichtesten ist es, die grundlegenden politischen Einschnitte zu nennen: Der Bogen spannt sich von der Gründung der Bundesrepublik 1949 über den Beitritt zur NATO und die Gewinnung der staatlichen Souveränität 1955 (die aufgrund alliierter Vorbehaltsrechte allerdings erst 1990 vollständig erreicht wurde) bis zum Bau der Berliner Mauer und der damit vollständigen Abschottung der beiden deutschen Staaten 1961.

◇ Für die wirtschaftliche Entwicklung wird man den Anfangspunkt bereits auf die Währungsreform 1948 legen; ein Endpunkt ist schwerer auszumachen. Der ununterbrochene wirtschaftliche Aufstieg reichte bis zur ersten Rezession Mitte der sechziger Jahre. Neuere Darstellungen betonen, daß der epochale wirtschaftliche Boom der Nachkriegszeit erst Anfang der siebziger Jahre endete.

◇ Mit Blick auf die Gesellschaft Westdeutschlands fällt vor allem das letzte Drittel der fünfziger Jahre als entscheidender Anfangszeitraum moderner Entwicklung auf. In dieser Phase zeigten sich die ersten Konturen der Wohlstandsgesellschaft und ihrer charakteristischen Lebensstile und Konsummuster, begann der Personenkraftwagen-Boom und der Siegeszug des Fernsehens. In sozialkultureller Hinsicht ist deshalb auf die enorme Bedeutung gerade dieser „kurzen fünfziger Jahre" (Schildt/Sywottek) hingewiesen worden, in denen sich die westliche Moderne mit ihren massenkulturellen Produkten und Leitbildern gerade in der jüngeren Generation durchzusetzen begann.

Zwischen wirtschaftlicher, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung gab es wiederum enge Zusammenhänge, die stets mitbedacht werden müssen, selbst wenn die einzelnen Stränge im folgenden getrennt geschildert werden. So

Foto: AKG photo

Ein Symbol für den wirtschaftlichen Aufstieg in den fünfziger Jahren: Das Volkswagenwerk feiert am 5. August 1955 die Fertigstellung einer Million des populären „Käfer".

wurde die parlamentarische Demokratie von der großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert, auch weil im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft das „Wirtschaftswunder" begann. Und ohne die wirtschaftliche europäische Integration und die Verankerung in der westlichen Weltwirtschaft wäre die Bundesrepublik wohl nicht bereits in den fünfziger Jahren zu einer Gesellschaft westlich geprägten Zuschnitts geworden.

Soziale Strukturen

Über der „Zusammenbruchsgesellschaft" (Christoph Kleßmann) der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte ein Nebel sozialer Unübersichtlichkeit gelegen. Vielfältige persönliche Katastrophen – Obdachlosigkeit, Hunger, Verlust von Angehörigen, Flucht und Vertreibung, Kriegsbeschädigung und Gefangenschaft – drängten den Eindruck auf, ganz Deutschland sei gleichermaßen entwurzelt und verarmt. Um 1950 aber begannen sich die sozialen Strukturen einer modernen Industriegesellschaft wieder deutlich abzuzeichnen, selbst wenn außergewöhnliche Schicksalslagen noch lange nachwirkten.

Etwa ein Viertel der Erwerbstätigen war 1950 in der Landwirtschaft beschäftigt, über 40 Prozent in Handwerk und Industrie und ein Drittel im tertiären Sektor (Handel, Verkehr, Dienstleistungen). Bis 1960 war der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf knapp 14 Prozent zurückgegangen, während nun in Handwerk und Industrie fast die Hälfte und im tertiären Sektor 38 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten (vgl. auch Seite 34 f.). Die Bundesrepublik wurde also in den fünfziger Jahren zunächst in noch ausgeprägterem Maße eine Industriegesellschaft, aber auch die künftige Vorherrschaft des tertiären Sektors, dessen Anteil an der Beschäftigung seither allein noch zunahm, deutete sich bereits an.

Unter dem Gesichtspunkt der Stellung im Beruf hatte sich die herkömmliche Sozialstruktur zunächst wiederhergestellt. Der Anteil der Selbständigen sank in den fünfziger Jahren von etwa 16 Prozent auf 13 Prozent. Seit den zwanziger Jahren hatten die Arbeiter etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen gestellt – die Volkszählungen von 1950 und 1961 ermittelten weiterhin jeweils etwa 50 Prozent, während der Anteil der Angestellten von 16 auf 23 Prozent anstieg.

Mittelstandsgesellschaft

Das zeitgenössisch wohl einflußreichste und eingängigste Bild von der Gesellschaft der Bundesrepublik im Wiederaufbau war das einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" (Helmut Schelsky). Dieser Vorstellung zufolge kreuzten sich seit dem Ende des Ersten, aber verstärkt infolge des Zweiten Weltkrieges Aufstiegsprozesse der Industriearbeiterschaft und der technischen sowie der Verwaltungsangestellten in den Mittelstand mit dem Abstieg früher wohlhabender Schichten des Besitz- und Bildungsbürgertums (zum Beispiel durch Vertreibung aus dem Osten und eine progressive, das heißt mit Höhe des Einkommens steigende Besteuerung). Ergebnis sei die Herausbildung einer kleinbürgerlich-mittelständischen Gesellschaft bescheidenen materiellen Zuschnitts, in der die früher grundlegende soziale Klassenspannung fehlte. Der Angleichung der wirtschaftlichen Statusunterschiede folge eine zunehmende Vereinheitlichung sozialer und kultureller Verhaltensformen.

Die Vorstellung der Nivellierung entsprach der beginnenden Verbesserung der Lebensbedingungen und dem auf die Mittelschichten orientierten Selbstbild der Bevölkerung, auch der Arbeiter. Nicht der kämpferisch ausgetragene Konflikt zur Durchsetzung von Interessen, sondern die Gemeinsamkeit der „Sozialpartner" bildete in den fünfziger Jahren das dominierende Leitbild. Im „Wirtschaftswunder" konnte gleichsam wie in einem Fahrstuhl die gesamte Gesellschaft nach oben streben, ohne daß deshalb soziale Ungleichheiten verschwunden wären. Nach dem Wechsel von Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, halbwegs gutem Auskommen und bitterer Not über Generationen hinweg – gesteigert noch durch die beiden Kriege – bildeten der rasche Rückgang der Arbeitslosigkeit und die gleichzeitige annähernde Verdoppelung der Einkommen eine Erfahrung von sozialhistorisch geradezu revolutionärer Bedeutung.

Ein hoher Stellenwert kam in diesem Zusammenhang auch der großen Rentenreform zu, die vom Bundestag 1957 nahezu einstimmig verabschiedet wurde. Zum einen wurden die Altersrenten beträchtlich erhöht; zum anderen trat gleichzeitig das Prinzip der „Dynamisierung" in Kraft, die Kopplung der Renten an das aktuelle Lohnniveau. Dadurch wurde erstmals eine annähernd parallele Entwicklung der Renteneinkommen der älteren Generation und der Arbeitseinkommen der im Beruf stehenden Generation ermöglicht, und die Rentnerinnen und Rentner traten aus dem Schatten des „Wirtschaftswunders".

Arbeitsgesellschaft

Zeitgenössische Beobachtungen betonten immer wieder den emsigen Fleiß der westdeutschen Bevölkerung, die fünfziger Jahre waren eine Zeit enormer Arbeitsanstrengungen. Charakteristisch waren dafür folgende Faktoren:

◇ Die Zahl der Erwerbstätigen wuchs in der expandierenden Wirtschaft von 1950 bis 1960 um 4,5 Millionen auf 26,5 Millionen.

◇ Die Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum von elf Prozent auf 1,3 Prozent; es herrschte also am Ende der fünfziger Jahre nahezu Vollbeschäftigung, in vielen Branchen sogar Arbeitskräftemangel. Am Ende des Jahrzehnts setzte deshalb die Anwerbung von Gastarbeitern aus südeuropäischen Ländern ein (1960 stellten sie 1,3 Prozent von allen Erwerbspersonen).

◇ An der Ausweitung der Beschäftigung hatten die Frauen einen überdurchschnittlichen Anteil. Von 4,3 auf 6,8 Millionen (das heißt um 60 Prozent) stieg ihre Zahl bei den abhängig Beschäftigten in den fünfziger Jahren. 37 Prozent aller Erwerbspersonen waren 1960 Frauen (gegenüber 35 Prozent 1950).

Fotor: Jürgens Ost + Europa-Photo

Kurz nach Beendigung der letzten Kämpfe zwischen russischen und deutschen Truppen kehren am 2. Mai 1945 die ersten Flüchtlinge in die Hauptstadt Berlin zurück.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Anfang der fünfziger Jahre beginnt in der Bundesrepublik auch die Bürokratie wieder auf Hochtouren zu laufen. In der Registratur einer Behörde stapeln sich die Aktenberge.

◊ Auch die Jugend war in den fünfziger Jahren in starkem Maße in das Erwerbsleben einbezogen. Einer Umfrage des EMNID-Instituts zufolge standen 1953 69 Prozent der 15 bis 17jährigen und 85 Prozent der 18 bis 20jährigen im Beruf (zum Vergleich 1984: 19 bzw. 56 Prozent).

◊ Die Arbeit war in den fünfziger Jahren noch in starkem Maße von körperlich anstrengender Tätigkeit bestimmt; nach Berechnungen des Soziologen Morris Janowitz galt dies 1955 noch für fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung. Deshalb wurden Rationalisierungsvorgänge – zumal sie selten mit betrieblichen Entlassungen verbunden waren – in der Regel von den Beschäftigten begrüßt.

◊ Je mehr es mit der westdeutschen Wirtschaft bergauf ging, desto länger mußte zunächst gearbeitet werden. Mit 49 Stunden – in der Regel an sechs Arbeitstagen – wurden in der Industrie 1955 die längsten Arbeitszeiten nach dem Krieg gemessen.

Damit stand die Bundesrepublik international an der Spitze. Die extrem langen Arbeitszeiten galten auch für den Großteil der Jugendlichen und Frauen – Teilzeitarbeit war noch nahezu unbekannt. Seit Mitte der fünfziger Jahre sank allerdings die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden (1960). Noch wichtiger als diese durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung war der damit verbundene allgemeine Übergang zur fünftägigen Arbeitswoche. Die gewerkschaftliche Parole „Samstags gehört Vati uns!“ (der Familie) gewann eine hohe Popularität. Auch für viele Betriebe überwogen die Vorteile der fünftägigen Arbeitswoche. Ein Drittel aller Erwerbstätigen, die Hälfte der Arbeiterschaft, konnte am Ende der fünfziger Jahre regelmäßig ein langes Wochenende genießen.

Aber es handelte sich erst um die Vorstufe der 40-Stunden-Woche, so daß in den meisten Betrieben nun an den verbleibenden Werktagen länger als acht Stunden gearbeitet werden mußte, weil der Wegfall der Samstagsarbeit durch die Arbeitszeitverkürzung nicht aufgewogen wurde. Zudem erhöhten sich in der Phase der Arbeitszeitverkürzung die – statistisch nicht genau zu erfassenden – Überstunden, und auch die Schichtarbeit nahm zu. 1960 standen zwölf Prozent aller männlichen Arbeitnehmer im Schichtdienst.

Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen

Bei der Volkszählung 1950 waren fast acht Millionen Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus der Tschechoslowakei und aus südosteuropäischen Ländern sowie 1,5 Millionen aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR Zugewanderte registriert worden. Neubürgerinnen und Neubürger stellten also ein Fünftel der Einwohnerschaft der jungen Bundesrepublik. 1960 machten sie mit über 13 Millionen sogar ein Viertel der Bevölkerung aus. Erst mit dem Bau der Mauer in Berlin 1961 versiegte der Flüchtlingsstrom aus der DDR.

Im Schatten der Aufmerksamkeit für den großen Bevölkerungsstrom von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus der DDR stand die Auswanderung nach Übersee im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Von 1950 bis 1960 wanderten etwa 800000 Deutsche nach Übersee aus, drei Viertel davon in die USA. Im Laufe der fünfziger Jahre, als sich die Lebensumstände zunehmend verbesserten, gingen die Auswanderungszahlen allmählich zurück.

Flüchtlingslager 1957

In den rund 3000 Lagern der Bundesrepublik leben [...] noch 372000 Menschen. Dazu kommen die 56 Lager in Westberlin, in denen bei der letzten Erhebung noch einmal 26000 Menschen gezählt wurden. Das sind zusammen rund 400000 Menschen. Eine Wohnung, die einfachen Ansprüchen genügt, kostet heute zwischen 16000 und 20000 DM. Rechnet man für jeweils eine Familie von vier Personen eine Wohnung, so brauchen wir rund 100000 Wohnungen. Um sie zu bauen, sind alles in allem 2 Mrd. DM notwendig. Regierung und Parlament haben bisher noch keinen Weg gefunden, um aus dem Bundeshaushalt von rund 33 Mrd. DM diese Mittel abzuzweigen.

Inzwischen werden Jahr für Jahr neue Mittel in die bestehenden Lager gesteckt. In den 3000 Lagern gibt es 16000 Baracken, Bunker, Hallen und Kasernen. 6600 davon sind in „gutem“ Zustand, d. h. daß man sie bei bescheidenen Ansprüchen als bewohnbar bezeichnen kann. 9400 aber sind in schlechtem bis sehr schlechtem Zustand. Die Fundamente sind abgesackt, die Dächer leck geworden, die Behausungen nach allgemeinen Standards unbewohnbar. Daß sie noch stehen, ist nur dem Fleiß und der Geschicklichkeit der Bewohner zu verdanken, die immer wieder daran herumflicken. Ein kleiner Teil der Baracken stammt noch aus dem Ersten Weltkrieg. Die meisten sind vor fünfzehn, zwanzig Jahren für ausländische Rüstungsarbeiter in der Nähe neuer Industrien gebaut worden oder dienten einmal dazu, Arbeitsdienst- und Wehrmachtseinheiten unterzubringen. Ein Teil schließlich wurde als Notunterkünfte für Ausgebombte in Kriegszeiten erstellt.

Eine Baracke hat ein Lebensalter von zehn Jahren. Es ist also geradezu ein Wunder, daß rund 10000 Holzbaracken immer noch bewohnt werden.

Die meisten Lager gibt es in Niedersachsen: 1024. An zweiter Stelle steht Nordrhein-Westfalen mit 909. An dritter Stelle kommt Schleswig-Holstein mit 515. Während Niedersachsen und vor allem Nordrhein-Westfalen über Beschäftigungsmöglichkeiten verfügen, ist die Not in Schleswig-Holstein am größten. Hier leben auch nach Niedersachsen (100000) die meisten Menschen noch in Lagern, nämlich an die 80000 Menschen.

Die schwerste Last hat dabei Lübeck zu tragen, denn mit über 14000 Lagerinsassen wohnen allein im Stadtkreis Lübeck über ein Fünftel aller Lagerbewohner des Landes. [...] Lübeck ist relativ die größte Flüchtlingsstadt Westdeutschlands.

Handelsblatt vom 8./9. März 1957, in: Werner Abelshauser, Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987, S. 116 f.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Auch Ende der fünfziger Jahre sind die Schulen und Schulklassen noch vielfach überfüllt.

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen stellte eine enorme gesellschaftliche Aufgabe dar. Dies galt vor allem für die stärker agrarisch geprägten Hauptaufnahmeländer Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in denen fast drei Viertel der Vertriebenen zunächst eine neue Heimat fanden. Die Eingliederung ging nicht immer konfliktfrei vonstatten. Auch wenn je nach Lebensalter, erlerntem Beruf, sozialer Stellung und gerettetem bzw. verlorenem Vermögen, Zeitpunkt der Flucht oder Vertreibung sowie landsmannschaftlicher Herkunft sehr unterschiedliche Bedingungen vorlagen, waren die Neuankömmlinge gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung im Durchschnitt materiell benachteiligt. Obwohl es staatliche Finanzhilfen aus dem Lastenausgleichsfonds gab (siehe dazu auch Seite 21), verfügten sie vergleichsweise über weniger Besitz, lebten eher in kleinen Ortschaften sowie unter schlechteren Wohnbedingungen, und ihre Kinder hatten geringere schulische Möglichkeiten.

Aufstiegswillen

Andererseits bewiesen gerade Vertriebene und Flüchtlinge häufig einen besonderen Aufstiegswillen. Und es ist zu Recht betont worden, daß sie nicht nur von der Leistungskraft der Wirtschaft profitierten, die ihre Integration in das Erwerbssystem ermöglichte. Umgekehrt war die dringend benötigte Arbeitskraft der Vertriebenen und Flüchtlinge in vielen Branchen und Regionen auch eine Voraussetzung für den langandauernden ökonomischen Aufschwung.

Die anfänglichen Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern, und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht. In zunehmendem Maße lebten sich die neuen Bürgerinnen und Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und kleinerer Ortschaften wie Ennepetal-Milspe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu-Gablonz in Bayern blieben die Ausnahme. Zwar gab es Flüchtlingssiedlungen und Stadtviertel mit hohem Vertriebenenanteil, aber in den meisten Städten wurde bei der Wohnungsvergabe auf die Mischung der Bevölkerung geachtet. Und die Verbindungen mit der alteingesessenen Bevölkerung nahmen zu, durch gegenseitige Heirat, kollegiales Zusammentreffen am Arbeitsplatz, gemeinsames Vereinsleben und die Begegnung in der Kirchengemeinde. Auch die eingesessene Bevölkerung mußte sich in diesen Jahren neuen Lebensumständen anpassen, so daß man zu einem guten Teil vor gemeinsamen Aufgaben stand.

Ehe und Familie

Infolge der Kriegsverluste gab es erheblich mehr Frauen als Männer. 1950 kamen auf 100 Frauen der Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren nur 77 Männer (1961: 89; 1982: 106). Daraus ergaben sich verminderte Heiratschancen der Frauen einer ganzen Generation.

Die Zahl der Eheschließungen in den fünfziger Jahren (jährlich etwa eine halbe Million, jeweils etwa neun bis zehn je 1000 Einwohner) unterschied sich kaum von den Daten der Zwischenkriegszeit. Spezifisch war dagegen das stetige Sinken des durchschnittlichen Heiratsalters, bei Frauen von 25,4 auf 23,7 Jahre (von 1950 bis 1960), bei Männern von 28,1 auf 25,9 Jahre.

Das Sinken des Heiratsalters und die häufig schnelle Entscheidung zur Ehe lagen offenbar vor allem an den miserablen Wohnbedingungen. Ein vor- bzw. außereheliches Zusammenleben war in den fünfziger Jahren angesichts rigider moralischer und gesetzlicher Vorschriften kaum möglich; ein unverheiratetes Paar erhielt keine eigene Wohnung. Bei 70 bis 75 Prozent der Eheschließungen war amtlichen Erhebungen zufolge ein Kind unterwegs. Aber auch die Heirat garantierte noch nicht die sofortige Gründung eines selbständigen Haushalts. Etwa die Hälfte aller Neuverheirateten mußte 1950 zunächst noch bei Eltern oder Schwiegereltern wohnen. In die Regierungserklärung von Konrad Adenauer wurde 1953 der Satz aufgenommen: „Die ganze Entwicklung unserer Zeit ist der Gründung einer gesunden Familie abträglich."

Die äußerliche Stabilität der Ehe stellte sich in den fünfziger Jahren rasch wieder ein. Nachdem die Scheidungsziffer (Ehescheidungen je 10000 Einwohner) nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst steil angestiegen war und auch 1950 noch auf einem hohen Niveau (16,9) verharrte, sank sie bis zur Mitte des Jahrzehnts deutlich (unter neun) ab.

Gleichberechtigungsgesetz

Diese bemerkenswerte Stabilität war auch darauf zurückzuführen, daß die Ehe im Wiederaufbau in besonders hohem Maße als Solidaritätsverband zum Erreichen materieller Verbesserungen empfunden wurde. Bei einer repräsentativen Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie fand sich 1954 allerdings noch keine Mehrheit für die Auffassung, daß Männer und Frauen in der Ehe die gleichen Rechte und Pflichten haben sollten. Nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen vertraten einhellig die Auffassung, es sei nicht die Aufgabe des Mannes, im Hause mitzuhelfen. Erst 1957 wurden mit dem Gleichberechtigungsgesetz nach zähen parlamentarischen Verhandlungen einige Vorgaben des Grundgesetzes über die Gleichberechtigung in der Ehe eingelöst. Der Mann konnte nicht mehr allein Wohnort und Wohnung bestimmen, die Frau bedurfte nicht mehr der Zustimmung ihres Gatten für die Annahme einer Arbeit; allerdings war sie nur „berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit das mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar" sei. Und es blieb im Konfliktfall beim Entscheidungsrecht des Vaters in Angelegenheiten des gemeinsamen Kindes. Erst die Eherechtsreform von 1976 setzte die Gleichberechtigung weitgehend durch.

Jugend und Erziehung

Die Kinder und Jugendlichen hatten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die materielle Not der gesamten Bevölkerung geteilt: Unterernährung, Wohnungsnot, Flüchtlingselend und anfangs häufig auch Vaterlosigkeit kennzeichneten die Situation in den Familien.

Der dafür geläufige Begriff der „Jugendnot" wurde auch um 1950 noch häufig benutzt. Vor allem die Wohnverhältnisse waren sehr beengt und verbesserten sich nur langsam. Nach repräsentativen Erhebungen verfügten Anfang der fünfziger Jahre nur 40 Prozent, Mitte des Jahrzehnts etwa 50 Prozent der Jugendlichen (14 bis 21jährigen) über einen eigenen Raum, während die anderen das Schlafzimmer mit den Eltern bzw. einem Elternteil oder Geschwistern teilten.

„Jugendnot" schloß Anfang der fünfziger Jahre die unter Jugendlichen besonders hohe Arbeitslosigkeit ein. Eine Viertelmillion Erwerbslose unter 25 Jahren zählte die amtliche Statistik 1950, und es wurde sogar der Vorschlag gemacht, die Schulzeit zu verlängern, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Nur wenige Jahre später hatte der wirtschaftliche Aufschwung dafür gesorgt, daß statt hoher Arbeitslosigkeit die frühe Berufstätigkeit typisch für die Lebenssituation der Jugendlichen geworden war. Mehr als vier Fünftel der Jugendlichen teilten den langen Arbeitstag der Erwachsenen. Nach den bis 1960 gültigen Regelungen des Jugendarbeitsschutzes war für 14 bis 18jährige eine wöchentliche Arbeitsdauer von maximal 48 Stunden zulässig. Empirischen Erhebungen zufolge arbeitete aber ein großer Teil der Jugendlichen noch länger.

Schulbesuch

1950 besuchte lediglich ein Zehntel, 1960 dann ein Fünftel der 16jährigen Jugendlichen noch eine allgemeinbildende Schule. Die grundlegende soziale Struktur der Gesellschaft bildete sich zu dieser Zeit im dreigliedrigen Schulwesen noch ebenso deutlich ab wie in den zwanziger Jahren. Von den 13jährigen – dem letzten Altersjahrgang ohne Berufstätigkeit – besuchten 1952 etwa 80 Prozent und 1960 etwa 70 Prozent Volksschulen (Grund- und Hauptschulen), sechs bzw. elf Prozent Realschulen, zwölf Prozent bzw. 15 Prozent Gymnasien. Die Abiturientenquote (des jeweiligen Geburtsjahrgangs) stagnierte zwischen vier und fünf Prozent (1950) und fünf bis sechs Prozent (1960). Charakteristisch war der relativ geringe Anteil von Mädchen, die in den fünfziger Jahren nur ein Drittel der Schülerschaft in den gymnasialen Oberstufen stellten.

Stärker als die Verteilung schulischer Qualifikationen veränderte sich die Ausstattung der Schulen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Extreme Raumnot angesichts kriegszerstörter Schulgebäude und Lehrermangel kennzeichneten die Situation um 1950. Ein Zwei-, Drei- oder sogar Vierschichtbetrieb war nicht selten. Durch großzügige Neubauprogramme und vermehrte Einstellungen von Lehrpersonen konnte die Situation rasch verbessert werden. 1950 kamen in den Volksschulen 49 Schülerinnen und Schüler auf eine Lehrkraft, 1956 nur noch 37. Allerdings blieb es dann für einige Jahre bei dieser Relation.

Eindrucksvoll war die Verbesserung beruflicher Qualifikation in den fünfziger Jahren. Die Lehrlingsquote, das heißt die Zahl der Lehr- und Anlernlinge je 100 der Gleichaltrigen, stieg von 46 (1950) über 55 (1960) auf 64 (1966). Und von den Berufsschulen wurden 1949 zwei Drittel und 1952 nahezu alle männlichen Schulpflichtigen erfaßt. Die Mädchen wurden Anfang der fünfziger Jahre noch häufig wegen Überfüllung der Berufsschulen zurückgestellt – Ausdruck zeittypischer Benachteiligung. Bis zur Mitte des Jahrzehnts konnten auch sie weitgehend eingegliedert werden.

Während 1950 70 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse auf Industrie und Handwerk, 28 Prozent auf den Dienstleistungssektor entfielen, hatte sich das Verhältnis 1960 mit 50 bzw. 46 Prozent nahezu angenähert. Durch die zunehmende Qualifikation begann sich allmählich ein Bildungsgefälle zwischen den Generationen herauszubilden. Als Indikator hierfür kann beispielsweise die zunehmende Beherrschung des Englischen gelten.

Die Steigerung der Bildung war allerdings nur ein Faktor der Auseinanderentwicklung von jung und alt. Ende der fünfziger Jahre betrat eine Jugendgeneration die Bühne, die den Krieg nicht mehr miterlebt hatte und im Wiederaufbau aufgewachsen war. Die Arbeitszeitverkürzungen und die höheren Löhne und Einkommen hatten mittlerweile die Möglichkeiten zur Freizeit auch der berufstätigen Jugend, also der Mehrheit der Jugendlichen, vermehrt. Und massenkulturelle Angebote in Film, Musik und Mode – nicht zuletzt aus den USA – führten zu neuen Leitbildern.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre stießen überkommene und autoritäre Erziehungsstile und der Wunsch der Jugendlichen nach einem selbstbestimmten Raum, einer eigenen „Jugendteilkultur" (Friedrich Tenbruck) zusammen. Innerfamiliäre Kämpfe um für die Eltern provokative Frisuren, Kleidung und Musik gaben dem Ausdruck. Die alten Autoritäten, Eltern, Lehrer, Lehrherren und Geistliche verloren tendenziell die Kontrolle über die Jugendlichen, die ihre vorwiegend auf Konsum orientierten Leitbilder zunehmend aus Unterhaltungsindustrie und Massenmedien bezogen.

Wohnungsbau

Im Zweiten Weltkrieg waren mehr als 20 Prozent allen Wohnraums zerstört worden, und durch den anhaltenden Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen hatte sich die Bevölkerungszahl Westdeutschlands gegenüber dem Vorkriegsstand um ein Fünftel auf etwa 51 Millionen erhöht. 1950 mußten sich statistisch jeweils drei Haushalte zwei Wohnungen teilen, und nur etwa die Hälfte der Haushalte verfügte über eine Kochstelle zur alleinigen Benutzung. Das Untermieterdasein war nicht mehr Kennzeichen alleinstehender Personen, sondern zum Schicksal mehrköpfiger Familien geworden. Erst Mitte der fünfziger Jahre stand statistisch wieder jeder Person ein Raum zu, aber noch 1960 war im Bundesgebiet ein Sechstel aller Wohnungen mit mehr als einem Haushalt belegt.

Die bedrückende Enge des durch die jeweiligen Ämter zugeteilten Wohnraums und der Zwang zur Gemeinschaft mit fremden Menschen ließen die Wiedererlangung und Sicherung privater Häuslichkeit zum zentralen Ziel der Westdeutschen werden.

Foto: Bundesbildstelle

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot entstehen in vielen Städten Neubausiedlungen.

Es wurde als Glücksfall angesehen, eine der Sozialwohnungen zu erhalten, deren Förderung das Kernstück des 1950 einmütig verabschiedeten Ersten Bundeswohnungsbaugesetzes bildete. Mehr als fünf Millionen Wohnungen wurden zwischen 1950 und 1960 errichtet, davon circa 60 Prozent als staatlich subventionierte Sozialwohnungen, deren Ausstattung bestimmte Standards nicht überschreiten durfte. Dem Gesetz zufolge sollten sie „für die breiten Schichten des Volkes" bestimmt sein. Einzugsberechtigt war jeder Haushalt, der ein bestimmtes Einkommen nicht überschritt (bis 1953 die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte). Viele der neuen Mieter – etwa ein Fünftel – zahlten einen Baukostenzuschuß (in der Regel 20 Prozent eines Jahreseinkommens), um bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt zu werden. Die Sozialwohnungen waren sehr klein, anfangs für eine vierköpfige Familie mit weniger als 50 Quadratmetern bemessen. Aber auch dies bedeutete meist einen räumlichen Zugewinn gegenüber dem vorherigen Wohnen in überfüllten Altbauquartieren oder behelfsmäßigen Unterkünften. Im Laufe der fünfziger Jahre erhöhte sich die durchschnittliche Quadratmeterzahl im Wohnungsbau stetig von etwa 55 Quadratmetern 1953 auf 70 Quadratmeter 1960 (bzw. von 53 auf 68 Quadratmeter im Sozialen Wohnungsbau), und seit Mitte des Jahrzehnts waren nicht mehr Drei-Raum-Wohnungen (Wohnungen mit drei Räumen einschließlich der Küche), sondern Vier-Raum-Wohnungen die Regel. Diese Raumausweitung konnte immer seltener im innerstädtischen Wohnungsbau realisiert werden. Nachdem die Großstädte bis zur Mitte der fünfziger Jahre wieder annähernd die Bevölkerungszahl der Vorkriegszeit (1939) erreicht hatten, verlagerte sich der Wohnungsbau an den Rand der städtischen Ballungszentren oder in gerade baulandmäßig erschlossene, zum Teil vormals landwirtschaftlich genutzte Regionen. Es wuchsen die „Schlafstädte" im Umkreis von bis zu einer Stunde Bahn- oder Autofahrt zur Innenstadt; während nach den Daten der Volkszählung 1950 etwa ein Sechstel der Bundesbürgerinnen und -bürger Berufspendler waren (das heißt in unterschiedlichen Orten arbeiteten und wohnten), registrierte die nächste Volkszählung 1961 bereits nahezu ein Drittel. Die Auflockerung und Gliederung in eine Art suburbane Stadtlandschaft und der allmähliche Wandel von deutlichen Stadt-Land-Kontrasten zu einem Stadt-Land-Kontinuum wurde seit der Mitte der fünfziger Jahre immer deutlicher erkennbar.

Eine Wohnung oder sogar das Eigenheim im Grünen, von staatlicher Seite mit dem Zweiten Bundeswohnungsbaugesetz (1956) steuerlich massiv gefördert, avancierte zum erfüllbaren Traum. Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, besaß Anfang der fünfziger Jahre ein Eigenheim, zehn Jahre später, bei der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, hatte mehr als ein Drittel aller Haushalte Wohneigentum vorzuweisen; bei Selbständigen waren es 60 Prozent, bei Arbeitern, Angestellten und Beamten jeweils etwa 30 Prozent.

Konsum

Das mit den fünfziger Jahren häufig verbundene Bild vom schlemmenden Michel, dem Wohlstandsbürger, der von der „Freßwelle" zu immer feineren sonstigen Genüssen und Vergnügungen überging, ist unzutreffend. In den meisten westdeutschen Haushalten ging es noch lange sehr bescheiden zu. Die Löhne und Einkommen von 1950 entsprachen von der Kaufkraft her etwa denen der besten Jahre der Zwischenkriegszeit (1928 und 1938). Allerdings hatten Krieg und Nachkriegswirren sehr häufig zum Verlust von Hausrat und Einrichtungsgegenständen geführt, so daß es einen großen Nachholbedarf gab.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Mitte der fünfziger Jahre fahren die ersten Deutschen mit ihren Kleinwagen nach Italien.

Die ausgabefähigen Einkommen (das heißt sämtliche Einkommen abzüglich der Steuern und gesetzlichen Versicherungen) verdoppelten sich bei einem vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalt (laut Statistischem Bundesamt) zwischen 1950 und 1960 auf monatlich 670 DM. Den größten Ausgabenposten bildeten die Nahrungsmittel, allerdings mit sinkendem Anteil (1950: 46 Prozent; 1960: 36 Prozent), während für Getränke und Tabakwaren 1960 relativ mehr ausgegeben wurde als ein Jahrzehnt zuvor.

Da auch die Ausgaben für die Wohnung mit neun bis zehn Prozent während des gesamten Jahrzehnts stabil blieben – Ergebnis gesetzlicher Mietpreisbindungen und staatlicher Wohnungsbaupolitik – überwog nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes Ende der fünfziger Jahre erstmals der sogenannte „elastische" den sogenannten „starren Bedarf" (Nahrungsmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung). Die Summe der – in engen Grenzen – wahlweise für verschiedene Zwecke einzusetzenden Ausgaben wuchs an, in vielen Haushalten eine völlig neue Erfahrung.

Langlebige Gebrauchsgüter

Aber noch auffälliger war in den fünfziger Jahren der steile Anstieg der Sparquote (Anteil des gesparten an der Summe des verfügbaren Einkommens), die sich im Laufe des Jahrzehnts in etwa verdreifachte und 1960 bei 8,7 Prozent lag; das Bausparen verzwölffachte sich sogar. Man könnte die fünfziger Jahre pointiert als Jahrzehnt des Sparens bezeichnen. Bewußt wurde in vielen Haushalten auf vieles verzichtet, was man sich mit dem gesteigerten Einkommen hätte leisten können. Es handelte sich aber nicht um Konsumverzicht, sondern um die Konzentration auf die wichtigsten Wünsche wie die Erlangung der Wohnung oder des eigenen Heims und die Anschaffung langlebiger Konsumgüter.

Der Ausstattungsgrad mit solchen Gütern war in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch sehr niedrig. Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie verfügten 1953 neun Prozent aller Haushalte über einen Kühlschrank und 26 Prozent über einen Staubsauger, 1962/63 waren es – laut Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes – 52 Prozent bzw. 65 Prozent. Und ähnlich verhielt es sich mit den Steigerungsraten vieler anderer Geräte, die zum größten Teil aber erst seit dem Ende der fünfziger Jahre angeschafft werden konnten.

Vor allem der Kauf eines Personenkraftwagens, für viele Berufspendler unabdingbare Notwendigkeit oder attraktive Alternative zur Fahrt in überfüllten Vorortzügen, rückte nun erst für breitere Schichten in den Bereich des Möglichen. Während 1959 jeder vierte Angestellten- und Beamten- und sogar erst jeder achte Arbeiterhaushalt über ein eigenes Auto verfügte,

besaß bereits drei Jahre später ein Drittel aller Arbeitnehmerhaushalte einen „fahrbaren Untersatz" – überwiegend einen erschwinglichen Kleinwagen. Obwohl sich die Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen schon während der fünfziger Jahre verachtfacht hatte, stand Westdeutschland mit vier Millionen zugelassenen Fahrzeugen 1960 erst am Beginn eines Automobil-Booms.

Sehr weit entfernt scheinen uns die fünfziger Jahre hinsichtlich des geringen Ausstattungsgrades mit einem heute obligatorischen Kommunikationsmedium zu sein, denn 1960 gab es erst in 14 Prozent aller Haushalte ein Telefon.

Lebensstil und Freizeit

In allen Untersuchungen zur Freizeit in den fünfziger Jahren wurde als auffälligster Grundzug die ausgeprägte Häuslichkeit und das Beisammensein innerhalb der Familie betont. Der private Rückzug prägte nicht nur den werktäglichen Feierabend, sondern auch das lange Wochenende. Arbeit in Haus und Garten, die Lektüre der Tageszeitung und das Radio bildeten das Zentrum der Freizeit.

Die Verstärkung nachbarlicher Bindungen, welche die Soziologen und Städteplaner sich von den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus erhofft hatten, wollte sich nicht einstellen, und auch in den neuen Eigenheimvierteln der Vor- und Satellitenstädte lebten die meisten Familien eher für sich. Für den besonders ausgeprägten Hang zum Familiären und Privaten gab es verschiedene Gründe. Vor allem ist der sehr lange Arbeitstag (Arbeitszeit plus Arbeitswegzeit) anzuführen. Wer zwischen sechs und sieben Uhr morgens aufstand und zwischen 18 und 19 Uhr abends nach Hause zurückkehrte – dies sind die Mitte der fünfziger Jahre ermittelten Durchschnittswerte für die erwerbstätige Bevölkerung – der suchte zunächst einmal Ruhe. Außerdem lag die Trennung vieler Familien durch die Abwesenheit des Vaters als Soldat und in der Gefangenschaft, der Söhne und Töchter durch die Evakuierung im Krieg, durch Ausbombung und Wohnungsnot noch nicht lange zurück.

Das Anwachsen des Wohlstands und der zur Verfügung stehenden Freizeit änderte zunächst wenig an der vorherrschenden Häuslichkeit, die durch steigenden Komfort immer attraktiver wurde, nicht zuletzt durch die Ausstattung mit elektronischen Massenmedien.

Die wichtigste außerhäusliche Unternehmung bildete für einen kleineren Teil der Bevölkerung der Sport. Etwa ein Viertel betätigte sich regelmäßig oder gelegentlich sportlich. Die Mitgliederzahl der Sportvereine erhöhte sich von vier Millionen (1954) auf 4,8 Millionen (1959). Etwa 40 Prozent davon waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Der Vereinssport stellte in den fünfziger Jahren eine männliche Domäne dar. Nur etwa ein Siebtel der erwachsenen Mitglieder waren Frauen.

Die fünfziger Jahre gelten als das deutsche Kinojahrzehnt. Allerdings hatte die Zahl der Kinobesuche mit 490 Millionen (das heißt etwa zehn je Einwohner) 1950 noch längst nicht den im Zweiten Weltkrieg bereits erreichten Höchststand eingeholt. In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre erfolgte allerdings eine rasche Zunahme auf etwa 820 Millionen (= 15,6 Kinobesuche je Einwohner) 1956. Danach ging die Zahl der Kinobesuche allmählich wieder unter den Stand von 1950 zurück.

Schließlich soll als besonderes außerhäusliches Ereignis der Kirchgang – gewöhnlich am Sonntagvormittag – erwähnt werden, der während der fünfziger Jahre, entgegen dramatischen Klagen über eine fortschreitende Verweltlichung der Gesellschaft, gleichbleibend hoch blieb. Über die Hälfte der Katholiken und etwa ein Siebtel der Protestanten zählten zu den regelmäßigen Kirchgängern. Bei der traditionell höheren Gottesdienstaktivität der Katholiken muß zudem bedacht werden, daß sie eher in kleineren Ortschaften lebten, wo der sonntägliche Kirchgang stärker zum Lebensrhythmus der Bevölkerung gehörte als in der Stadt. Erst seit Mitte der sechziger Jahre verringerte sich die Zahl der Gottesdienstbesuche zuerst langsam, dann sehr rasch, Anzeichen eines Bruchs im kirchlichen Verhalten zwischen den Generationen.

Anfänge des Massentourismus

Zum häuslich geprägten Familien- und Privatleben, einem ruhigen Feierabend und unspektakulären Wochenende paßte der noch sehr geringe Stand des Tourismus – entgegen dem verbreiteten Bild vom deutschen Italienurlauber, das als typisch für die fünfziger Jahre assoziiert wird.

Die Urlaubsdauer war kurz und wurde nur unwesentlich ausgeweitet, weil die Verringerung der Wochenarbeitszeit Vorrang hatte. Erst 1963 kam es zu einer bundesgesetzlichen Regelung des Mindesturlaubs: 15 Tage bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres, danach 18 Tage Urlaub im Jahr. Eine Urlaubsreise unternahm zu Beginn der fünfziger Jahre etwa ein Fünftel, Mitte des Jahrzehnts ein Viertel und 1960 ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung (aber nur ein Viertel der Arbeiterhaushalte).

Beim Tourismus handelte es sich zudem noch kaum um Urlaubsreisen ins Ausland – Mitte der fünfziger Jahre besaß überhaupt erst ein Fünftel der Bundesbürger einen Reisepaß, damals in der Regel Voraussetzung für einen Grenzübertritt. Auch

Kaufkraft und Arbeitszeit

Anfang 1950 mußte ein Industriearbeiter noch 22 Stunden und 37 Minuten arbeiten, um sich für seinen Lohn ein Kilogramm Bohnenkaffee kaufen zu können. Für ein Kilo Kotelett rackerte er vier Stunden und 35 Minuten, für ein Kilo Butter vier Stunden 13 Minuten, für ein Kilo Margarine zwei Stunden, für ein Kilo Zucker fast eine Stunde und für ein Kilo Mischbrot 23 Minuten. Auch andere Konsumgüter des täglichen Bedarfs waren, in Arbeitszeit ausgedrückt, recht teuer. Ein Herrenoberhemd zum Beispiel kostete mehr als einen Tageslohn, für ein paar Schuhe mußte der Durchschnittsverdiener den Arbeitslohn von zwei Tagen aufwenden, für ein Rundfunkgerät sogar 15 Tagewerke zu je acht Stunden. Ein Leichtmotorrad war für den Lohn von 56,5 Arbeitstagen fast unerschwinglich.

Als das bewegte Jahrzehnt zu Ende ging, hatte sich inzwischen die Kaufkraft des Arbeitsentgeltes durch kräftige Lohnerhöhungen und eine maßvolle Preispolitik so verbessert, daß der durchschnittliche Industriearbeiter schon nach 6,25 Stunden ein Kilo Kaffee verdient hatte. Das Kilo Kotelett war ihm nach zwei Stunden und 25 Minuten Arbeit sicher, das Kilo Butter nach zwei Stunden und 19 Minuten, das Kilo Margarine nach 47 Minuten, das Kilo Zucker nach 26 und das Kilo Mischbrot nach 18 Minuten.

Ein Herrenoberhemd kostete ihn 1959 nur noch fünf Stunden und 14 Minuten Arbeitszeit, ein Paar Schuhe noch zehn Stunden und 42 Minuten, ein Rundfunkgerät vom Typ Super 13,5 Tage und ein Leichtmotorrad gut 21 Tage harter Arbeit. Für einen Volkswagen hätte er 1950 den Lohn für 493 Tage hergeben müssen. 1960 bekam er den „Käfer" für das Arbeitsentgelt von 174 Tagen. Im Durchschnitt konnte der Industriearbeiter Ende der fünfziger Jahre für seine Arbeitsleistung doppelt soviel Konsumgüter kaufen wie zu Beginn des Jahrzehnts.

	1950	1959
1 kg Bohnenkaffee	22 h 37 min.	6 h 15 min.
1 kg Kotelett	4 h 35 min.	2 h 25 min.
1 kg Butter	4 h 13 min.	2 h 19 min.
1 kg Margarine	2 h	47 min.
1 kg Zucker	1 h	26 min.
1 kg Mischbrot	23 min.	18 min.
Herrenoberhemd	9 h	5 h 14 min.
Schuhe	2 Arbeitst.	10 h 42 min.
Rundfunkgerät	15 Arbeitst.	13,5 Arbeitst.
Leichtmotorrad	56,5 Arbeitst.	21 Arbeitst.
Volkswagen	493 Arbeitst.	174 Arbeitst.

Dieter Franck (Hg.), Die fünfziger Jahre, München 1981, S. 56 f.

1960 reiste erst jeder dritte Tourist, also jeder zehnte Einwohner, ins Ausland. Abgesehen von Italien handelte es sich dabei überwiegend um die deutschsprachigen Nachbarländer, vor allem Österreich, wo die Sprache verstanden wurde und man sich heimisch fühlen konnte.

Seit dem letzten Drittel der fünfziger Jahre modernisierte sich der Massentourismus dann zusehends. Bis 1957 benutzte die Mehrheit der Urlaubsreisenden die Eisenbahn, ein Viertel den Personenkraftwagen. Bis zur Mitte der sechziger Jahre hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt. Und während Mitte der fünfziger Jahre noch fast die Hälfte der Touristen bei Verwandten unterkam, waren es Anfang der sechziger Jahre weniger als ein Drittel. Die anderen zwei Drittel machten in Pensionen und Hotels Urlaub oder pflegten die aufkommende Camping-Kultur, deren Basis die individuelle Reise mit dem Auto oder mindestens mit dem Motorrad war. Die zunehmende Motorisierung war auch der Grund für die steigende Entfernung der Reiseziele.

Massenmedien

Die fünfziger Jahre waren der Höhepunkt des Radiozeitalters und zugleich der Beginn des Fernsehzeitalters in der Bundesrepublik.

Der Siegeszug des Hörfunks hatte zwar schon in den zwanziger Jahren begonnen, und am Vorabend des Zweiten Weltkriegs verfügten bereits zwei Drittel aller deutschen Haushalte über einen Rundfunkapparat. Aber die beinahe restlose Versorgung der Bevölkerung mit diesem Medium vollzog sich in den fünfziger Jahren.

Das Rundfunkgerät stellte das ideale Mittel dar, die Häuslichkeit attraktiv zu gestalten und bildete das Zentrum des Feierabend- und Wochenendgeschehens. Eindeutiger Spitzenreiter in der Hörergunst waren unterhaltende Sendungen, besonders sogenannte Bunte Abende mit leichter Musik, einigen kabarettistischen Einlagen und Ratespielen sowie leicht faßliche Hörspiele mit heiterer und kriminalistischer Note. Unterhaltungsmusik aller Art war gefragt, von der Operette bis zur Marschmusik, von den leichten Weisen der sendereigenen Orchester bis zur deutschen Schlagerparade, die es schon Anfang der fünfziger Jahre gab. Verpönt war beim Publikum lediglich der Jazz, der nur eine Minderheit jugendlicher Liebhaber fand – ein Indiz für die Ähnlichkeit geschmacklicher Vorlieben der dreißiger und der fünfziger Jahre.

Am Ende der fünfziger Jahre gingen die Einschaltquoten, vor allem abendlicher Sendungen, und die durchschnittliche tägliche Hördauer deutlich zurück (von drei auf zwei Stunden), eine Folge vor allem der beginnenden Massenverbreitung des Fernsehens (ab 1954), dessen Angebot von Sendungen der 1950 gegründeten ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland) gestaltet wurde. Im Oktober 1957 wurde das millionste Gerät angemeldet, zwei Jahre später hatte sich die Zahl der Teilnehmer verdreifacht, und 1960 verfügte ein Viertel aller Haushalte über das neue Medium.

Das Fernsehen brach nicht plötzlich in die Familien ein und verdrängte dort Eigenaktivitäten wie das Lesen oder die Hausmusik – auch wenn es manche kulturpessimistischen Kritiker so sahen. Tatsächlich ersetzte das neue Medium vor allem das Radio in der hauptsächlichen Sendezeit am Abend. Durch das Fernsehen gingen nicht die Auflagen der Illustrierten, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zurück, auch nicht die Besuchszahlen von Konzerten, Theateraufführungen oder Ausstellungen. Einbußen erlebten allerdings Gastwirtschaften, der Stadionbesuch beim Fußball, wenn das Spiel im Fernsehen übertragen wurde, und vor allem das Kino. Insofern verstärkte das Fernsehen die ohnehin dominierende Häuslichkeit in der Familie. Dies galt insbesondere auf dem Lande und unter Arbeitern, für die die Anschaffung des Geräts mit den größten finanziellen Anstrengungen verbunden gewesen war und denen auch sonst in ihrer Freizeit wenig attraktive Alternativen zur Verfügung standen.

Dem Radio blieb im übrigen durchaus noch ein wichtiger Platz, zumal das Fernsehen noch keine 24-Stunden-Veranstaltung war. Im letzten Drittel der fünfziger Jahre war zwar mit regionalen Programmen die vorabendliche Lücke zwischen einem in der Regel einstündigen Nachmittagsprogramm für Frauen und Kinder und der „Tagesschau" als Beginn des Abendprogramms geschlossen worden. Aber der Vormittag, Mittag und spätere Abend waren noch weitgehend fernsehfrei. Für das abendliche Programm des ARD-Fernsehens gab es jedoch zunächst keine Konkurrenz. Die Fernsehgesellschaft hatte begonnen.

Politische Entscheidungen und Einstellungen

Axel Schildt

Die grundlegenden politischen Weichenstellungen waren bereits Ende der vierziger Jahre, vor und mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, vorgenommen worden. Im Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 nach Genehmigung durch die Westalliierten in Kraft trat, finden sich die Prinzipien der neuen bundesstaatlichen parlamentarisch-demokratischen Republik. Schon zuvor, mit der Währungsreform in den Westzonen und West-Berlin am 20. Juni 1948, war die Entscheidung für ein marktwirtschaftliches System gefallen, und mit dem Marshall-Plan hatte die Einbeziehung in die westliche Weltwirtschaft begonnen.

Die Bundesrepublik war ein Ergebnis der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden Blockkonfrontation zwischen Ost und West und besaß zunächst keine volle staatsrechtliche Souveränität. Alliierte Vorbehaltsrechte wurden im sogenannten Besatzungsstatut festgehalten. Nach dessen Bestimmungen konnten die Besatzungsmächte die Regierungsgewalt wieder an sich ziehen, wenn ihnen dies zur Aufrechterhaltung der demokratischen Staatsform oder aus Sicherheitsgründen erforderlich erschien. Grundgesetzänderungen bedurften ihrer Zustimmung; für die auswärtigen Angelegenheiten waren die Besatzungsmächte allein zuständig. Dieses Statut blieb bis 1955 gültig.

Der neue westliche Teilstaat beanspruchte, alleiniger Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu sein. In der Präambel der als provisorisch bezeichneten Verfassung hieß es, man habe „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden".

Die Bundesrepublik bildete im Laufe der fünfziger Jahre ein stabiles demokratisches System heraus, in dem die wichtigsten Parteien untereinander grundsätzlich koalitionsfähig waren und parlamentarisch kooperierten. Auch alle Interessenverbände stellten sich – anders als in der Weimarer Republik – uneingeschränkt auf den Boden der parlamentarischen Demokratie. Auf Bundesebene bildete sich ein stabiles Regierungslager um die neu gegründeten überkonfessionellen Parteien CDU und CSU und eine von der Sozialdemokratie geführte Opposition. Nicht zu Unrecht wird von der Ära Adenauer gesprochen. Die Regierungszeit des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer (1949–1963) war der politische Ausdruck der Wiederaufbauperiode, in der eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung unter konservativen Vorzeichen stattfand. Währenddessen sorgten unterschiedliche Parteienkonstellationen in den

Ländern und Kommunen für einigen Ausgleich und eine erheblich breitere Beteiligung und Verantwortung politischer Kräfte.

Das Ziel der Wiedervereinigung – dem Anspruch nach in den Grenzen von 1937 – und die umfassende Integration in die Gemeinschaft westlicher Staaten standen im Zentrum der parlamentarischen Auseinandersetzungen. Vor allem die Frage der Wiederbewaffnung wurde in diesem Spannungsfeld diskutiert. Am Ende des Jahrzehnts stellte die Westintegration keinen Streitpunkt mehr dar. Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren ohnehin – abgesehen von den harten Auseinandersetzungen um Mitbestimmung und Betriebsverfassung in der ersten Legislaturperiode – einvernehmlich zwischen Regierungslager und Opposition gesetzlich geregelt worden.

Institutionelle Grundlagen

Am Anfang der fünfziger Jahre waren die politischen Kenntnisse der Bevölkerung noch gering und autoritäre Einstellungen weit verbreitet. Der Umgang mit der Vergangenheit des Dritten Reiches wies schwere Defizite auf. Wenn Bonn dennoch nicht Weimar wurde, wie der Schweizer Publizist Fritz René Allemann 1956 erleichtert feststellte, lag dies zunächst vor allem an der wirtschaftlichen Wohlstandsentwicklung, die mit der parlamentarischen Demokratie in Zusammenhang gebracht wurde.

Das Grundgesetz übernahm zwar viele Bestimmungen der Weimarer Verfassung, aber die Erfahrung, daß sich die Nationalsozialisten anfangs im Rahmen dieser Ordnung hatten durchsetzen können, führte zu einigen wichtigen Veränderungen. Neu war, daß die Grundrechte nun als unveräußerlich an die erste Stelle rückten, den Parteien ausdrücklich ein Mitwirkungsrecht bei der politischen Willensbildung des Volkes zugesprochen und sie gleichzeitig auf die demokratische Verfassung festgelegt wurden. Auf Weimarer Erfahrungen war die Einführung des Konstruktiven Mißtrauensvotums als einzigem Weg zum Wechsel der Regierung während der Legislaturperiode zurückzuführen. Auch der geringere Handlungsspielraum, der dem Bundespräsidenten zuerkannt wurde, ergab sich aus der Erkenntnis, daß der vom Volk gewählte Reichspräsident mit der Ausschöpfung seiner umfassenden Machtbefugnisse zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen hatte. Schließlich war dies auch der Hintergrund für den weitgehenden Verzicht auf plebiszitäre Bestimmungen im Grundgesetz. Die Möglichkeit der demagogischen Ausnutzung von Volksentscheiden sollte ausgeschlossen sein.

Die Einhaltung des Grundgesetzes – vor allem der Normen der Rechts- und Sozialstaatlichkeit – wird durch das Bundesverfassungsgericht als oberstem Gericht überwacht, das seine Tätigkeit in Karlsruhe 1951 aufnahm. Es besteht aus zwei Senaten mit jeweils acht Richtern, die von Bundesrat und Bundestag gewählt werden. Insbesondere die Verfassungsbeschwerde entwickelte sich zu einem wirksamen Mittel der Sicherung von Grundrechten.

Foto: Bundesbildstelle

Festakt aus Anlaß der konstituierenden Sitzung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949 im ehemaligen Gebäude der Pädagogischen Hochschule in Bonn.

Parteien und Wahlen

Während die Sozialdemokraten und zum Teil auch die Kommunisten hinsichtlich ihrer Parteien und der Verankerung in sozialmoralischen Milieus vielfach dort anknüpfen konnten, wo ihre legale Entwicklung 1933 unterbrochen worden war, und sich die in der Weimarer Republik in verschiedenen Parteien organisierten Liberalen nun zu einem großen Teil unter dem gemeinsamen Dach der FDP befanden, können CDU und CSU als die eigentlichen Neuerungen des westdeutschen Parteiensystems angesehen werden.

CDU

Die Union, vor allem die CDU, trat von Anfang an mit einem interkonfessionellen Anspruch auf, gutgeheißen auch von der Mehrheit der katholischen Bischöfe, die sich gegen eine Wiederbelebung der alten Zentrumspartei aussprachen. Schon früh vermochte die CDU, besonders in Norddeutschland, evangelische Bevölkerungsteile zu integrieren. Allerdings bestanden Anfang der fünfziger Jahre in protestantisch-konservativen Kreisen noch erhebliche Vorbehalte gegenüber der Unionspartei, die ihnen als zu katholisch-sozial und rheinisch-westdeutsch erschien. Die Mitgliederzahl betrug Mitte und Ende des Jahrzehnts etwa 250 000 mit starkem Übergewicht der katholischen Konfession. Volksparteilichen Charakter besaß die CDU lediglich in katholisch geprägten Regionen, vor allem an Rhein und Ruhr. Erst im Oktober 1950, auf dem ersten Bundesparteitag der CDU in Goslar, schlossen sich die einzelnen Landesverbände zu einer Bundespartei zusammen.

Programmatisch wurden auf der Basis eines christlichen Menschenbildes die Soziale Marktwirtschaft, die parlamentarische Demokratie und die außenpolitische Westbindung hervorgehoben. Aber wichtiger als alle Programmformulierungen (auf Bundesebene: Düsseldorfer Leitsätze 1949, Hamburger Programm 1953) war die glaubwürdige Personalisierung des eingeschlagenen Kurses durch den früheren Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Dieser übernahm, bald unangefochten, die inhaltliche Bestimmung der Unionspolitik. Die Partei, die bei der ersten Bundestagswahl 1949 mit der bayerischen CSU zusammen 31 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wurde deswegen schon bald als Kanzlerpartei angesehen.

CSU

Auch die CSU, noch deutlicher als die CDU im katholischen Milieu wurzelnd, hatte sich von vornherein auf den Boden der Marktwirtschaft gestellt. Allerdings befand sich die bayerische Schwesterpartei um 1950, nach einer Phase innerparteilicher Auseinandersetzungen zwischen einem altbayerisch-bäuerlichen und radikalregionalistischen Flügel – der sich dann zum Teil in der 1948 gegründeten Bayernpartei (BP) wiederfand – und der eher gemäßigt föderalistischen Mehrheit unter dem Parteivorsitzenden Josef Müller, auf einem Tiefpunkt ihres Einflusses. Bei der Bundestagswahl 1949 erreichte sie 29,2 Prozent, bei der Landtagswahl 1950

27,4 Prozent. Ihre Konkurrentin, die BP, erreichte bei der Bundestagswahl (in Bayern) 20,9 Prozent und bei der Landtagswahl ein Jahr später 17,9 Prozent.

1954 geriet die CSU in Bayern zum ersten und einzigen Mal in ihrer Geschichte in die Opposition, obwohl ihr Stimmenanteil mittlerweile auf 38 Prozent angewachsen war. 1956 hatte die CSU mit 43 500 Mitgliedern nur halb so viele wie 1947. Seit der zweiten Hälfte des Jahrzehnts allerdings wurde die Partei zunehmend effektiver und straffer organisiert und steigerte die Mitgliederzahlen erheblich rascher als die CDU. Die CSU präsentierte sich erfolgreich zugleich als Landes- und Bundespartei, die zum einen die forcierte Industrialisierung und Modernisierung Bayerns förderte, zum anderen den Einfluß des Freistaates in Bonn geltend machte. Das Finanzministerium, aus föderalistischer Sicht ein Schlüsselministerium, wurde von 1949 bis 1957 von Fritz Schäffer (CSU), das Postministerium sogar über zwei Jahrzehnte (1949–1969) von Ministern der CSU geführt. Als Bundesminister für Atomfragen und dann als Verteidigungsminister in der Frühzeit der Bundeswehr profilierte sich unter den jüngeren Parlamentariern der Partei vor allem der spätere langjährige Parteivorsitzende (1961–1988) Franz Josef Strauß.

CDU und CSU profitierten gleichermaßen von der am Ende der ersten Legislaturperiode deutlich werdenden Popularität der Vaterfigur Konrad Adenauer. Daneben warb die Union vor allem mit dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft" und Begründer des „Wirtschaftswunders" herausgestellt wurde.

Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949–1961

	1949	1953	1957	1961
Wahlberechtigt in Mio.	31,2	33,1	35,4	37,4
Beteiligung in %	78,5	86,0	87,8	87,7
Davon für die Parteien in %				
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2
FDP	11,9	9,5	7,7	12,8
DP	4,0	3,3	3,4	–
BP	4,2	1,7	–	–
Zentrum	3,1	0,8	–	–
DRP	1,8	1,1	1,0	0,8
GB/BHE	–	5,9	4,6	–
GDP	–	–	–	2,8
KPD	5,7	2,2	–	–
Sonstige	9,1	1,6	1,8	2,1

Ossip K. Flechtheim (Hg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 59.

Integration von kleineren Parteien

Im Laufe des Jahrzehnts gelang es der Union zunehmend, konkurrierende Parteien im katholischen Raum wie das wiedergegründete Zentrum oder die Bayernpartei zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen und bürgerlich-konservative Milieus in protestantischen Regionen Norddeutschlands sowie die Wählerschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge zu einem großen Teil zu integrieren. Bei der Bundestagswahl 1953 steigerten CDU und CSU ihren Stimmenanteil auf 45,2 Prozent, und 1957 erreichten sie erstmals (und bisher einmalig) die absolute Mehrheit mit 50,2 Prozent; die Wahl 1961 stellte mit 45,3 Prozent in etwa das Ergebnis von 1953 wieder her.

In den Integrationssog der Union geriet die national-konservative Deutsche Partei (DP), die bei der ersten Bundestagswahl nur in den vier nördlichen Bundesländern, dort aber mit guten Ergebnissen, kandidiert hatte (in Bremen erhielt sie 18 Prozent, in Niedersachsen 17,8 Prozent). In Niedersachsen stellte die DP in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit Heinrich Hellwege sogar den Ministerpräsidenten. Die DP war auch in den von Adenauer geführten Kabinetten vertreten und unterstützte von Anfang an vor allem die Außenpolitik des Kanzlers vorbehaltlos. Nachdem sie 1953 und 1957 nur noch in den Bundestag zurückkehren konnte, weil die CDU ihr einige sichere Wahlkreise überlassen hatte, traten ihre Spitzenfunktionäre Anfang der sechziger Jahre der Union bei; die Partei löste sich auf.

Auch der in den fünfziger Jahren regional wählerstarke Gesamtdeutsche Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), der in zahlreichen Landeskoalitionen und nach seinem Einzug in den Bundestag 1953 (5,9 Prozent) im Bundeskabinett mit zwei Ministern vertreten war, wurde vor allem von der Union beerbt. Seine beiden Minister, Theodor Oberländer und Waldemar Kraft, traten 1955 zur Partei des Kanzlers über.

FDP

Allein die liberale FDP, die mit Theodor Heuss als erstem Bundespräsidenten einen hervorragenden Repräsentanten der jungen Bundesrepublik stellte, behauptete ihre Rolle als eigenständige Koalitionspartnerin der Union. In wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bestand zwar häufig eine Gemeinschaft mit mittelständischen Vertretern der CDU/CSU, aber in Fragen der Kultur-, Rechts- und Bildungspolitik setzten sich die Liberalen bisweilen von den von ihnen als klerikal empfundenen Positionen der Kanzlerpartei ab. Während die FDP zu Beginn der fünfziger Jahre teilweise nationalistische Töne anschlug, verschoben sich die Gewichte in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts vorübergehend zugunsten linksliberaler Strömungen. Die Flexibilität der Partei zeigte sich in unterschiedlichen Koalitionen in den Ländern, darunter mit der SPD in Nordrhein-Westfalen (1956 bis 1958). Nach dem Austritt von vier FDP-Bundesministern des rechten Flügels 1956 und Stimmenverlusten bei der Bundestagswahl ein Jahr später, als die Partei durch die absolute Mehrheit der Union in die Opposition verwiesen wurde, boten sich die Liberalen unter ihrem neuen Vorsitzenden Erich Mende (seit 1960) als bürgerliches Korrektiv zu CDU und CSU dar; dabei nutzten sie den Verfall der Autorität Adenauers Ende der fünfziger Jahre zur Profilierung. Sie warben als „Partei der zweiten Wahl" (Jürgen Dittberner) offensiv um die (für die parlamentarische Stärke) entscheidende Zweitstimme – diese Strategie wurde bei der Bundestagswahl 1961 mit einem Zugewinn von über fünf Prozentpunkten auf 12,8 Prozent belohnt.

SPD

Nachdem 1949 – eine auf das gesamte Bundesgebiet bezogene Fünfprozentklausel galt erstmals 1953 – neben den Sozialdemokraten noch eine ganze Reihe kleinerer Parteien in den Bundestag gelangt war, die gegen die Politik der Regierung auftraten, wurde die SPD im Laufe der fünfziger Jahre zur alleinigen parlamentarischen Opposition. Ihr erster Nachkriegsvorsitzender, Kurt Schumacher, stand einer Partei vor, deren Gründungsmitglieder zu neun Zehnteln bereits vor 1933 der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung angehört hatten. Die SPD versuchte, neben der Industriearbeiterschaft verstärkt die Mittelschichten anzusprechen und sich als „Partei aller Schichten des arbeitenden Volkes" (Helga Grebing) darzustellen. Propagiert wurde von ihr ein patriotisch-national gefärbter demokratischer Sozialismus. Nationale Einheit, parlamentarische Demokratie, Sozialisierung und Planwirtschaft waren Eckpunkte sozialdemokratischer Programmatik, wobei jegliche Verbindung zu den Kommunisten, nicht zuletzt wegen der brutalen Unterdrückung oppositioneller Sozialdemokraten in der DDR, strikt abgelehnt wurde.

Es gelang der SPD zunächst nicht, über die traditionelle Stammwählerschaft hinaus neue Schichten zu integrieren. Weder erreichte sie den erhofften Einbruch in die Mittelschichten, noch gewann sie kirchentreue katholische Arbeiter. Sie erhielt bei den ersten drei Bundestagswahlen jeweils lediglich um die 30 Prozent (1949: 29,2 Prozent; 1953: 28,8 Prozent; 1957: 31,8 Prozent); die Mitgliederzahl sank zunächst von 845 000 (1948) auf 589 000 (1955), dann stieg sie allmählich an auf 650 000 (1960) – immerhin hatte die SPD damit doppelt so viele Mitglieder wie die Unionsparteien.

Auch nach Schumachers Tod (1952) blieben die Sozialdemokraten mit ihrem neuen Vorsitzenden Erich Ollenhauer bei ihrem Oppositionskurs gegen die Politik der Adenauer-Regierung in den Fragen

der Deutschlandpolitik, der Wiederbewaffnung und der Westintegration (vgl. auch Seite 15). Nach dem Scheitern der vom späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann gegründeten neutralistischen Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) bei der Bundestagswahl 1953 schlossen sich führende Mitglieder dieser Partei der SPD an.

Durch die spektakuläre Opposition gegen die Westintegration wurde überdeckt, daß der weitaus größte Teil der Gesetze im Bundestag, besonders seit der zweiten Legislaturperiode, einvernehmlich von Regierung und Opposition verabschiedet wurde. Die zur Schau gestellte prinzipielle Opposition stach außerdem deutlich ab von der pragmatischen Politik und Verwaltung in sozialdemokratisch geführten Bundesländern, personifiziert in den „Landesvätern" Georg August Zinn (1950–1969) in Hessen, Wilhelm Kaisen (1945–1965) in Bremen und Max Brauer (1946–1953; 1957–1960) in Hamburg. Auch als Oberbürgermeister amtierten in den fünfziger Jahren zahlreiche populäre Sozialdemokraten.

Erst mit ihrem Godesberger Programm (1959) löste sich die SPD – nach langwierigen Debatten – endgültig von marxistischen Vorstellungen und beschrieb sich als moderne Volkspartei ohne weltanschauliche Ausschließlichkeitsansprüche. Christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie wurden – in dieser Reihenfolge – als Wurzeln des „demokratischen Sozialismus" genannt. Die Partei suchte verstärkt das Gespräch mit den Kirchen und schloß ihren Frieden mit der Bonner Außenpolitik. Am Ausgang der Ära Adenauer erschien sie als moderne Alternative zur CDU, personifiziert in ihrem jugendlich wirkenden Kanzlerkandidaten, dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (1957–1966), der die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 1961 zu einem Stimmenanteil von 36,2 Prozent (+4,4 Prozent) führte.

Verbot von KPD und SRP

Alle anderen Oppositionsparteien wurden in den fünfziger Jahren marginalisiert oder verschwanden gänzlich. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hatte sich in den ersten Nachkriegsjahren als antifaschistisch-demokratische Kraft präsentiert und beträchtlichen Einfluß gewonnen. Sie war bis 1948 mit Ministern in den Koalitionsregierungen vieler Länder vertreten, wandte sich dann aber im Parlamentarischen Rat gegen das Grundgesetz und gegen die Bildung eines westdeutschen Teilstaats. Nachdem sie bei der ersten Bundestagswahl nur 5,7 Prozent erhalten hatte, verfolgte sie verstärkt einen von der stalinistischen SED-Führung aus der DDR vorgegebenen Kurs, in dem sich klassenkämpferisches Vokabular mit nationalistischer Agitation gegen die Westintegration mischte. Die Bundesregierung beantragte 1951 das Verbot der Partei vor dem Bundesverfassungsgericht. Bei der nächsten Bundestagswahl 1953 erhielt die KPD nur noch 2,2 Prozent der Stimmen. Ihre Mitgliederzahl sank – nach allerdings unsicheren Angaben – von etwa 300 000 Mitte 1948 auf 78 000 im August 1956, dem Monat ihres Verbots. Zu diesem Zeitpunkt waren die Kommunisten auch in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften politisch nahezu gänzlich isoliert.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen erhielten lediglich um 1950 einen gewissen Zulauf, darunter in Bayern die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) und in Norddeutschland die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP), die bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 immerhin 11 Prozent der Stimmen erhielt. Die SRP wurde noch im gleichen Jahr vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Die Entwicklung des Parteiensystems hatte innerhalb von drei Legislaturperioden zu einer Konzentration auf lediglich noch drei Fraktionen im Bundestag geführt. Alle kleineren regionalen und Weltanschauungsparteien hatten in diesem Zeitraum ihre einstmalige Bedeutung eingebüßt oder waren – besonders von der Union – integriert worden.

Verbände

In den fünfziger Jahren stellte sich immer stärker heraus, daß die Stabilität der parlamentarischen Demokratie in beträchtlichem Maße von funktionsfähigen Vereinigungen und Verbänden im gesamten Gesellschaftssystem abhängt (siehe „Informationen zur politischen Bildung" 253 zum Thema „Interessenverbände").

Zentrale Bedeutung hatten dabei die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände, die durch ihre autonomen Tarifabschlüsse wichtige Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau schufen.

Arbeitnehmervertretung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) war 1949 als Dachverband von (zunächst) 17 Einzelgewerkschaften und – in bewußter Absage an die Zersplitterung politischer Richtungsgewerkschaften vor 1933 – als überparteiliche und überkonfessionelle Einheitsgewerkschaft gegründet worden. Allerdings organisierte sich ein großer Teil der Angestellten in der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), und im öffentlichen Dienst gab es mit dem Deutschen Beamtenbund (DBB) eine weitere starke Konkurrenz.

Der DGB forderte in seinem Grundsatzprogramm die Sozialisierung wichtiger Schlüsselindustrien und eine Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft. Unter dem Eindruck gewerkschaftlicher Drohungen und nach dramatischen

Grundsätze des DGB

(München 1949)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich in seinen wirtschaftspolitischen Grundsätzen von 1949 dafür ein, daß „soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert" werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden folgende „Grundsatzforderungen" erhoben:

„I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen Bedarfs sichert.

II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

III. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen."

Um sicherzustellen, daß die Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft in die wirtschaftspolitische Willensbildung eingehen und die Wirtschaftsführung prägen, wird eine „zentrale volkswirtschaftliche Planung" gefordert. [...]

Da Lenkungsmaßnahmen allein als unzureichend zur Sicherung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik angesehen werden, fordern die Gewerkschaften, gestützt auf die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Geprägt von den Erfahrungen der Weimarer Zeit unterstreichen die Gewerkschaften, „daß die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens muß deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden".

Um eine demokratische Wirtschaftsführung zu gewährleisten, soll eine staatliche Monopol- und Kartellkontrolle unter Beteiligung der Gewerkschaften verwirklicht werden. Eine verbesserte Publizität soll der Sicherung der demokratischen Wirtschaftsverfassung dienen. [...]

Gerhard Leminsky/Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 248.

Verhandlungen zwischen Konrad Adenauer und dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler wurde 1951 im Montan-Mitbestimmungsgesetz eine Parität in den Aufsichtsräten festgelegt (je fünf Vertreter der Unternehmer- und Arbeitnehmerseite, ein weiteres neutrales Mitglied zur Vermeidung von Pattsituationen). Dies war lediglich die Verteidigung des bereits durch alliierte Bestimmungen geschaffenen Rechtszustandes, ein „halber Sieg der Gewerkschaften" (Klaus Schönhoven). Bis zur Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 hatten sich die politischen Verhältnisse weiter zu ihren Ungunsten verschoben. In den Aufsichtsräten außerhalb des Montanbereichs erhielten die Vertreter der Arbeitnehmer nur noch ein Drittel der Sitze, und die Mitbestimmung des Betriebsrats wurde im wesentlichen auf soziale und personelle Angelegenheiten beschränkt. Die Belange der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden 1955 im Personalvertretungsgesetz geregelt.

Nachdem die Positionen der Gewerkschaften zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebsverfassungsgesetz 1952 kaum berücksichtigt worden waren, und nachdem die offene gewerkschaftliche Werbung für die Sozialdemokratie zur Bundestagswahl 1953 sich als Fehlschlag erwies, verlegte sich der DGB zunehmend auf die Verbesserung der sozialen Situation der Arbeitnehmer. In einer Art „Wachstumspakt" mit den Unternehmerverbänden erreichten die Gewerkschaften in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts durch Tarifverhandlungen, vereinzelt aber auch durch Streiks erhebliche Arbeitszeitverkürzungen und Einkommens- sowie soziale Verbesserungen. Vor allem die IG Metall, die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft, übernahm die „Rolle eines tarifpolitischen Eisbrechers" (Klaus Schönhoven). In ihrem Bereich, und zwar in Schleswig-Holstein, kam es auch zum längsten Streik (von Oktober 1956 bis Februar 1957); er wurde für die Verbesserung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geführt.

Die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften erhöhte sich in den fünfziger Jahren nur geringfügig, und angesichts der Ausweitung der Beschäftigung sank der Organisationsgrad sogar von 39 Prozent (1951) bis zur Mitte der sechziger Jahre auf unter 30 Prozent. Vor allem Angestellte, Frauen und Jugendliche ließen sich nur schwer organisieren.

Wirtschaftsverbände

Die Unternehmerverbände, vor allem die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) als Zusammenschluß der Industrie- und Handelskammern, fühlten sich der Bundesregierung in den fünfziger Jahren besonders verbunden; zwischen Fritz Berg, dem Präsidenten des BDI (1951–1971), und dem Bundeskanzler bestand ein enges Vertrauensverhältnis. Publizistisch mühten sich die Unternehmerverbände unter anderem um den Nachweis, daß demokratische Prinzipien nicht auf die betriebliche Ebene übertragbar seien. Zunehmend sahen sie allerdings die Vorteile einer pragmatischen Kooperation mit den Gewerkschaften bei der Verteilung des wachsenden Wohlstandes; Westdeutschland wurde in den fünfziger Jahren zu einem der streikärmsten Länder der westlichen Welt.

Trotz des rasanten Schrumpfungsprozesses der Landwirtschaft – der Halbierung ihres Anteils an der erwerbstätigen Bevölkerung in der Ära Adenauer – kam der bäuerlichen Interessenvertretung eine hohe Bedeutung zu. Der Deutsche Bauernverband (DBV) betonte die staatspolitisch wichtige Rolle des bäuerlichen Familienbetriebs, wobei traditionelle Argumente angesichts der Zwangskollektivierung in der DDR zusätzliche Verstärkung erfuhren. Der mitgliederstarke Bauernverband verfügte über eine starke Lobby in den Fraktionen des Bundestages, vor allem in der Union. Zwar konnte es dem Bauernverband nicht gelingen, überall die kleinbäuerlichen Strukturen zu bewahren, und auch das Zurückbleiben der Einkommen in der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen war nicht zu verhindern. Die unter dem Druck der Agrarlobby durchgesetzten staatlichen Subventionen (Anpassungshilfen) halfen aber, soziale Probleme für die landwirtschaftlichen Betriebe abzumildern und eine Radikalisierung bäuerlicher Proteste zu verhindern.

Vertriebenenverbände

Eine starke Verbandsposition besaßen in den fünfziger Jahren auch die Vertriebenen. 1950 war der Zentralverband Vertriebener Deutscher gegründet worden, daneben gab es seit 1952 den Verband der Landsmannschaften, der Mitte der fünfziger Jahre etwa eine Million Mitglieder zählte; 1957 erfolgte der Zusammenschluß zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV). Bis zu einem Sechstel der Bundestagsabgeordneten gehörte in den fünfziger Jahren den Vertriebenenorganisationen an. In der zweiten Legislaturperiode des Bundestages und in zahlreichen Landtagen war außerdem die Vertriebenenpartei GB/BHE vertreten.

Die Vertriebenenverbände hatten in ihrer Charta von 1950 feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt. In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen wußten sie sich im übrigen einig mit dem größten Teil der Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. Jenseits aller sonntäglichen Rhetorik sorgten die Vertriebenenverbände durch die Vertretung der sozialen Belange ihrer Mitglieder mit für deren Integration in ihre neue Heimat.

Zu den Interessenverbänden im weiteren Sinne werden auch die im Grundgesetz eigens erwähnten Kirchen gerechnet. Die Kirchen beider großer Konfessionen kümmerten sich nicht nur um religiöse Belange, sondern verstanden sich als Element politischer Öffentlichkeit. Die vor allem von katholischer Seite vehement und insgesamt erfolgreich geführte Kampagne um das Elternrecht zur Erhaltung konfessionell homogener Schulen, der Einfluß auf die Militärseelsorge der neuen Bundeswehr und die starke Position der Kirchen in allen Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowie bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zeigten ihre Bedeutung.

Foto: AKG photo

Die Außenminister der sechs Mitgliedsstaaten nach der Unterzeichnung des Montanunion-Vertrages am 18. April 1951. Dritter von rechts Bundeskanzler Konrad Adenauer. Neben ihm (l.) der Vertrags-Initiator, der französische Außenminister Robert Schuman.

Außen- und Deutschlandpolitik

Die grundsätzlichen außen- und innenpolitischen Entscheidungen waren zwar mit der Gründung der Bundesrepublik gefallen, aber deren politische Akzeptanz und parlamentarische Absicherung waren in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch umkämpft.

Die Bundesrepublik stand in den ersten Jahren angesichts ihrer eingeschränkten Souveränität – außenpolitische Entscheidungen hatten sich die westalliierten Mächte noch vorbehalten – vor einem Problemdreieck:

◊ Die außenpolitische Handlungsfreiheit sollte wiederhergestellt werden;

◊ Frieden und Sicherheit sollten durch die Teilnahme der Bundesrepublik an der wirtschaftlichen und politischen Integration Westeuropas und an der atlantischen Partnerschaft mit den USA gewährleistet werden.

◊ Die deutsche Teilung sollte – so wie im Grundgesetz ausdrücklich gefordert – überwunden werden.

Zwei dieser Ziele ließen sich unschwer aufeinander beziehen: Die Herstellung der – abgesehen von einigen alliierten Vorbehaltsrechten – vollen Souveränität der Bundesrepublik erfolgte im Einklang mit den ersten Schritten zur Integration in die westliche Staatengemeinschaft. Aber zwischen Westoption und rascher Wiedervereinigung bestand ein Spannungsverhältnis, das von vielen Menschen als Alternative empfunden wurde. Daß man als Teil eines wirtschaftlich und militärisch starken Westens die Wiedervereinigung erringen könne, wurde von ihnen angesichts der sowjetischen Sicherheitsinteressen bezweifelt. Aber einer Wiedervereinigung unter neutralem Vorzeichen, also unter Verzicht auf die Bindung an den Westen, standen erst recht die tatsächlichen Machtverhältnisse entgegen. Zum einen hätten dies wiederum die Westalliierten im Kalten Krieg kaum zugelassen, zum anderen fühlte sich auch die westdeutsche Bevölkerung mehrheitlich eher dem Westen, der Demokratie und der inzwischen etablierten westlichen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zugehörig und mißtraute verständlicherweise sowjetischen Vorschlägen angesichts der Entwicklung in der SBZ/DDR.

Unter diesen Voraussetzungen formulierte die Bundesregierung eine politische Linie, bei der die schrittweise Integration in das westliche System Vorrang hatte, aber zugleich der Anspruch auf eine Wiedervereinigung „in Frieden und Freiheit" aufrechterhalten wurde. Von einer „Politik der Stärke" (Konrad Adenauer) war die Rede, mit der die Sowjetunion schließlich zu Zugeständnissen gezwungen werden sollte. Die sozialdemokratische Opposition hingegen wandte sich gegen diejenigen Maßnahmen der Westintegration, die das Ziel der deutschen Einheit aus ihrer Sicht gefährden mußten, und gegen das dabei vorgelegte rasche Tempo.

Europarat und Montanunion

Als Teilnehmerin am Marshallplan war die Bundesrepublik am 31. Oktober 1949 Mitglied der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC: Organization for European Economic Cooperation) geworden.

Während diese institutionelle Verankerung im Bundestag kaum umstritten war, gab es über den Beitritt zum Europarat, den zehn westeuropäische Staaten zum Zwecke politischer Kooperation gegründet hatten, 1950 heftige Diskussionen. Sie bezogen sich vor allem darauf, daß die Bundesrepublik nur assoziiertes Mitglied und nicht stimmberechtigt sein sollte. Außerdem wollte Frankreich auch das Saargebiet aufgenommen wissen, womit die Abtrennung dieses Gebiets von Deutschland indirekt anerkannt worden wäre. Gelöst wurde der Konflikt ein Jahr später dadurch, daß die Bundesrepublik vollberechtigtes, das Saarland hingegen nur assoziiertes Mitglied wurde.

Die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zum früheren „Erbfeind" Frankreich besaß in Adenauers Politik oberste Priorität. Einen weiteren Grundstein dazu bildete der auf französische Initiative (Außenminister Robert Schuman) hin abgeschlossene Vertrag über die Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), der am 25. Juli 1952 in Kraft trat. Damit übertrugen sechs europäische Staaten (Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Länder) nationale Hoheitsrechte auf eine gemeinsame supranationale Gemeinschaft. Dieser Vertrag bildete den Ausgangspunkt für die weiteren Schritte zur wirtschaftlichen Integration, die in den Römischen Verträgen zur Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) zur Kooperation auf dem Gebiet der Kernforschung und der friedlichen Nutzung der Kernenergie am 1. Januar 1958 (Tag des Inkrafttretens der Verträge) ihren vorläufigen Abschluß fand (vgl. auch Seite 38).

Deutschlandvertrag und Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Die globale Entwicklung des Kalten Krieges beschleunigte das am meisten umstrittene Element der Westintegration, die Aufstellung einer eigenen Armee im Rahmen eines westlichen Bündnisses. Im Juni 1950 hatte der Krieg in Korea begonnen, der wegen der Parallelen – auch Korea war ein geteiltes Land – die Diskussion um die Verteidigung Westeuropas neu entfachte. In einem Sicherheitsmemorandum bat Konrad Adenauer im August 1950 um eine Verstärkung der militärischen Präsenz der

Montanunion

Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950

[...]

Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. [...]

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht.

Die Zusammenlegung der Kohlen- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäische Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.

Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offen steht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfaßt, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.

Diese Produktion wird der gesamten Welt ohne Unterschied und Ausnahme zur Verfügung gestellt werden, um zur Hebung des Lebensstandards und zur Förderung der Werke des Friedens beizutragen. [...]

Durch die Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Obersten Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerläßlich ist. [...]

Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?, München 1985, S. 86 ff.

Kontroverse um die Bedeutung des Deutschlandvertrages

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der geänderten Fassung vom 23. Oktober 1954

Artikel 1
(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik [...] das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.
(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2
Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. [...]

Artikel 4
(1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören. [...]

Artikel 7
(1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.
(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist. [...]

Bundeskanzler Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 1954.

[...] Eines der bedeutsamsten Ergebnisse der Pariser Konferenz, das auch die Grundlage für alle weiteren Beschlüsse über die deutsche Beteiligung an der gemeinsamen Verteidigung Europas und der atlantischen Staatengruppe bildet, ist die Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Bereich der Bundesrepublik. [...]

Die Bundesregierung weist nachdrücklich die Behauptung zurück, daß die Spaltung Deutschlands durch die Wiederherstellung der Souveränität für einen Teil Deutschlands vertieft oder verhärtet werde. Sie hat auch bei der Neuformulierung der Vertragstexte sorgfältig darauf Bedacht genommen, daß jene Elemente der Viermächte-Vereinbarungen von 1945 unberührt bleiben, die die Bewahrung der staatlichen Einheit Deutschlands und seine Wiedervereinigung betreffen. [...]

Das Vertragswerk macht die Bundesrepublik erst fähig, die Spaltung Deutschlands zu beseitigen und die sich mit der Wiedervereinigung stellenden Aufgaben zu bewältigen.

Ich wiederhole die dem Hohen Hause bereits mehrfach dargelegte Auffassung der Bundesregierung, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit nur möglich ist im Zuge einer allgemeinen Entspannung des Ost-West-Konflikts.

Die großen Mächte werden sich entsprechend ihren vertraglichen Verpflichtungen bei kommenden Verhandlungen für unsere Wiedervereinigung solidarisch einsetzen. [...]

Es ist, meine Damen und Herren, eine alte Taktik des Kommunismus, den Angriff stets in der Sprache der Verteidigung zu führen. [...]

Dieser Taktik folgend hat die Sowjetunion gegen Ende der Berliner Konferenz und seitdem mehrmals Vorschläge für ein System kollektiver Sicherheit gemacht, das die Verteidigungsorganisationen des Westens in Europa auflösen, die Vereinigten Staaten ausschalten, die militärische Einheit des Ostblocks aber aufrechterhalten und die Sowjetunion zur vorherrschenden Militärmacht eines ganz Europa umfassenden Systems machen würde. [...]

Die Verwirklichung der Verträge gewährleistet der Bundesrepublik Wohlfahrt, Freiheit und Sicherheit. [...] Die Verträge und Abkommen von Paris sind ein wirksames Mittel zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt.

Die Pariser Verträge vermögen noch mehr. Sie können eine neue Epoche in der Geschichte Europas einleiten. So wie England und Frankreich nach Jahrhunderte währenden Fehden und Kriegen 1904 mit dem Abschluß der Entente Cordiale eine neue Ära in den Beziehungen der beiden Völker eingeleitet haben, die ihr Verhältnis zueinander tiefgehend gewandelt und auf das glücklichste beeinflußt hat, so können die neuen Verträge Deutschland und seine Nachbarn aussöhnen und einen dauernden Bund der europäischen Völker begründen. [...]

(aus: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 15. Dezember 1954, S. 3121–3135)

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland IV: Die Bundesrepublik wird souverän. 1950–55, München 1986, S. 248 ff.

Manifest der Paulskirchen-Bewegung (1955)

Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß –, hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird. [...]

gez.: Helmut Gollwitzer, Dr. Gustav Heinemann, J. Hessen, Ernst Lange, Erich Ollenhauer, Ernst Reuter, Alfred Weber.

(Zu den Unterzeichnern gehörten führende Oppositionspolitiker. – *Anm. d. Red.*)

Richard Diederich, Richard Grübling, Stark für die Freiheit. Die Bundesrepublik im Plakat, Hamburg 1989, S. 41.

Westalliierten in der Bundesrepublik und sagte ein deutsches Truppenkontingent für den Fall zu, daß es zur Bildung einer europäischen Armee kommen sollte. Als Diskussionsbasis diente ein französischer Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der sogenannte Pleven-Plan (benannt nach dem damaligen französischen Verteidigungsminister René Pleven). Mit dem Beitritt zur EVG sollte die Beendigung des Besatzungsstatuts und die Herstellung der inneren und äußeren Souveränität der Bundesrepublik verbunden sein. Der Deutschlandvertrag, der am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnet wurde, beinhaltete diese Punkte. Einen Tag später wurde der daran gekoppelte EVG-Vertrag in Paris unterzeichnet, aber im Frühjahr 1953 vertagte das französische Parlament zunächst die Ratifizierung und lehnte am 30. August 1954 das Vertragswerk ab, vor allem wegen der darin enthaltenen Einschränkung der Verfügungsgewalt über die nationalen Streitkräfte. Immerhin aber war durch die ausgedehnten Verhandlungen die Bundesrepublik als Partner der Westmächte aufgewertet worden.

Streit um die Stalin-Noten

Die offizielle und von den Westalliierten unterstützte Position der Bundesrepublik hinsichtlich der Wiedervereinigung war die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen. Die Prüfung der Voraussetzungen dafür in beiden deutschen Staaten durch die Vereinten Nationen (UNO) scheiterte im Herbst 1951 an der Weigerung der DDR, die UN-Kommission einreisen zu lassen. Die ostdeutsche Regierung argumentierte vordergründig damit, daß eine deutsche Angelegenheit nur von einer paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Kommission, nicht aber von einem internationalen Gremium beraten werden könne.

Insofern waren die Westmächte sehr überrascht, als sie am 10. März 1952 eine sowjetische Note mit dem Vorschlag erhielten, „unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen", der „unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung", ausgearbeitet werden solle. Die Alliierten sollten gemeinsam prüfen, wie eine solche gesamtdeutsche Regierung rasch geschaffen werden könne. Als Rahmen für diesen Friedensvertrag war die Wiederherstellung eines neutralen Deutschlands in den von der Potsdamer Konferenz festgelegten Grenzen mit einer eigenen Armee und entsprechender Rüstungsindustrie vorgesehen, der Abzug aller Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres und die Gewährleistung aller demokratischen Rechte und der freien politischen Betätigung mit Ausnahme von Vereinigungen, „die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind".

Die Westmächte lehnten in ihrer Beantwortung der ersten Note am 25. März 1952 – mit Zustimmung von Adenauer – jegliche Verhandlung über einen Friedensvertrag vor gesamtdeutschen Wahlen ab. Diese brüske Ablehnung rief in der Bundesrepublik Kontroversen hervor. Politiker der SPD und vereinzelt aus der FDP, aber auch der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, votierten dafür, die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorschlags zumindest zu prüfen, während der Bundeskanzler die Note lediglich als Versuch Stalins wertete, den westeuropäischen Integrationsprozeß, die Bildung der EVG, zu behindern. Hinzu kamen Ängste Adenauers vor einer Einigung der früheren Verbündeten über Deutschland hinweg und zu dessen Ungunsten. Deshalb betonte er immer wieder, daß ein neutrales Deutschland und das dadurch entstehende Machtvakuum in Mitteleuropa lediglich ein strategisches Zwischenziel sowjetischer Expansionspolitik sein würde.

Zwar signalisierte die Sowjetunion in einer zweiten Note am 9. April ihre Zustimmung zu freien Wahlen, und parallel zu den Beratungen über den Deutschlandvertrag und die EVG wurden bis zum 23. September 1952 noch zweimal Noten zwischen den ehemaligen Verbündeten des Zweiten Weltkriegs gewechselt, aber eine ernsthafte Prüfung der sowjetischen Vorschläge unterblieb.

Pariser Verträge: Fortsetzung der Westintegration

Die gleiche Konstellation ergab sich, als die Nachfolger Stalins erstmals das Interesse der Sowjetunion an einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem bekundeten und das schon in der Note vom 9. April 1952 enthaltene Zugeständnis wiederholten, die westliche Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen prüfen zu wollen (Noten vom 23. Oktober 1954 und 14. Januar 1955). Wieder erklärte Adenauer, gegen den Protest der SPD und einer breiten öffentlichen Opposition („Deutsches Manifest" der „Paulskirchenbewegung" am 29. Januar 1955), dies diene nur der Propaganda gegen die Integration in den Westen. Erst wenn diese abgeschlossen sei, könnten von einer dann starken Position aus erfolgreiche Verhandlungen geführt werden.

Die Festlegung der Westintegration wurde im Oktober 1954 erreicht, als in Paris gleichzeitig folgende Komplexe vertraglich geregelt wurden:

◊ Die Neufassung des Deutschlandvertrags zwischen der Bundesrepublik und den drei westalliierten Mächten zur Ablösung des Besatzungsstatuts mit Zusatzverträgen über die Stationierung ausländischer Streitkräfte in Westdeutschland;

◊ der Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU);

◊ die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO;

◊ die Einigung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über ein Statut für das Saargebiet, über das die Bevölkerung innerhalb von drei Monaten in einer Abstimmung entscheiden sollte. Das Ergebnis – 67,7 Prozent der Saarländer stimmten am 23. Oktober 1955 gegen das Statut – kam für Frankreich völlig überraschend und führte zur politischen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik 1957 und zu seiner wirtschaftlichen Eingliederung 1959.

Großbritannien, Frankreich und die USA anerkannten in einer Erklärung, der sich die anderen NATO-Länder anschlossen, die Bundesrepublik als einzigen deutschen Staat und garantierten dessen Sicherheit ebenso wie die West-Berlins. Gefordert wurde von ihnen ferner eine friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Mit Sonderveranstaltungen, Beflaggung und Spruchbändern wurde am 1. Januar 1957 die Wiedereingliederung des Saarlandes in deutsches Staatsgebiet gefeiert.

Kontroverse um die Atombewaffnung

Bundeskanzler Adenauer auf der Bundespressekonferenz (4. April 1957)

[...] „Nun komme ich auf die atomaren Waffen.

Hier ist nicht beachtet der Unterschied zwischen den taktischen und den großen atomaren Waffen. Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, daß bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie leider jetzt haben, wir nicht darauf verzichten können, daß auch unsere Truppen – das sind ja beinahe normale Waffen – die neuesten Typen haben und die neueste Entwicklung mitmachen. Davon sind zu trennen die großen atomaren Waffen, die haben wir ja nicht. Aber wie sehr diese ganze Entwicklung in Fluß ist, das ersehen Sie am besten daraus, daß Großbritannien schon vor Wochen erklärt hat, daß es eine nukleare Macht werden solle, so daß wir dann nicht nur als nukleare Mächte haben die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sondern auch Großbritannien. Diese ganze Entwicklung ist also im vollen Fluß, und wir Deutsche können diese Entwicklung nicht stoppen. Wir müssen uns der Entwicklung anpassen. Wir können nur eines tun und das tun wir, überall dafür zu sorgen, daß eine Entspannung irgendwie und irgendwann einmal eintritt.

Aber davon bin ich felsenfest überzeugt, daß eine Entblößung von Waffen, ein Nichtmitmachen der Entwicklung in der modernen Waffentechnik keine Entspannung bedeutet, wenn sie von irgendeinem Lande allein vorgenommen wird, und sicher nicht, wenn sie von der Bundesrepublik allein vorgenommen wird. Ich glaube, ich habe damit wohl diese Fragen insgesamt beantwortet.

Daß das Vorhandensein dieser Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik uns der Gefahr einer atomaren Vergeltung aussetzt, glaube ich nicht aus dem sehr einfachen Grunde, weil auch Sowjetrußland genau weiß wie das alle anderen Staaten wissen, daß auf eine Vergeltungshandlung – wie es hier steht – d. h. einen Angriff gegen uns –, es wäre wirklich ein Angriff im ernstesten Sinne des Wortes, dann sofort der Gegenschlag von USA kommen würde.

Ich kann leider nicht verhehlen, daß die außenpolitische Entwicklung in den letzten 12 oder 18 Monaten ernster geworden ist und daß wir hier in Deutschland den Frieden, den wir haben, lediglich der Tatsache verdanken, daß die Atomwaffe der USA außerordentlich stark ist." [...]

Klaus-Jörg Ruhl, Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?, München 1985, S. 408.

Der Appell der „Göttinger Achtzehn" (12. April 1957)

Führende deutsche Atomwissenschaftler (darunter Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl-Friedrich von Weizsäcker – Anm. d. Red.) richteten laut Frankfurter Allgemeine folgenden Appell an die Öffentlichkeit: [...]

Erstens: Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als „taktisch" bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. [...] Als „klein" bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten „strategischen" Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

Zweitens: Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebenausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen. Unsere Tätigkeit, die der Tätigkeit der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.

[...] Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig.

[...] Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. [...]

Klaus-Jörg Ruhl, Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?, München 1985, S. 409 f.

Mit dem Tag des Inkrafttretens der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik ein souveräner Staat bis auf einige, Deutschland als Ganzes betreffende, alliierte Vorbehalte. Am 9. Mai erfolgte der Beitritt zur NATO. Vorgesehen war ein militärisches Kontingent von maximal 500 000 Mann.

Bereits zwei Monate später trafen sich die Regierungschefs der westlichen Mächte und der Sowjetunion zu einer Gipfelkonferenz in Genf (17. bis 23. Juli 1955) und einigten sich auf die Formel, daß die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen im Einklang mit den Sicherheitsinteressen in Europa und im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes erreicht werden müsse. Diese Konferenz, an der Beobachterdelegationen der Bundesrepublik und der DDR teilnahmen, schien die Auffassung zu bestätigen, daß die westliche Integration die deutsche Einigung nicht behindere. Das nachfolgende Außenministertreffen am gleichen Ort (27. Oktober bis 15. November 1955) verlief allerdings ergebnislos, weil die Sowjetunion darauf bestand, vor der deutschen Wiedervereinigung ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen.

Zwischen diesen beiden Konferenzen reiste der Bundeskanzler (auf Einladung der Sowjetunion) nach Moskau (8. bis 14. September 1955). Dort wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart, und die Sowjetunion erklärte sich bereit, die letzten etwa 10 000 deutschen Kriegsgefangenen freizulassen.

Hallstein-Doktrin

Ausgehend vom Anspruch der Bundesrepublik, Deutschland als einziger Staat zu vertreten, wertete es die Bundesregierung als einen unfreundlichen Akt, wenn ein Staat, der mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhielt, auch die DDR als selbständigen Staat anerkannte. Eine Ausnahme sollte allein die Sowjetunion bilden, die in beide deutsche Hauptstädte Botschafter entsandte.

Der außenpolitische Grundsatz, keine Beziehungen zu Staaten aufzunehmen bzw. diese abzubrechen, wenn diese die DDR diplomatisch anerkannten, wurde nach dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, als Hallstein-Doktrin bezeichnet. Damit konnte zwar für etwa ein Jahrzehnt die internationale Anerkennung der DDR verzögert werden, aber die Bundesrepublik verzichtete dadurch auch selbst auf diplomatische Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn sowie zu einigen Ländern der Dritten Welt. Nachdem diese Doktrin in den sechziger Jahren weitgehend ausgehöhlt worden war, wurde sie stillschweigend aufgegeben.

Diplomatische Initiativen von östlicher Seite 1957/58, darunter der Vorschlag des SED-Chefs Walter Ulbricht für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten

und einen paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Rat als Vorstufe für eine spätere Wiedervereinigung, wurden vom Westen nicht aufgegriffen. Umgekehrt ignorierte die Sowjetunion den im März 1958 von der Bundesregierung übermittelten „Globke-Plan" (benannt nach dem damaligen Staatssekretär Hans Globke). Dieser sah vor, daß der status quo für fünf Jahre aufrechterhalten werden sollte, bevor in beiden deutschen Staaten eine bindende Abstimmung über die Wiedervereinigung stattfinden würde. Die gesamtdeutsche Volksvertretung sollte dann frei entscheiden können, sich der NATO oder dem Warschauer Pakt anzuschließen.

Letztlich handelte es sich auf beiden Seiten um leicht veränderte Wiederholungen der bekannten Standpunkte. Ende der fünfziger Jahre wurde immer deutlicher, daß mit dem Erfolg der Westintegration die Aussicht auf die Wiedervereinigung nicht wuchs.

Aufbau der Bundeswehr

Seit 1950 war der Aufbau einer westdeutschen Armee heftig umstritten, vor allem im Zusammenhang mit den sich daraus ergebenden Folgen für die Wiedervereinigung. Nach dem Beitritt zur NATO und dem Dienstantritt der ersten 1000 Freiwilligen am 2. Januar 1956 sowie der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zwei Monate später wurde es dann zunächst ruhiger um die Bundeswehr. Viele Offiziere hatten zwar bereits in der Wehrmacht gedient und lebten noch in traditioneller militärischer Vorstellungswelt. Aber mit dem maßgeblich von General Wolf Graf von Baudissin entworfenen Konzept der „Inneren Führung" wurde ein Neuanfang gewagt, mit dem man zum einen die Integration der Armee in den demokratischen Staat und dessen gesellschaftliche Ordnung anstrebte und zum anderen dem Soldaten als „Staatsbürger in Uniform" die Menschen- und Bürgerrechte garantierte, soweit dies unter militärischen Erfordernissen überhaupt nur möglich ist.

Die öffentliche Diskussion um die Bundeswehr wurde aber schon bald wieder belebt, als die amerikanische Strategie seit dem Herbst 1956 vorsah, die konventionellen Streitkräfte in Europa zugunsten einer Ausrüstung mit Atomwaffen zu reduzieren. Nachdem Bundeskanzler Adenauer, der die ungeminderte amerikanische Präsenz erhalten wissen wollte, dies nicht hatte verhindern können, vertraten er und Franz Josef Strauß, Nachfolger von Theodor Blank als Verteidigungsminister, seit April 1957 öffentlich die Auffassung, daß auch die Bundeswehr zumindest begrenzte Verfügungsgewalt über diese Waffen erhalten müsse.

In der Bevölkerung entwickelte sich in den folgenden Monaten eine breite Protestbewegung unter dem Motto „Kampf dem Atomtod". Sie erhielt auch die Unterstützung von führenden deutschen Atomwissenschaftlern, die im „Göttinger Manifest" vom 12. April 1957 für einen deutschen Verzicht auf Atomwaffen eintraten. Weder die Protestbewegung noch verschiedene diplomatische Vorstöße, darunter der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Bundesrepublik, DDR, Polen und Tschechoslowakei), verhinderten die Stationierung von Atomwaffen auf westdeutschem Boden. Allerdings erhielt die Bundesrepublik keine Mitverfügungsgewalt über diese Waffen.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Abkommens über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 13. September 1955 reichen sich der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Bulganin (links) und Bundeskanzler Konrad Adenauer die Hände.

Berlin-Frage

Die Entscheidung zur Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik rückte die besondere Rolle Berlins erneut ins Zentrum der Blockkonfrontation. Denn wie 1948 bediente sich die Sowjetunion erneut des Druckmittels der Blockade von West-Berlin (siehe detaillierte Darlegung in „Informationen zur politischen Bildung" 240 zum Thema: „Hauptstadt Berlin"). Im Ergebnis bemühte sich die Bundesrepublik um eine möglichst weitgehende Eingliederung des westlichen Teils der Stadt und zeigte dort demonstrative Präsenz, während die Westmächte an der gemeinsamen alliierten Verantwortung für ganz Berlin festhielten.

Die DDR wiederum bezeichnete Berlin als ihre Hauptstadt, zu der rechtens auch der westliche Teil gehöre. Ende 1958 kam es

Foto: Bundesbildstelle

Nach dem Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau wurden vereinbarungsgemäß die letzten deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischer Gefangenschaft bis Ende 1955 entlassen. Ein Heimkehrer wird freudig von seiner Familie empfangen.

zu einer Zuspitzung des Streits um Berlin, als die Sowjetunion ultimativ Verhandlungen über das Ende der westlichen Präsenz in West-Berlin innerhalb von sechs Monaten forderte. Schließlich erfolgte mit dem Bau der Mauer durch Berlin am 13. August 1961 die hermetische Teilung der Stadt und eine Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit.

Soziale Ordnung

Während die Deutschlandpolitik, vor allem aber die unpopuläre Wiederbewaffnung, auch in der Bundesrepublik selbst erhebliche Kontroversen ausgelöst hatten, wurden die wichtigsten Gesetzeswerke zur sozialen Ausgestaltung des westlichen Staates größtenteils einvernehmlich oder zumindest weitgehend ohne dramatische Auseinandersetzungen beschlossen, wenn man von der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung absieht:

◊ Das Erste Wohnungsbaugesetz, im April 1950 vom Bundestag einmütig beschlossen, bildete die Grundlage des Wiederaufbaus. Mit fünf Millionen Wohnungen, die in den fünfziger Jahren gebaut wurden (davon 60 Prozent als staatlich besonders geförderte Sozialwohnungen) wurden alle Zielvorstellungen weit übertroffen.

◊ Schon 1950 waren mit dem Bundesversorgungsgesetz die Versorgung der Kriegsopfer und im gleichen Jahr mit dem Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer Entschädigungen für ehemalige Kriegsgefangene beschlossen worden. Das Lastenausgleichsgesetz vom Mai 1952 schließlich sah Entschädigungen für Vermögensverluste aus Vertreibung, Flucht und Kriegszerstörungen vor. Es wurde freilich von SPD und KPD als ungenügend abgelehnt. Finanziert werden sollte der Lastenausgleich aus einer fünfzigprozentigen Abgabe von allen Vermögen, die bei der Währungsreform 5000 DM überschritten hatten. Für die Berechnung dieser in 30 Jahresraten zu leistenden Abgabe wurden aber die bei Immobilien steuerlich niedrigen Einheitswerte zugrundegelegt und zahlreiche Ausnahmen zugelassen, so daß sie für die davon Betroffenen keine große Belastung darstellte.

◊ Den Höhepunkt der sozialen Ausgestaltung der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren bildete zweifellos die Rentenreform, mit der 1957 die Dynamisierung der Altersrenten und damit deren Ankoppelung an die Lohnentwicklung vorgenommen wurde. Auch in diesem Fall stimmte die SPD mit der Union für das Gesetz, während die FDP und die Mehrheit der DP-Fraktion es ablehnten.

Am Ende der fünfziger Jahre war aus der Bundesrepublik ein politisch souveräner und sozial stabiler Staat geworden, der fest in das westliche Bündnis integriert war. Der Preis dieser Entwicklung war allerdings die Zementierung der deutschen Teilung.

Volksmeinung

Die düsteren Schatten des Krieges und der Kriegsfolgen lasteten um 1950 nach wie vor auf den Menschen. Ängste, Sorgen und eine tiefsitzende Unsicherheit gehörten zum Lebensgefühl der frühen fünfziger Jahre. Man traute dem Frieden noch nicht, eine relative Mehrheit der Bevölkerung war der Auffassung, daß die Nachkriegszeit in Wirklichkeit nur eine kurze Atempause zwischen Zweitem und Drittem Weltkrieg sei. Durch den Korea-Konflikt 1950/51 war diese Befürchtung noch erheblich angewachsen. Zwei Drittel der Bevölkerung fühlten sich Meinungsumfragen zufolge durch die Sowjetunion bedroht. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ging die unmittelbare Kriegsangst allmählich zurück.

Neben der Unsicherheit über die Stabilität des Friedens im Kalten Krieg konnten die Menschen um 1950 noch nicht davon ausgehen, daß der wirtschaftliche Aufschwung – er setzte dynamisch erst mit dem Korea-Krieg ein – langfristiger Natur sein würde. Dies widersprach ihren Lebenserfahrungen mit den ständig wechselnden Konjunkturlagen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

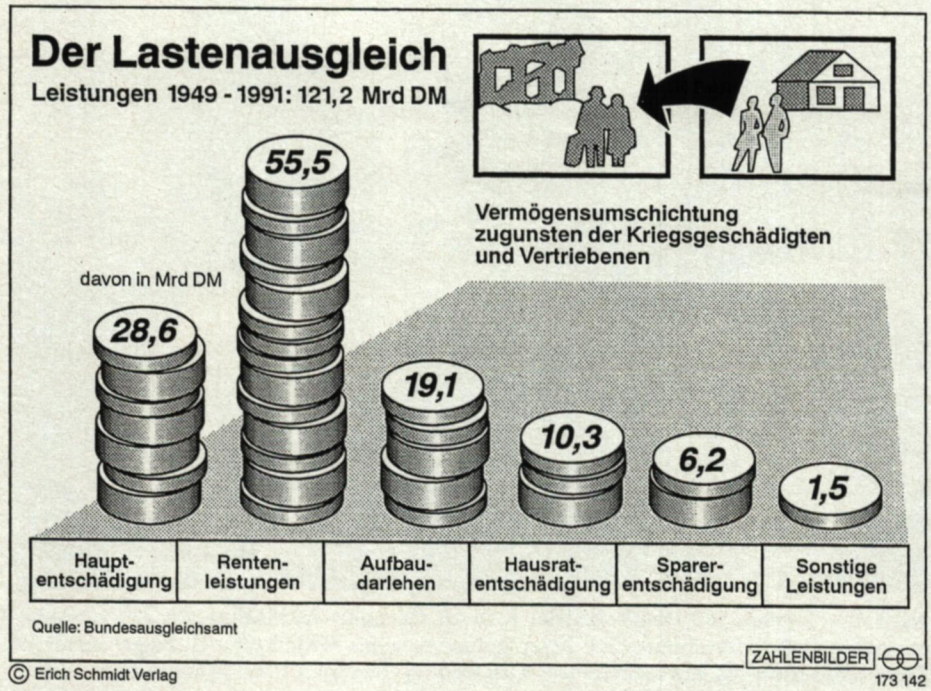
Sicherheitsbedürfnis

Insofern beherrschte ein besonders hohes Sicherheitsbedürfnis die Bevölkerung, die sich an der Politik im übrigen mehrheitlich wenig interessiert zeigte. Dem geringen Interesse entsprach der niedrige Informationsgrad über das neue demokratische System. Neun Zehnteln der Bevölkerung, so ermittelte das Allensbacher Institut für Demoskopie in Umfragen Anfang der fünfziger Jahre, war die Arbeitsweise des Bundestages und die Funktion des Bundesrates unbekannt.

Geradezu ideal erschien in dieser Situation die respektable Vaterfigur Konrad Adenauer, dem man die Geschicke des Staates anvertrauen konnte, während man sich selbst seinen privaten Geschäften widmete. Die Bonner Koalition verstand es, die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen – Sicherheit vor der äußeren Bedrohung aus dem Osten durch die Integration in die westliche Gemeinschaft und Sicherheit vor neuer materieller Not.

Die Wiederbewaffnung war zwar Anfang der fünfziger Jahre in der Bevölkerung nicht populär, aber infolge der weltpolitischen Spannungssituation und der empfundenen Bedrohung durch die Sowjetunion wuchs das Einverständnis mit der Aufstellung einer in das westliche Bündnis integrierten Armee auf etwa die Hälfte der Bevölkerung. Nach ihrer Gründung wurde die Bundeswehr in ihrer Existenz immer weniger in Frage gestellt. Auf der anderen Seite rief sie auch keine nationalistische Hochstimmung hervor, sondern wurde nüchtern als politische Notwendigkeit betrachtet.

Die tatsächliche gesellschaftliche und politische Entwicklung war die beste Werbung für die Regierung und besonders für die Kanzlerpartei, während die Kritiker der Sozialen Marktwirtschaft ebenso wie diejenigen, die durch die Westintegration die deutsche Wiedervereinigung gefährdet sahen, zunehmend als Störenfriede einer erfolgreichen Politik erschienen, denen es an realistischen Gegenkonzepten ermangelte. Während die Regierungsparteien zur zweiten Bundestagswahl noch mit polemischen Plakattexten aufwarteten, die davor warnten, daß alle Wege des Marxismus nach Moskau führten, reichte 1957 die CDU-Losung „Keine Experimente!“ Sie entsprach wohl wie keine zweite der mehrheitlichen Einstellung in der Bevölkerung,



© Erich Schmidt Verlag

die wiederum zum Teil die bereits geschilderte Wahlentwicklung erklärt.

Aber auch die politisch-kulturellen Traditionen müssen als wichtiger Faktor für das Wahlverhalten der fünfziger Jahre in Rechnung gestellt werden. Immer noch überwogen staatsgläubige Einstellungen, die grundsätzlich die Regierung über die Parteien stellten. Und nach wie vor dominierten autoritäre Denkmuster und ein konfliktscheues Mißtrauen gegenüber demokratischer Diskussion. Dies spiegelte sich zum Teil in den immer wieder durchgeführten Umfragen über die gewünschte Staatsform, bei denen Anfang der fünfziger Jahre noch starke Minderheiten gegen ein Mehrparteiensystem und für ein autoritäres Regime votierten. Erst am Ende des Jahrzehnts gab es einen überzeugenden Anteil von drei Vierteln der Befragten, die sich für die Demokratie aussprachen.

Anfang der fünfziger Jahre waren es weniger die Demokratie und westliche liberale Werte, die der stalinistischen Diktatur politisch entgegengehalten wurden. Im Zentrum stand vielmehr die Abwehr des Bolschewismus oder Kollektivismus, der das christliche Abendland bedrohe. Damit ließ sich an die Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung anknüpfen, die nun die Überzeugung pflegen konnte, wenigstens in dieser Frage bis 1945 auf der richtigen Seite gestanden zu haben; die mit dem Vordringen der Roten Armee verbundenen Erfahrungen sowie der Anschauungsunterricht, den die Sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR bot, bekräftigten diesen Standpunkt. Erst mit dem Abflauen des Kalten Krieges verloren damit verbundene Feindbilder allmählich ihre Eindrücklichkeit.

Umgang mit der NS-Vergangenheit

Selbst nach dem Kriegsende und der Aufdeckung der nationalsozialistischen Verbrechen gab etlichen repräsentativen Erhebungen im Auftrag der US-Besatzungsmacht von 1945 bis 1949 zufolge jeweils mehr als die Hälfte der Befragten an, daß der Nationalsozialismus eine gute Idee gewesen sei, die nur schlecht ausgeführt worden wäre.

In der Zeit der Besatzung hatte es seitens der Alliierten eine sehr weit ausgreifende Entnazifizierung gegeben. In den drei westlichen Zonen waren mehr als sechs Millionen Verfahren anhängig, in denen etwa eine Million Personen mit unterschiedlichen Sanktionen belegt worden war. Nationalsozialistische Funktionsträger waren vor allem in der Politik, in der Kultur und im Bereich der Medien ausgeschaltet worden. Nachdem aber die Entnazifizierung in deutsche Hände übergegangen war, verlief sie bald im Sande und endete schließlich Anfang der fünfziger Jahre mit allgemeinen Amnestien. Da-

Lastenausgleich

[...] Eine wichtige Rolle in dieser Diskussion um die finanzielle Liquidation der Kriegsfolgen spielten Forderungen nach einem Lastenausgleich zwischen denen, die alles verloren hatten und anderen, die unbeschadet oder sogar als Gewinner aus dem Krieg hervorgegangen waren.

Fast alle der damals vorgelegten Konzepte plädierten für die Nachrangigkeit eines derartigen Lastenausgleichs gegenüber einer Neuordnung des Geldwesens. Die niederschmetternde Evidenz der Verwüstung, die Deutschland vermeintlich auf ein „Jahr Null" zurückgeworfen hatte, ließ damals nur eine Schlußfolgerung zu. Angesichts eines dramatisch reduzierten Aufbringungspotentials hielt man einen raschen individuellen Lastenausgleich für vollkommen undenkbar. [...]

Mit der von den Siegermächten sanktionierten Vertreibung von Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa hatte sich seit 1945 zudem der Interessentenkreis beim Lastenausgleich verlagert. Nun ging es nicht mehr nur um die Bewältigung der nationalsozialistischen Kriegsfinanzierung. [...]

Das bis in den Sommer 1948 praktizierte Koalitionsverbot für Vertriebene hat diese von einer aktiven Teilnahme an der Grundsatzdiskussion um den Lastenausgleich weitgehend abgehalten. Erst als der Frankfurter Wirtschaftsrat in konkrete Beratungen über ein Lastenausgleichsgesetz eintrat, konstituierte sich im Oktober 1948 ein formeller Lastenausgleichsausschuß der zersplitterten und vielfach miteinander rivalisierenden Vertriebenengrüppchen. Allerdings konnte er nicht mehr einwirken auf die Gestaltung dieses Gesetzes, das im November 1948 als „erstes" Lastenausgleichsgesetz von CDU/CSU und SPD im Wirtschaftsrat verabschiedet wurde. [...]

Kernstück des Gesetzes, dessen Genehmigung von den Alliierten lange hinausgezögert wurde und das unter dem Namen Soforthilfegesetz im August 1949 in Kraft trat, war die monatliche Unterhaltshilfe mit einem Sockelbetrag von 70 DM. Diese mit Rechtsanspruch ausgestattete Rente war zwar nicht höher als der Durchschnittsbetrag der bis dahin an die Vertriebenen ausbezahlten Fürsorgeleistungen. Dennoch bewirkte die Unterhaltshilfe sofort eine markante sozialpsychologische Veränderung. Vom Odium des Fürsorgeempfängerstatus befreit, entstand unter den Vertriebenen das Bewußtsein, an der langsam spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen zu partizipieren und nicht vom Status der Eingesessenen abgekoppelt zu werden. Der Rechtsanspruch auf Unterhaltshilfe galt als symbolhafter Beginn ihrer sozialen und ökonomischen Rehabilitation, auch wenn die ihnen außerdem zufließenden allgemeinen Sozialleistungen den Betrag der Unterhaltshilfe weit überstiegen. Diese ersten Lastenausgleichshilfen, die neben der Unterhaltshilfe auch (materiell sogar noch bedeutendere) Hilfen für Hausratsbeschaffung, Wohnungsbau, Existenzgründung und Ausbildung der Vertriebenen vorsahen, wurden hauptsächlich durch 2–3prozentige Vermögensabgaben und die Hypothekengewinnabgabe finanziert. Ihr pazifizierender Effekt wirkte der befürchteten Radikalisierung der Vertriebenen entgegen und trug zum Erfolg der bürgerlichen Parteien bei der ersten Bundestagswahl 1949 bei. [...]

Das Dilemma der Bonner Lastenausgleichspolitik bestand einerseits darin, daß ein rascher Lastenausgleich politisch unerläßlich war zur Eindämmung des damals gefährlich erscheinenden Radikalismus unter den Vertriebenen, andererseits drohte aber die damit verbundene Vermögensumverteilung die prinzipiell der Marktwirtschaft verpflichtete Wachstumspolitik zu gefährden. [...]

Dennoch konnten der Vertriebenenverband und sein einflußreicher Lastenausgleichsausschuß durch geschicktes Taktieren partielle Erfolge im Kampf um einen quotalen Lastenausgleich erringen. [...]

Im Mittelpunkt des nunmehr (1952, Anm. d. Red.) auf 400 Paragraphen angeschwollenen Lastenausgleichsgesetzes stand die vom Vertriebenenverband so vehement geforderte Hauptentschädigung. Vertriebene bekamen für ihre nachgewiesenen Vermögensschäden eine dem Schadensbetrag umgekehrt proportionale Entschädigung, gestaffelt von 95 Prozent (für Schäden unter 5000 Reichsmark) bis 6,5 Prozent (für Schäden über 1 Million Reichsmark). Wann der Rechtsanspruch auf Hauptentschädigung eingelöst werden sollte, war allerdings von sozialen und volkswirtschaftlichen Kriterien abhängig. Weitere Entschädigungsleistungen waren die an der früheren Einkommens- und Vermögenslage orientierte Hausratentschädigung für verlorenen Hausrat sowie ein Ausgleich für zurückgelassene Sparguthaben („Währungsausgleich"). An Alte und Erwerbsunfähige, die keinen Vermögensverlust nachweisen konnten, wurden (in Fortführung der seit 1949 erfolgten Unterhaltshilfeleistungen nach dem Soforthilfegesetz) Kriegsschadenrenten ausbezahlt. [...]

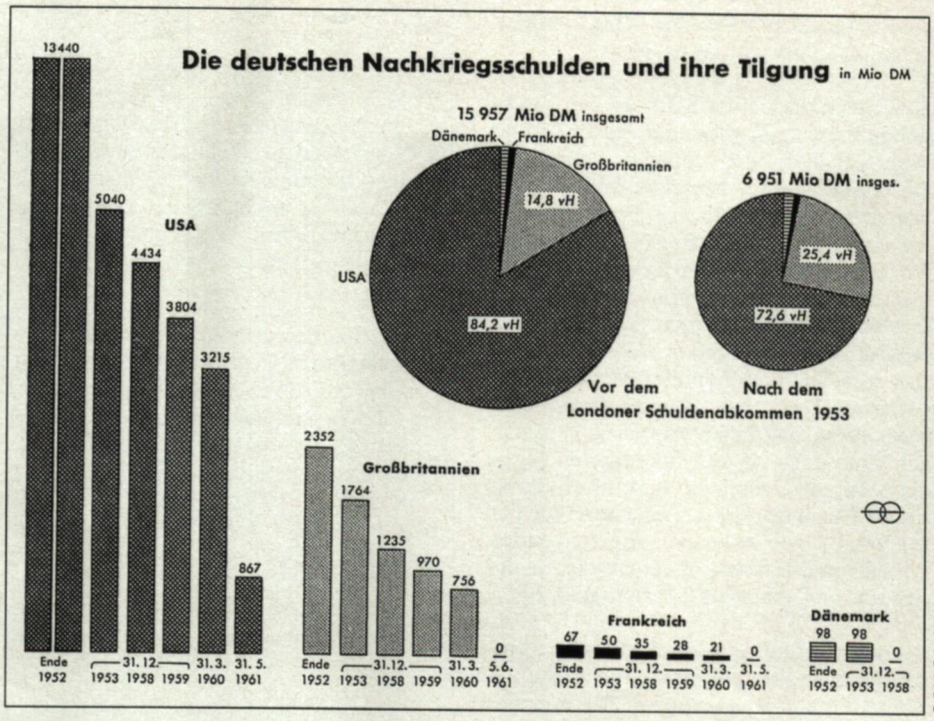
Reinhold Schillinger, „Der Lastenausgleich", in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt am Main 1985, S. 183 ff.

durch ergab sich eine ungleiche Behandlung. Gerade weniger schwere Fälle waren anfangs mit drakonischen Strafen abgeschlossen worden, während etliche prominente Parteigänger des Regimes wenige Jahre später, als sich der rechtliche Rahmen und das politische Klima verändert hatten, nicht mehr behelligt wurden. Auch aus diesem Grund war die Entnazifizierung in der Bevölkerung nicht populär.

Nach einer bisweilen verordneten Zwangspause (Internierung, Haft, Entlassung, Suspendierung usw.) kam es Anfang der fünfziger Jahre zu einer weitreichenden personellen Integration selbst belasteter ehemaliger Funktionäre in die private Wirtschaft, aber auch in den öffentlichen Dienst. Während im privaten Erwerbsleben häufig persönliche Netzwerke bestanden, die eine Integration erleichterten, wurde dies bei den Staatsdienern durch gesetzliche Regelungen befördert.

In Artikel 131 des Grundgesetzes war eine Regelung für jene öffentlichen Bediensteten angekündigt worden, die 1945 aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen hatten ausscheiden müssen. In Ausführung dieses Auftrages beschloß der Bundestag im Mai 1951 – mit den Stimmen der SPD – ein Gesetz, das die öffentlichen Arbeitgeber verpflichtete, 20 Prozent ihrer Planstellen für die Einstellung dieses Personenkreises zu verwenden. Neben jenen, die vor allem aus den ehemaligen Ostgebieten vertrieben worden waren, erhielten auch etwa 150 000 Personen ihre Versorgungsansprüche und Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst zurück, die im Zuge der Entnazifizierung ihr Amt verloren hatten.

Bei der Beantwortung der häufiger aufgeworfenen Frage, wie sich die politische Demokratie trotz personeller Kontinuitäten in wichtigen Bereichen von Staat und Gesellschaft stabilisieren konnte, wird man auf folgenden wichtigen Umstand hinweisen müssen: Zwar gab es eine weitgehende soziale Integration eines Teils der alten Funktionseliten, der Experten auf vielen Feldern der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft und der Kultur; aber diese hatten zum großen Teil ihre Karriere bereits während der Weimarer Republik begonnen. Sie paßten sich zudem den Regeln des neuen demokratischen Systems an; zunächst vielleicht nur äußerlich, aber vielfach allmählich auch aus innerer Überzeugung. Ohne die Mitwirkung jener qualifizierten Eliten wäre der Wiederaufbau wohl kaum so reibungslos verlaufen.



© Erich Schmidt Verlag

Diskussion um die „Wiedergutmachung“

Auf der anderen Seite bekannte sich Adenauer in einer Regierungserklärung im Bundestag am 27. September 1951 unmißverständlich zur Pflicht moralischer und materieller Wiedergutmachung gegenüber den Vertretern des Judentums und dem Staat Israel. Nach komplizierten Verhandlungen wurde ein Jahr später ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel unterzeichnet. Dieses Abkommen bildete im übrigen eine Voraussetzung für die gleichzeitigen Londoner Verhandlungen über die Anerkennung der deutschen Vorkriegsschulden sowie der Schulden, die aus der Wiederaufbauhilfe für die Westzonen nach dem Zweiten Weltkrieg resultierten. Insofern erleichterte die Verständigung mit Israel die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Weltwirtschaft. Dennoch löste das Abkommen mit Israel im Bundestag heftige Debatten aus, vor allem wegen der Höhe der vereinbarten Zahlungen (etwa 3,5 Milliarden DM für eine Laufzeit von 12 Jahren). Bundeskanzler Adenauer konnte sich im Bundestag nur mit den Stimmen der SPD durchsetzen, weil sich ein Teil der Koalitionsabgeordneten der Stimme enthielt oder das Abkommen sogar ablehnte. Damit, so wurde in repräsentativen Umfragen ermittelt, drückten sie „Volkes Stimme“ aus.

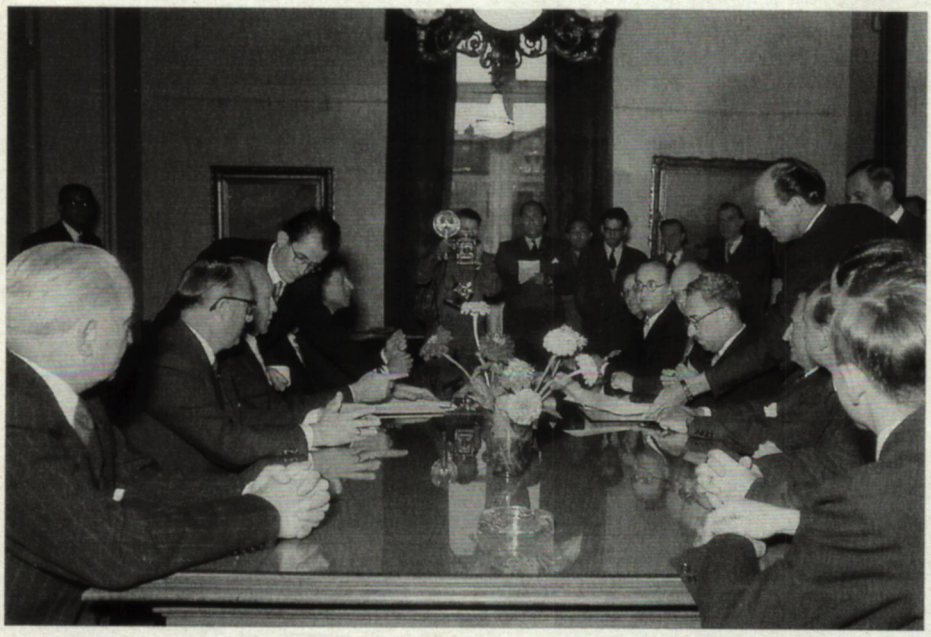


Foto: Bundesbildstelle

Unterzeichnung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens durch Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett am 10. September 1952.

Kurz vor Ende der ersten Legislaturperiode, am 18. September 1953, verabschiedete der Bundestag auch ein Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, das allerdings – im Unterschied zu den vorherigen zonalen Regelungen – nun diejenigen ehemaligen Verfolgten ausschloß, die sich nach Inkrafttreten des Grundgesetzes weiterhin als Kommunisten betätigten; nicht entschädigungsberechtigt waren ferner Homosexuelle sowie Sinti und Roma und die meisten der im Dritten Reich als „asozial“ Verfolgten.

Diese Politik ging einher mit einer strikten Abgrenzung gegenüber neonazistischen

und rechtsextremen Parteien und Verbänden, wie etwa das Verbot der Sozialistischen Reichspartei zeigt. Im übrigen wachten auch die Alliierten sehr aufmerksam über solche Ansätze. Anfang 1953 verhaftete die britische Militärpolizei einstige NS-Größen, die begonnen hatten, die Landesverbände der FDP in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu unterwandern.

Die Doppelstrategie der westdeutschen „Vergangenheitspolitik" (Norbert Frei), die weitgehende soziale Integration der NS-belasteten Eliten mit strikter Abwehr neonazistischer Wiederbelebungsversuche zu verbinden, belastete die Gesellschaft, denn damit einher ging der Verzicht auf eine konkrete Analyse der noch nicht weit zurückliegenden Vergangenheit zugunsten von Funktionstüchtigkeit und gesellschaftlicher Harmonie.

Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen kam nahezu zum Erliegen; im besonderen Maße setzten sich die Kirchen für die Amnestie der noch in alliierten Gefängnissen auf dem Boden der Bundesrepublik einsitzenden Häftlinge ein.

Allerdings begann sich im letzten Drittel der fünfziger Jahre das Klima für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zusehends zu wandeln. Einen wichtigen Beitrag hierzu leisteten Informationen durch dokumentarische Bücher, Zeitschriftenserien und erstmals auch durch das Fernsehen. Die 16 Folgen der TV-Serie „Das Dritte Reich" im noch einzigen bundesdeutschen Fernsehprogramm erreichten 1960/61 eine Sehbeteiligung von etwa 60 Prozent (angesichts der damaligen Verbreitung des Fernsehens entsprach dies etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung).

Unmittelbaren Anlaß zu einer publizistischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit bildeten einige Justizskandale um Verfahren, in denen antisemitische Straftäter offensichtlich begünstigt wurden (Fälle Hanns Eisele, Ludwig Zind, Friedrich Heinrich Nieland). Vor allem aber der Ulmer „Einsatzgruppenprozeß" (1958) gegen Verantwortliche der an der Ermordung einer sehr großen Zahl von Juden beteiligten Kommandos führte zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Er rückte eindrücklich die Dimension der Verbrechen im Osten und bisherige Versäumnisse der Strafverfolgung in das Bewußtsein der Bevölkerung.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit nach einer antisemitischen Schmierwelle, die Ende 1959 mit der Schändung der Kölner Synagoge begonnen hatte. In den folgenden Jahren, mit der zunehmenden zeitlichen Distanz zum Dritten Reich und der Artikulation einer neuen Generation, gewann die Debatte an Intensität, begleitet von periodischen – erfolglosen – Versuchen, nun doch endlich einen „Schlußstrich" unter die Vergangenheit zu ziehen.

Einrichtung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg

Der entscheidende Impuls für die Intensivierung und Konzentration der Strafverfolgung nationalsozialistischer Verbrechen ging von einem Verfahren aus, das mehr oder weniger zufällig in Gang gekommen war. Ein ehemaliger SS-Oberführer, im Jahre 1941 Polizeidirektor in Memel, der nach dem Kriege unter falschem Namen ein Flüchtlingslager in der Nähe von Ulm geleitet hatte – aus dem Entnazifizierungsverfahren als „nicht betroffen" hervorgegangen – und nach Aufdeckung seiner Identität entlassen worden war, hatte gerichtlich auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst geklagt. Als über diesen Prozeß in der Presse berichtet wurde, erinnerte sich ein Leser daran, daß dieser Mann zu Beginn des Rußland-Feldzuges im Juni 1941 in maßgebender Position an Massenerschießungen von Juden im deutsch-litauischen Grenzgebiet beteiligt gewesen war. Er wurde 1956 verhaftet.

Die in diesem Verfahren breit angelegten, mit Sorgfalt und großem Nachdruck betriebenen Ermittlungen, die dann zu dem sogenannten „Ulmer-Einsatzkommando-Prozeß" führten, brachten schließlich die Gewißheit, daß zahlreiche vor allem im Osten begangene schwerste NS-Verbrechen bis dahin gerichtlich nicht geahndet worden waren.

Der Prozeß erlangte – wohl nicht zuletzt auch durch seine aufsehenerregende Vorgeschichte – eine ungewöhnlich große Publizität. Während bisher über den Verlauf eines NS-Prozesses meist nur in der örtlichen Presse ausführlicher berichtet worden war, nahmen sich in diesem Fall auch überregionale Organe des Themas an und knüpften daran allgemeine Betrachtungen über die justitielle „Aufarbeitung" nationalsozialistischen Unrechts. […]

Man erkannte, daß der Ahndung der bisher offensichtlich strafrechtlich nicht erfaßten NS-Verbrechen Ermittlungen vorauszugehen hatten, die jedes bisher bekannte Ausmaß staatsanwaltschaftlicher Aufklärungsarbeit bei weitem übersteigen mußten. Auf Anregung des baden-württembergischen Justizministeriums – den Anstoß dazu gab der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Stuttgart, in dessen Amtsbereich der „Ulmer Einsatzkommando-Prozeß" anhängig geworden war, – beschlossen Justizminister und -senatoren der deutschen Bundesländer einschließlich Berlin auf ihrer Konferenz am 3. Oktober 1958 in Bad Harzburg die Errichtung einer „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (kurz: Zentrale Stelle). […]

Gemäß der von den Justizministern und -senatoren getroffenen Verwaltungsvereinbarung erstreckte sich die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Zentralen Stelle – zunächst – auf die Aufklärung an Zivilpersonen begangener nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, für die im Bundesgebiet (einschließlich Berlin) ein Gerichtsstand des Tatortes nicht gegeben ist und die zwar während der Zeit des Zweiten Weltkrieges, jedoch außerhalb der eigentlichen Kriegshandlungen begangen worden waren. Es war dabei in erster Linie gedacht an die in Konzentrationslagern, Zwangsarbeitslagern und Ghettos sowie an die von den Einsatzkommandos und Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD begangenen, als Mord oder Totschlag zu qualifizierenden Straftaten. Nicht in die Zuständigkeit der Zentralen Stelle fiel somit – zunächst noch – die Aufklärung der in den auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Konzentrationslagern begangenen Tötungshandlungen, da für diese die örtliche Zuständigkeit einer Staatsanwaltschaft im Bundesgebiet gemäß § 8 StPO von Anfang an gegeben war.

[…]

Der in der Verwaltungsvereinbarung enthaltene Auftrag an die Zentrale Stelle lautet, alle erreichbaren einschlägigen Unterlagen über die von ihr aufzuklärenden Straftaten zu sammeln, zu sichten, voneinander abgrenzbare Tatkomplexe herauszuarbeiten und den Verbleib der Täter festzustellen. Die im Zuge dieser Vorermittlungen entstandenen Vorgänge sind sodann an die für den Wohnort bzw. Aufenthaltsort des (Haupt-)Täters örtlich zuständige Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines förmlichen Ermittlungsverfahrens abzugeben. […]

Die Aufgabenstellung der Zentralen Stelle bewirkte praktisch eine Umkehrung der bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen bis dahin geübten Verfahrensweise. Die Untersuchungen setzten nun nicht mehr erst auf eine Anzeige gegen einen Tatverdächtigen hin ein, wie es bisher die Regel war; vielmehr lösen wie auch immer geartete Hinweise auf eine strafrechtlich noch verfolgbare Tat die Ermittlungen nach den noch unbekannten oder noch nicht ausfindig gemachten Tatbeteiligten aus. […]

Im Jahre 1959, praktisch im ersten vollen Jahr ihres Bestehens, leitete die Zentrale Stelle 400 Vorermittlungsverfahren ein. Die wichtigsten davon betrafen unter anderem die von den Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in der Sowjetunion, die von Sicherheits- und Ordnungspolizei sowie vom Volksdeutschen Selbstschutz in Polen und die in den Vernichtungslagern Auschwitz, Belzec, Sobibor, Treblinka und Chelmno begangenen Verbrechen.

[…]

Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, Heidelberg 1982, S. 140 ff.

Aufbau eines sozialistischen Staates

Christoph Kleßmann

Wenn die Geschichte der Bundesrepublik in der Frühphase vor allem von ihrer Wirtschaftsgeschichte bestimmt ist, dann stellt die eine Woche nach der Bundesrepublik offiziell gegründete DDR eher das Gegenbild dar. Sie war ein politisches Kunstprodukt, ein Kind des Kalten Krieges, der aus dem Bruch der Anti-Hitler-Koalition der alliierten Siegermächte hervorgegangen war.

1950 wurde zwar mit der öffentlichen Verkündung des ersten Fünfjahrplans erstmals ein neues ökonomisches Modell in Deutschland etabliert, das weit mehr umfaßte als nur die Organisation einer sozialistischen Wirtschaft und das als Kernbereich der neuen Gesellschaft sowie als Grundlage für Deutschlands Einheit gedacht war. Die Voraussetzungen für dieses Experiment aber lagen im politischen Bereich: Die 1946 gegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte mit sowjetischer Hilfe ihre Herrschaft als faktisch einzige bestimmende politische Kraft allmählich so weit gefestigt, daß sie den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auch gegen massive Widerstände in Angriff nehmen konnte. Ohne diese politischen Voraussetzungen wäre die zentralistische Planwirtschaft nach sowjetischem Muster nicht durchsetzbar gewesen.

Partei neuen Typs

Die SED hatte sich bereits seit 1947 zur „Partei neuen Typs" entwickelt, obwohl diese Umformung offiziell erst mit der Ersten Parteikonferenz vom Januar 1949 bekanntgegeben wurde. Gegenüber der Gründungssituation zeigten Programm und Struktur der SED nun eine vierfache Veränderung:

◊ Die SED beanspruchte als „bewußte Vorhut der Arbeiterklasse" die Vertretung und Führung der Arbeiterschaft insgesamt. Ein Politbüro aus wenigen Spitzenfunktionären bildete den Kern der politischen Macht.

◊ Die Organisationsprinzipien dieser Partei beruhten auf dem von Lenin entwickelten Grundsatz des „demokratischen Zentralismus". Dieser wurde auf das gesamte politische Leben übertragen. Er beinhaltete formal zwar die Wählbarkeit der Funktionäre und Parteigremien durch die Mitglieder, meinte zugleich aber auch „straffe Parteidisziplin" und die bedingungslose Unterordnung der mittleren und unteren Parteigremien unter die Beschlüsse der Leitungen. Da Schlüsselpositionen (Nomenklatura) faktisch von oben besetzt und nicht von unten gewählt wurden, blieb von dem Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Realität nur der Zentralismus übrig. Zudem war die Bildung innerparteilicher Gruppierungen mit abweichenden Positionen strikt untersagt (Fraktionsverbot).

◊ Die Partei als „höchste Form der Klassenorganisation" war verpflichtet, alle anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen in der DDR „anzuleiten". Das bedeutete in der Praxis die konsequente Kontrolle des gesamten politischen Lebens. Parteimitglied konnte man nicht durch einfachen Eintritt werden, sondern die Aufnahme war an eine Kandidatenzeit und an politisch-ideologische Bewährung gebunden.

◊ Die marxistisch-leninistische Partei sah ihr Vorbild in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und verpflichtete ihre Mitglieder damit nicht nur auf bedingungslose Unterstützung der als „großer Bruder" bezeichneten sowjetischen Vormacht, sondern auch auf die Abwehr aller Aktivitäten des westlichen „Klassenfeindes". Im Weltbild der SED gab es nur die Wahl zwischen „Fortschritt" und „Reaktion" als deren herausragende Repräsentanten die Sowjetunion und die USA galten.

Stalinismus

Mit der Umwandlung der SED zur Kaderpartei wurden die machtpolitischen Grundlagen für das stalinistische Herrschaftssystem in der DDR der fünfziger Jahre gelegt. Was der Begriff „Stalinismus" in den Ländern außerhalb der Sowjetunion inhaltlich meint, wird kontrovers diskutiert. Denn er war mit Jossif Wissarionowitsch Stalins Tod 1953 keineswegs beendet, sondern prägte das politische Leben der DDR auch noch in den folgenden Jahren. Wesentliche Merkmale des Stalinismus der frühen fünfziger Jahre lassen sich in allen „Volksdemokratien" Ostmitteleuropas und in der DDR in nahezu identischen Formen auffinden:

◊ die Einparteien-Herrschaft bei Ausschaltung jeder innerparteilichen Demokratie,

◊ die willkürliche Machtausübung durch bürokratisch und zentralistisch organisierte Apparate,

◊ die Unterdrückung jeder freien Diskussion in Staat und Gesellschaft durch politische Kontrolle, Zensur und Geheimpolizei,

◊ die zentralistische Planung und Leitung der zumindest zu großen Teilen verstaatlichten Wirtschaft durch eine riesige Wirtschaftsbürokratie, bei völliger Unterordnung der Gewerkschaften und Ausschaltung jeder wirklichen Mitbestimmung von Arbeitern und Angestellten.

Foto: AKG photo

1. Parteikonferenz der SED am 25. Januar 1949 mit dem Slogan, der zum Programm wurde.

Foto: Jürgens Ost + Europa-Photo

In Ost-Berlin wählen am 11. Oktober 1949 die Vertreter der Länderkammer und der Volkskammer einstimmig Wilhelm Pieck (vorne r.) zum Staatspräsidenten der DDR.

Politische Gleichschaltung

In der Praxis bedeutete die Neuorientierung der SED am sowjetischen Modell der „Partei neuen Typs" eine rigorose und vor terroristischen Praktiken nicht zurückschreckende Durchsetzung der Direktiven der Parteispitze in den eigenen Reihen. Dazu gehörte, daß die ursprünglich festgelegte Parität zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den Gremien der Partei seit 1948 aufgehoben wurde. Wer sich der von Moskau vorgegebenen „Generallinie" nicht fügte, hatte nicht nur keinen Platz mehr in den Reihen der Partei, sondern mußte auch um sein Leben fürchten. Politische Verfolgung als Instrument der machtpolitischen Herrschaftssicherung gehört zur Gründungsgeschichte der DDR. 1950/51 wurden durch eine formal als „Umtausch der Mitgliedsbücher" inszenierte Aktion circa 150 000 SED-Mitglieder (darunter insbesondere ehemalige Sozialdemokraten) aus der SED ausgeschlossen. Die Partei als „führende Kraft" wurde in kultischen Formen verherrlicht.

Die SED setzte ihren keine Konkurrenz duldenden Führungsanspruch gegenüber allen anderen Parteien und insbesondere gegenüber den Massenorganisationen durch. Die „bürgerlichen" Parteien existierten zwar – anders als in der Sowjetunion – formal weiter, wurden aber durch „Säuberungen" und Einsetzung gefügiger Parteiführer gleichgeschaltet. Das betraf die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Die Gewerkschaften – nach Branchen aufgegliedert, aber zentralistisch im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zusammengeschlossen – verloren ihre Funktion als Interessenorganisation der Arbeiter und Angestellten. Auch hier galt der Grundsatz des „demokratischen Zentralismus". Die SED bestimmte die Personalpolitik. Die Aufgabenstellung des FDGB wurde in der Gründungsphase der DDR immer stärker auf Erfüllung des Wirtschaftsplans und auf Kampagnen zur Produktionssteigerung ausgerichtet. Gleichzeitig wuchsen die Gewerkschaften in den fünfziger Jahren in eine Schlüsselrolle der Sozialpolitik hinein. Nicht nur das gesamte Sozialversicherungssystem, sondern auch die soziale Fürsorge im Betrieb, vom Kindergarten bis zum Feriendienst, gehörten zu den Aufgaben des FDGB, der 1950 4,7 Millionen Mitglieder hatte.

Auch die zahlreichen anderen Massenorganisationen sollten als wichtiger Bestandteil des sozialistischen Herrschaftssystems unterschiedliche Schichten, Gruppen und Interessen der breiten Bevölkerung erfassen und dem Führungsanspruch der SED unterzuordnen suchen. Die staatliche Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ, 1950 1,5 Millionen Mitglieder), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), aber selbst die soziale Hilfsorganisation „Volkssolidarität" sind hier vor allem zu nennen.

Bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1949 wies die DDR alle wesentlichen Merkmale einer „Volksdemokratie" auf. Zwar trug die erste Verfassung der DDR äußerlich noch den Charakter einer bürgerlich-demokratischen Konstitution, da es jedoch keine Gewaltenteilung gab (insbesondere fehlte eine unabhängige Justiz), waren dem Rechtsstaat und der Rechtssicherheit durch das Machtmonopol der SED jeder Boden entzogen. Speziell der Artikel 6 der ersten Verfassung öffnete der politischen Willkür Tür und Tor. Wer abweichende Meinungen äußerte oder bestehende Institutionen kritisierte, konnte „wegen Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen" hart bestraft werden.

Darüber hinaus sorgte die sowjetische Besatzungsmacht durch ihre Truppen, ihre Geheimpolizei und ihre „Berater" dafür, daß die deutschen Genossen die Politik ausführten, die in Moskau entwickelt wurde. Mit der Erklärung der DDR zum souveränen Staat 1955 erweiterte sich zwar der Handlungsspielraum der DDR geringfügig, der durch die Sowjetunion importierte Sozialismus blieb aber auf politische und militärische Unterstützung aus Moskau angewiesen.

Ausschaltung politischer Gegner

Der „Aufbau des Sozialismus" – offiziell im Sommer 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz der SED proklamiert, tatsächlich aber schon seit 1948 praktiziert – fand unter politischen Bedingungen statt, die von einer extremen Furcht vor Agenten, Spionen und Saboteuren gekennzeichnet waren. Der Sozialismus sowjetischer Prägung, wie ihn Ulbricht seit 1948 vertrat, konnte nur gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden. Daher wurde in den fünfziger Jahren Terror gegen politische Gegner in besonders drastischen Formen angewandt. Die SED folgte dabei der Doktrin von der „Verschärfung des Klassenkampfes" in der Phase des sozialistischen Aufbaus, die Stalin zur ideologischen Rechtfertigung seiner Repressalien in der Sowjetunion entwickelt hatte.

Zwar gab es in der DDR keine Schauprozesse, die denen in der Sowjetunion der dreißiger Jahre oder denen in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien vergleichbar gewesen wären, aber politische Prozesse waren an der Tagesordnung. Dabei bestimmten unmittelbare politische Eingriffe und völlige Willkür im Strafmaß die Verfahren. Berüchtigt wurden in diesem Zusammenhang die Waldheimer Prozesse nach Beendigung der Entnazifizierung. Als die sowjetischen Internierungslager in Deutschland aufgelöst wurden, übergaben die sowjetischen Dienststellen die Internierten deutschen Gerichten.

Die sächsische Kleinstadt Waldheim wurde zum Symbol für serienweise gefällte schematische Urteile ohne geregelte Verfahren und Verteidigung. Von insgesamt 3392 Verurteilten erhielten 1829 Freiheitsstrafen zwischen 15 und 20 Jahren, 146 eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, 32 wurden zum Tode verurteilt. Traurige Berühmtheiterlangte auch das „Gelbe Elend", das aus einem sowjetischen Sonderlager hervorgegangene Zuchthaus Bautzen I.

Artikel 6 der DDR-Verfassung: Boykotthetze

[...]

Der umstrittene Artikel 6 der ersten Verfassung der DDR lautete:

„Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.

Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht, zu wählen und gewählt zu werden."

Obwohl diesem Artikel alle Wesensmerkmale eines Strafgesetzes fehlten – er enthielt weder eine genaue Tatbestandsdefinition noch eine Strafandrohung und legte demzufolge auch keinen Strafrahmen fest –, wurden mit seiner Anwendung durch die Gerichte bis zum Inkrafttreten des Ersten Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR am 1. Februar 1958 schwerste Strafen einschließlich der Todesstrafe verhängt. Die Justiz der DDR schuf sich die formelle Handhabe dazu durch eine höchstrichterliche Grundsatzentscheidung vom 4. Oktober 1950, in der Artikel 6 der Verfassung als „ein unmittelbar anzuwendendes Strafgesetz" qualifiziert wurde. [...]

Mit Hilfe des „Boykotthetze"-Artikels konnte jedes nonkonforme politische Verhalten strafrechtlich verfolgt werden. Der Justizwillkür wurde um so mehr Vorschub geleistet, als Artikel 6 höchst unklar formuliert und mithin vielfältiger Auslegung zugänglich war. Zwischen der „Ausübung demokratischer Rechte", die er zu garantieren schien, und strafbarem Handeln im Sinne von „Boykotthetze" war eine Abgrenzung nicht ersichtlich. Die Delikte bei Verurteilungen nach Artikel 6 reichten denn auch von politischen Unmutsäußerungen über unbewußtspontanes Aufbegehren bis hin zu bewußter Opposition und regimefeindlicher Aktivität einschließlich Spionage und Hochverrat. [...]

Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 168 f.

Der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Dresden hat am 28. Mai 1953 einen 22 Jahre alten Volkspolizisten „wegen Boykotthetze [...]" zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das nur zwei Seiten umfassende Urteil enthält folgende Feststellungen:

Trotz seiner fortschrittlichen Jugenderziehung beteiligte er sich nicht aktiv an der Jugendarbeit der FDJ und übernahm auch im FDGB keine besonderen Funktionen. Etwa 1951 hörte der Angeklagte mehrfach den berüchtigten Hetzsender RIAS. Das hatte zur Folge, daß sich der Angeklagte immer mehr von den fortschrittlichen Zielen der Werktätigen unserer DDR abwandte und zum Feind der Arbeiterklasse wurde.

Am 12. Dezember 1949 trat er in den Ehrendienst der Volkspolizei und erhielt kurze Zeit später eine Ausbildung als Offizier [...] Er unterlag immer mehr durch das Abhören des Hetzsenders RIAS und des NDR der westlichen Propaganda. Von dieser Zeit an versah er seinen Dienst interesselos und verweigerte teilweise die ihm übertragenen Befehle. Er ging soweit, daß er während des obligatorischen Politunterrichts allerlei Unfug trieb und damit den Unterricht störte. Obwohl es ihm als Offizier der VP bekannt war, daß es Aufgabe der Kasernierten Volkspolizei ist, mit den vorhandenen Waffen den Schutz der DDR zu gewährleisten, erklärte er seinen Vorgesetzten im Beisein seiner Kameraden, daß er die Ausbildung an den Waffen ablehnen müsse, da selbige nur für einen Krieg bestimmt sind. Im weiteren Verlaufe seiner Diensttätigkeit äußerte er offen in Gegenwart von Kameraden, daß man der Presse in der DDR keinen Glauben schenken könne, da sie angeblich nur Unwahrheiten berichte. Diese staatsfeindliche Äußerung hat der Angeklagte im Zusammenhang mit der gemeldeten Übererfüllung unserer Produktionspläne getan. Der Angeklagte hat auch sowjetfeindliche Propaganda unter seinen Kameraden getrieben. Er behauptete u. a., daß die Sowjetmenschen angeblich keine Kultur kennen würden, uns aber Kultur beibringen wollten. [...]

Die o. a. Äußerungen selbst sind eine Boykott-Hetze im Sinne der Art. 6, 144 der Verfassung und waren geeignet, die VP und die Freundschaft zur Sowjetunion in Verruf zu bringen. [...]

Durch Beschluß vom 3. Mai 1991 hat das Bezirksgericht Dresden das Urteil vom 28. Mai 1953 aufgehoben und den Betroffenen rehabilitiert. In dem Beschluß heißt es im Anschluß an eine kurze Zusammenfassung des aufgehobenen DDR-Urteils:

Schon aus diesen Feststellungen selbst ergibt sich, daß die Voraussetzungen für eine Rehabilitierung vorliegen. Der Betroffene hat lediglich von seinem Grundrecht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, indem er die damaligen Verhältnisse in der DDR kritisiert [...] hat. [...]

Hans-Jürgen Grasemann, „Wenn die Partei Weisung gibt, folgen die Richter", in: Jürgen Weber (Hg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 25 ff.

Die Zahl der politischen Häftlinge läßt sich nur ungefähr schätzen. Anfang der fünfziger Jahre muß man von über 20 000 ausgehen. Die Zusage der SED-Führung nach dem Aufstand vom 17. Juni, 18 000 Urteile zu „überprüfen", ist ein Anhaltspunkt für diese Größenordnung. Zu den Charakteristika der frühen stalinistischen Phase der DDR gehört, daß nicht nur politische Gegner der SED – unter ihnen besonders viele ehemalige Sozialdemokraten –, sondern auch unpolitische und insbesondere religiös orientierte Menschen verfolgt wurden.

Da die evangelische Kirche als einzige Großorganisation nicht dem Führungsanspruch der Monopolpartei unterworfen war, geriet sie ins Zentrum der Angriffe. Vor allem der Kampf gegen die „Junge Gemeinde", einen durchaus politikfernen Zusammenschluß junger evangelischer Christinnen und Christen, nahm groteske Ausmaße an und rief Erinnerungen an den „Kirchenkampf" im Dritten Reich wach. In seiner Eigenschaft als FDJ-Vorsitzender (1946–1955) bezeichnete Erich Honecker die Junge Gemeinde 1952 als „Tarnorganisation für Kriegshetzer, Sabotage und Spionage im amerikanischen Auftrag". Etwa 300 Schülerinnen und Schüler mußten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde im Frühjahr 1953 die Oberschulen verlassen. Ein Verbot wurde im Frühjahr 1953 vorbereitet, kam dann aber im Zuge der politischen Veränderungen in Moskau nach Stalins Tod nicht mehr zum Tragen.

Der 17. Juni 1953

Mit dem „Aufbau des Sozialismus" wurde auch das Tempo der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung erheblich beschleunigt. Zugleich wurde die Abschottung der DDR vom Westen vorangetrieben. Unmittelbar nachdem in Bonn die Deutschland- und EVG-Verträge unterzeichnet worden waren, erließ die DDR-Regierung am 27. Mai 1952 eine Verordnung „über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie". Fortan wurde die Westgrenze (mit Kontrollstreifen, Schutzstreifen und Sperrzone) scharf bewacht.

Zur politischen Umgestaltung gehörte auch die Abschaffung des Föderalismus. Die fünf Länder wurden durch 14 Bezirke und 217 Kreise ersetzt. Aber nicht nur der politische Druck auf die Bevölkerung wurde härter. Auch wirtschaftlich hatte die ehrgeizige und völlig überzogene Zielsetzung mit einseitiger Bevorzugung der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterversorgung und mit dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft (Übergang von der privatbäuerlichen zur genossenschaftlichen Organisation) fatale Folgen. Verbunden mit steigenden Rüstungslasten und einer wachsenden Militarisierung der Gesellschaft (Kasernierte Volkspolizei als Vorstufe einer Armee) er-

gab sich Ende 1952 eine Krisensituation, die bald außer Kontrolle geriet. Diese Konstellation gehört zur Vorgeschichte des ersten großen Aufstandes im sowjetischen Machtbereich nach 1945, der Erhebung vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und in der ganzen DDR.

Als Stalin im März 1953 starb, herrschte in Moskau zunächst Unklarheit über die politische Linie. Stalins Nachfolgern wurde jedoch schnell bewußt, daß eine politische und ökonomische Kursänderung notwendig war. In der DDR sperrte sich die SED-Führung zunächst gegen eine solche Entspannung und setzte ihren Kampf um Erhöhung der Arbeitsnormen (Arbeitsleistung pro Zeiteinheit) bei der Arbeiterschaft ebenso fort wie die politischen Auseinandersetzungen mit der Kirche. Erst im Mai 1953 erzwang die Moskauer Führung die Durchsetzung des „Neuen Kurses", weil sie die Krisensituation in der DDR realistischer einschätzte als die deutschen Genossen. Die erst 1990 im Wortlaut bekanntgewordenen Direktiven beinhalteten vor allem eine Änderung der Politik gegenüber Bauern und Mittelstand, eine bessere Konsumgüterversorgung, die Einstellung des Kampfes gegen die Kirche und einen anderen Umgangsstil der politischen Führung gegenüber der Bevölkerung.

Zu dieser Zeit machten sich unter den Arbeitern in der DDR vereinzelt jedoch bereits Unruhen in Form von kurzen Arbeitsniederlegungen und Protesten bemerkbar. Am 9. Juni 1953 verkündete das Politbüro offiziell den „Neuen Kurs" und stellte damit beträchtliche Situationsverbesserungen für die Bevölkerung in Aussicht, hielt jedoch an der vorgesehenen Erhöhung der Normen für die Arbeiter um 10 Prozent fest. Rein volkswirtschaftlich betrachtet war diese Forderung nach Steigerung der (viel zu niedrigen) Arbeitsproduktivität zwar richtig, wenn es mit der Wirtschaft aufwärts gehen sollte. Das Festhalten an der geplanten Normerhöhung bei gleichzeitigen politischen Lockerungen und Zugeständnissen an den Mittelstand und die Bauern (Wiederzulassung geschlossener Einzelhandelsgeschäfte, Aufhebung von Zwangsmaßnahmen bei der Steuereintreibung, Rückkehrangebote für „Republikflüchtlinge", Wiederzulassung relegierter Oberschüler und Studenten) schufen aber eine explosive Situation, aus der sich der Aufstand vom 17. Juni entwickelte.

Ausbruch der Unruhen

Die ersten, die auf die Straße gingen, waren die Bauarbeiter der Stalin-Allee in Berlin, des Vorzeigeprojektes künftiger „sozialistischer Wohnkultur". Sie zogen am Vormittag des 16. Juni in einem Demonstrationszug vor das Haus der Ministerien und verlangten nach Verhandlungen mit der Regierung. Als einziger fand sich Industrieminister Fritz Selbmann zu einer Rede vor den Massen bereit, in der er unter anderem die Rücknahme der Normer-

Kommuniqué von Staat und Kirche vom 10. Juni 1953

Die wachsende Spannung zwischen der Verfassungsintention von 1949 und dem sich ändernden Selbstverständnis der Partei in Richtung auf einen konsequenten Marxismus-Leninismus hat schon frühzeitig, mindestens seit 1950, zu ernsten Konflikten zwischen Staat und Kirche in der DDR geführt. […] Das Kommuniqué zwischen Staat und Kirche vom 10. 6. 1953 setzte den um die Verfassung kreisenden Spannungen zwischen 1950 und Frühjahr 1953 ein (vorläufiges und nur kurzfristiges) Ende […]. Aus seinen Formulierungen lassen sich die Gegenstände und Maßnahmen rekonstruieren, die seinerzeit unter stellenweiser Verletzung der Verfassung vom Staat gegenüber der Kirche ergriffen worden waren.

In der offiziellen Verlautbarung durch das Presseamt beim Ministerpräsidenten hieß es:

„Auf Wunsch der Konferenz der Evangelischen Landeskirchen innerhalb der DDR und auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl fand am 10. 6. 1953 eine Besprechung zwischen Vertretern des Ministerrats und Vertretern der Evangelischen Kirchen statt […]. Gegenstand der Besprechung war die Überprüfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der DDR. […] Die einmütige Auffassung, daß die Herbeiführung der Einheit unseres Vaterlandes und die Schaffung eines Friedensvertrages heute das dringendste Anliegen aller Deutschen ist, erfordert die Überwindung der Gegensätze, die dieser Entwicklung entgegenstehen. Darum wurde staatlicherseits die Bereitwilligkeit erklärt, das kirchliche Eigenleben nach den Bestimmungen der Verfassung der DDR zu gewährleisten. Die Vertreter der Kirche erklärten ihrerseits, auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben zu verzichten. Auf der Grundlage dieser Übereinstimmung sind folgende Anordnungen getroffen:

- Es sind keinerlei weitere Maßnahmen gegen die sogenannte ‚Junge Gemeinde' und sonstige kirchliche Einrichtungen einzuleiten. […]

- Alle im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschüler und der Diskussion über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde aus den Oberschulen entfernten Schüler sind sofort wieder zum Unterricht zuzulassen. Es ist ihnen die Möglichkeit zu geben, die versäumten Prüfungen nachzuholen. Wegen der Wiedereinstellung der aus dem gleichen Anlaß entlassenen Lehrer hat das Ministerium für Volksbildung eine sofortige Überprüfung und Entscheidung durchzuführen.

- Alle im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Evangelischen Studentengemeinde oder sonstigen Studentengemeinden ausgesprochenen Exmatrikulationen sind sofort von dem Staatssekretariat für Hochschulwesen zu überprüfen und bis zum 20. Juni 1953 zu entscheiden.

- Das Ministerium für Volksbildung hat Richtlinien für die Abhaltung des Religionsunterrichtes in den Schulgebäuden sofort auszuarbeiten. Die seit dem 1. Januar 1953 erfolgten Einschränkungen der Abhaltung des Religionsunterrichts in den Schulgebäuden sind zu überprüfen und zu beseitigen.

- Die beschlagnahmten Einrichtungen und Anstalten kirchlichen Charakters sind an die früheren Verwaltungen zurückzugeben. […]

- Die Urteile der Gerichte sind zu überprüfen und ungerechte Härten zu beseitigen.

- Die Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen vom 29. März 1951 ist zu überprüfen, und Härten sind auszugleichen.

- Die staatlichen Zuschüsse an die Kirchen werden nach den vereinbarten Regeln zur Auszahlung gebracht."

In dieses Kommuniqué wurde die Zusage des Ministerpräsidenten Grotewohl nicht aufgenommen: Der Charakter der Schulen sei verfassungsmäßig festgelegt, und es seien klare Anweisungen gegeben worden, daß der Marxismus nicht durch Dekret jemandem aufgenötigt werden dürfe; die Stellungnahme gegenüber dem Marxismus dürfe nicht für die Beurteilung von Lehrern und Schülern zugrundegelegt werden.

[…]

Nach der kurzen Entspannung im Frühjahr 1953 […] war es ein beunruhigendes Zeichen, wenn Ulbricht wenige Wochen danach wiederum von „reaktionären Einflüssen der Kirche und der Geistlichkeit" sprach und sich von neuem gegen die Junge Gemeinde wandte, indem sie sich bei den „Provokationen" des 17. Juni beteiligt und „unter dem Deckmantel der Jungen Gemeinde eine feindliche Tätigkeit entfaltet" hätte. So kam es insbesondere seit 1956 auf denjenigen beiden Gebieten zu erneuten staatlichen Vorstößen, welche die Kirche am stärksten treffen sollten: Kirchliche Finanzen und Evangelische Unterweisung, und zwar durch „verfassungsändernde" Anordnungen, die das eindeutige Verfassungsrecht außer Kraft setzten und in einem für die Religionsgemeinschaften ungünstigen Sinne neu regelten, ohne Fühlungnahme mit den Partnern und ohne Änderung des Wortlauts der Verfassung.

Hans-Gerhard Koch, Staat und Kirche in der DDR, Stuttgart 1975, S. 48 ff.

Foto: AKG photo

Aufstand am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und in der DDR. Die Teilnehmer einer Protestdemonstration flüchten vor den Schüssen sowjetischer Panzer am Potsdamer Platz.

höhung verkündete. Die Stimmung war jedoch bereits so politisiert, daß er ausgepfiffen wurde. Es gab Rufe nach Rücktritt der Regierung und Generalstreik. Die Nachricht von der Demonstration verbreitete sich durch Kuriere und westliche Medien rasch über nahezu die ganze DDR.

An den folgenden Tagen, vom 17. bis 21. Juni, entwickelten sich – nach heutigem Kenntnisstand – in über 560 Orten der DDR Demonstrationen, Streiks, Belegschaftsproteste, Gewalttätigkeiten. Die Schwerpunkte lagen in den traditionellen Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung (insbesondere Halle-Bitterfeld, Leipzig). Als am Mittag des 17. Juni sowjetische Panzer in Berlin und anderen Städten rollten und der Ausnahmezustand verhängt wurde, ging der offene Teil der Aufstandsbewegung (mit etwa 50 Toten) schnell zu Ende, die Unruhen in den Betrieben und zum Teil auch auf dem Lande dauerten in verschiedenen Formen jedoch noch stellenweise bis in den Monat Juli.

Die Forderungen der Aufständischen waren keineswegs einheitlich. Dennoch wurden überall neben sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zielen nachdrücklich politische Forderungen gestellt, die auf freie Wahlen, Rücktritt der Regierung, Einheit Deutschlands und politische Freiheit zielten. In einem Schüttelreim in Merseburg wurden diese Forderungen nach Ablösung der politischen Spitze (Parteichef Walter Ulbricht, Staatspräsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl) gebündelt: „Spitzbart, Bauch und Brille, sind nicht des Volkes Wille".

Scheitern des Aufstandes

Nach der Niederschlagung des Aufstandes begann die Verfolgung der „Rädelsführer". Nach einem sowjetischen Bericht vom Herbst 1953 waren insgesamt 7663 Personen im Zusammenhang mit dem Aufstand verhaftet worden, der größte Teil aber wurde wieder freigelassen. 1240 Teilnehmer wurden verurteilt (darunter 1090 Arbeiter). Später kamen noch mehrere hundert Ermittlungsverfahren hinzu, so daß insgesamt 1526 Angeklagte verurteilt wurden (davon zwei zum Tode, drei zu lebenslänglicher und 13 zu 10 bis 15 Jahren Zuchthausstrafe).

Das Bild vom 17. Juni hat sich nach der Erschließung neuer Quellen seit 1990 deutlich gewandelt. Vor allem ist die Breite der Streik- und Aufstandsbewegung klarer sichtbar geworden. Zwar ist unstrittig, daß die Arbeiterschaft die Initiative ergriff und der Motor der Unruhe war, aber auch Teile des städtischen Mittelstands, der Landbevölkerung und selbst der Intelligenz (Geistesarbeiter) schlossen sich an. Aus der starken Betonung der politischen Forderungen ist auch die Charakterisierung des Aufstandes als „gescheiterte Revolution" abgeleitet worden. So kontrovers die Urteile im einzelnen nach wie vor sein mögen, die zentrale Bedeutung dieses Ereignisses für die DDR – aber auch für die gesamtdeutsche Geschichte – ist unstrittig. Die SED versuchte daher, den Aufstand zum „faschistischen Putsch" umzuinterpretieren.

Welche langfristigen Folgen hatte diese tiefgreifende Systemkrise von 1953? Zum einen ist die gewaltsame Niederschlagung einer spontanen Revolte eine nachhaltige Risikoerfahrung für die Bevölkerung gewesen. In künftigen Krisen sollte sich diese Erfahrung auf das politische Verhalten auswirken. Daß in der Entstalinisierungskrise von 1956 die Arbeiter in der DDR anders als in Polen oder Ungarn im wesentlichen ruhig blieben, hing damit zusammen. Zum anderen aber war der Aufstand der „führenden Klasse" gegen ihre „Vorhut" für die SED ein Schockerlebnis, das bis zum Ende des Arbeiter-und-Bauern-Staates nachwirkte. An der politischen Linie, die 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz formuliert worden war, hielt die SED zwar auch künftig fest. Insofern bedeutete der „Neue Kurs" keine prinzipielle Richtungsänderung. In der politischen Praxis aber ging man vorsichtiger und flexibler vor. Durch rechtzeitige Zugeständnisse sollte ebenso wie durch die Organisation von Kampfbereitschaft (der 1952 begonnene Aufbau von Betriebskampfgruppen wurde systematisch vorangetrieben) eine Wiederholung derartiger systemerschütternder Krisen verhindert werden. Die Angst der Machtelite vor der aufmüpfigen Basis aber blieb. Noch am 31. August 1989 fragte der DDR-Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, seine Untergebenen: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?"

Vorübergehende Stabilisierung 1956

Der „Neue Kurs" trug zwar zu einer gewissen Beruhigung und innenpolitischen Stabilisierung bei, so daß die Zahl der Flüchtlinge in die Bundesrepublik 1954 deutlich sank (184 000 gegenüber 331 000 im Jahre 1953). Der Schock des Aufstandes veranlaßte die SED jedoch zugleich zu einer gezielten Auswechslung des Personals in den eigenen Reihen und in den Massenorganisationen. So schieden 60 Prozent der 1952 gewählten SED-Bezirksleitungen und 70 Prozent der Ersten und Zweiten Kreissekretäre aus. Beim FDGB wurden insgesamt rund 71 Prozent des Leitungspersonals (auf allen Ebenen) ersetzt.

Im Konflikt mit der evangelischen Kirche eröffnete die Einführung der Jugendweihe 1954 eine neue Kampffront (siehe auch Seite 52). Beide Kirchen lehnten zunächst die Teilnahme an dieser atheistisch geprägten staatlichen Zeremonie für Jugendliche strikt ab und verweigerten denen, die daran teilnahmen, die kirchliche Konfirmation bzw. Kommunion. Auf lange Sicht ging dieser Kampf jedoch für die evangelische Kirche verloren, während die zahlenmäßig nur sehr kleine katholische Kirche an der Unvereinbarkeit festhielt. Für die Familien hatte das oft erhebliche Konsequenzen. Jugendliche, die die Jugendweihe verweigerten, mußten mit erheblichen Nachteilen für ihr schulisches und berufliches Fortkommen rechnen, so daß ihre Eltern sich häufig dem staatlichen Druck beugten. Zwischen 1956 und 1959 stieg der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Jugendweihe von 26 auf 80 Prozent, 1959 ging nur noch etwa ein Drittel der Jugendlichen eines Jahrgangs zur Konfirmation. In den sechziger Jahren sahen sich daher die evangelischen Landeskirchen zu einer weicheren Haltung veranlaßt und duldeten die Teilnahme an der staatlichen Zeremonie auch für kirchliche Konfirmanden.

Da die Regierung einige Preise für Lebensmittel, die außerhalb der offiziellen Kartenzuteilung in den Geschäften der Handelsorganisation (HO) erhältlich waren (vgl. auch Seite 43), senkte sowie die Produktion der Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie reduzierte, und da die Sowjetunion ab 1954 ihre Reparationen (vgl. auch Seite 40) in der DDR einstellte, verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung langsam, wenngleich der Lebensstandard weit hinter den Versprechungen der SED und hinter dem Niveau Westdeutschlands zurückblieb.

Abrechnung mit Stalin

Im Frühjahr 1956 wurde die SED überraschend mit einer neuen politischen Krise konfrontiert, die der 20. Parteitag der KPdSU und die berühmte Geheimrede des sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow (1894–1971) in vielen kommunistischen Staaten Europas auslöste. In dieser Rede rechnete Chruschtschow mit Stalins Verbrechen zwar sehr unzureichend, aber doch in einer Offenheit ab, die die stalinistischen Partei- und Staatschefs der osteuropäischen Länder und der DDR zutiefst schockierte und verunsicherte. Schon im März 1956 wurden Auszüge dieser Rede in der jugoslawischen Presse veröffentlicht, am 4. Juni 1956 machte das amerikanische Außenministerium den vollen Text bekannt. Das Idol des „Großen Vaterländischen Krieges" und der kommunistischen Weltbewegung war plötzlich vom Denkmalsockel gestoßen.

In Polen und Ungarn rief die – nur auf die Person Stalins und den „Personenkult" konzentrierte – Entstalinisierung schwere innere Erschütterungen hervor. Ulbricht, der als getreuer Gefolgsmann Stalins und der Sowjetunion galt, versuchte durch eine Flucht nach vorn einer neuen Unruhe vorzubeugen. Er schloß sich äußerlich der Verdammung Stalins und des „Personenkults" an und erklärte, Stalin gehöre nicht zu den „Klassikern des Marxismus". Er kritisierte „dogmatische Erscheinungen", wandte sich aber gegen eine „rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion". Immerhin wurden mehrere hohe Parteimitglieder rehabilitiert, gegen die 1953 Parteistrafen verhängt worden waren. 15 000 politische Gefangene erhielten Amnestie, etwa 3300 ehemalige Kriegsgefangene, die in der Sowjetunion wegen Kriegsverbrechen verurteilt und 1955 in die DDR gebracht worden waren, wurden begnadigt.

Die mit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 verbundenen Hoffnungen auf innenpolitische Reformen und einen erneuerten Sozialismus verbreiteten sich insbesondere unter den Intellektuellen der DDR, während die Arbeiter eher zurückhaltend blieben. Unter Künstlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern gab es kritische Diskussionen und Forderungen nach grundlegenden Veränderungen. Einzelne Wirtschaftswissenschaftler kritisierten die übermäßige Zentralisierung der DDR-Wirtschaft, von den Universitäten kam der Ruf nach mehr Mitbestimmung und Einschränkung des Russischunterrichts sowie der Pflichtkurse in Marxismus-Leninismus. Die Redaktion der DDR-Zeitung „Wochenpost" faßte in einem Brief an das Politbüro die Stimmung in dem Satz zusammen: „Die These, daß wir keine Fehler gemacht haben, verwirkt uns das Vertrauen der Massen, die ganz genau wissen, daß wir Fehler gemacht haben."

Verfolgung der Opposition

Die SED ging jedoch nach kurzem Zögern zielstrebig und rücksichtslos gegen alle Abweichler vor und beendete bis zum Frühjahr 1957 das kurze „Tauwetter". Die spektakulärste Aktion war die Verhaftung des Philosophen Wolfgang Harich, der als Kopf einer kleinen unorganisierten Gruppe von Redakteuren und Kulturschaffenden grundlegende Veränderungen nach polnischen und ungarischen Vorbildern gefordert hatte. In einem Schauprozeß wurde er 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, etliche andere Parteiintellektuelle erhielten ebenfalls mehrjährige Haftstrafen. Es folgten Verfahren gegen sieben „partei- und staatsfeindliche Gruppierungen" an Universitäten und Hochschulen mit insgesamt 87 Personen.

Mit dieser Machtdemonstration gelang es der SED zwar, die Unruhe unter Teilen der Intelligenz zu unterdrücken. Aber auch in der Parteispitze hatten sich Ulbrichts Gegner zu Wort gemeldet, die auf eine flexiblere Haltung in der Deutschlandpolitik und in der Haltung gegenüber den „revisionistischen" Intellektuellen drängten. Erst im Februar 1958 erreichte Ulbricht ihre Ausschaltung. Der zweite Mann in der Parteiführung, der Kaderchef Karl Schirdewan, erhielt eine „strenge Rüge" und wurde aus dem Zentralkomitee der SED entfernt. Ebenso ging es dem Chef der Staatssicherheit, Ernst Wollweber. Damit war es Ulbricht gelungen, seine Führungsposition in der Partei zu festigen. 1960 übernahm er nach dem Tode des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck den Vorsitz im neugeschaffenen Staatsrat und im ebenfalls neugegründeten „Nationalen Verteidigungsrat", dem wichtigsten Gremium für die innere und äußere Sicherheit der DDR. Bis zum Ende der sechziger Jahre hielt Ulbricht damit alle Fäden der Politik der SED in seinen Händen.

Folgen des V. SED-Parteitages

Die langwierige, aber konsequente Überwindung der Herrschaftskrise im Gefolge des 20. KPdSU-Parteitages veranlaßte die SED-Führung zur abermaligen Tempobeschleunigung bei der sozialistischen Umgestaltung. Der V. Parteitag der SED 1958 und die Bitterfelder Autorenkonferenz 1959 (siehe Seite 55) wurden in dieser Hinsicht Marksteine in der Partei- und Kulturgeschichte des SED-Staates. Angesichts relativ günstiger Wirtschaftsdaten und erheblich sinkender Fluchtzahlen 1958 und 1959 verkündete der Parteitag als „Hauptaufgabe" die „Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse" und die Parole vom „Einholen und Überholen" Westdeutschlands im Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern. 1959 wurde der noch laufende Fünfjahrplan entsprechend dem Planungsrhythmus der Sowjetunion durch einen neuen Siebenjahrplan ersetzt, der den Weg zu diesem utopischen Ziel in wirtschaftliche Daten umsetzte und nun sogar ins Auge faßte, die Bundesrepublik auch in der Arbeitsproduktivität, die dort um ca. 30 Prozent höher lag, einzuholen (siehe auch Seite 43). Der Plan mußte jedoch bereits 1962 wegen falscher Einschätzung der

Foto: Jürgens Ost + Europa-Photo

Verleihung des Goldenen Leistungsabzeichens „Für gutes Wissen" an verdiente FDJ-Mitglieder durch den langjährigen Vorsitzenden Erich Honecker am 17. Februar 1950.

Bewertungswandel

Aus dem Beileidsschreiben des ZK der SED an die KPdSU zum Tode Stalins, 6. März 1953

Teure Genossen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik trägt mit Ihnen und dem ganzen Sowjetvolk den unermeßlichen Schmerz, der uns alle durch das Ableben des großen Führers der fortschrittlichen Menschheit, Josef Wissarionowitsch Stalin, betroffen hat.

Die Nachricht, daß das Herz des Mitkämpfers und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, unseres weisen Lehrers und Vaters, aufgehört hat zu schlagen, erfüllt alle Genossen, alle deutschen Friedensfreunde und Demokraten mit großer Trauer.

Mit Josef Wissarionowitsch Stalin ist der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus, der weise Führer der Werktätigen im Kampfe um den Sozialismus, der geniale Feldherr des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes, der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt dahingegangen.

Das Lebenswerk J. W. Stalins wird auf Jahrhunderte die Entwicklung des Weltgeschehens beeinflussen ... [...]

Walter Ulbricht: Stalin ist kein Klassiker des Marxismus, 4. März 1956

Das Zentralkomitee der KPdSU hat bereits in den letzten Jahren entschieden den Kampf um die Wiederherstellung der Leninschen Normen des Parteilebens geführt und hat das bereits in weitgehendem Maße erreicht. Das Zentralkomitee der KPdSU hat bestimmte theoretische Fehler, wie sie zum Beispiel in Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus" enthalten sind, korrigiert. Es wurde auch die von Stalin vertretene Auffassung korrigiert, daß sich mit den fortschreitenden Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion der Klassenkampf verschärfe. [...]

Wenn man von Genossen gefragt wird, „ob Stalin zu den Klassikern des Marxismus gehört", kann man darauf nur antworten: Zweifellos hat[te] Stalin nach dem Tode Lenins bedeutende Verdienste beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf gegen die parteifeindlichen Gruppierungen der Trotzkisten, Bucharinleute und bürgerlichen Nationalisten. Als sich Stalin jedoch später über die Partei stellte und den Personenkult pflegte, erwuchsen der KPdSU und dem Sowjetstaat bedeutende Schäden. Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.

Hermann Weber (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der DDR 1945–1985, München 1986, S. 193 und S. 225 f.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Die Vollkollektivierung der Landwirtschaft 1959/60 ließ die Flüchtlingszahlen stark ansteigen. Lange Flüchtlingsschlangen bilden sich vor dem Notaufnahmelager Marienfelde.

Kapazitäten vorzeitig wieder abgebrochen werden.

Einschneidende Veränderungen setzte die SED mit der weiteren Zurückdrängung des privaten Mittelstandes durch. Ein großer Teil der noch privaten kleinen Industrie- und produzierenden Handwerksbetriebe wurde in halbstaatliche Betriebe umgewandelt, um eine bessere Steuerung und Einbeziehung in die Wirtschaftsplanung zu ermöglichen. Noch gravierender aber war der Entschluß, in kurzer Zeit die 1952 begonnene, nach dem 17. Juni 1953 aber verlangsamte Kollektivierung der Landwirtschaft zu Ende zu führen. In einer riesigen Kampagne, verbunden mit physischem und psychischem Druck, wurden die privaten Bauern zum Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gezwungen. Seit Ende 1959 versuchten Scharen von SED-Agitatoren, die Bauern von den Vorzügen der LPG zu überzeugen. Wo das nicht gelang, half die Stasi durch Verhaftungen nach. Am 4. März 1960 meldete als erster der Bezirk Rostock, der unter der Parole „De Appel is riep" angetreten war, die Vollkollektivierung.

Rund 450 000 Bauern und Bäuerinnen traten in den ersten drei Monaten des Jahres 1960 den bereits bestehenden oder neugegründeten LPG bei. Damit war eine radikale Veränderung der Landwirtschaft eingetreten. Einzelbäuerlichen Besitz gab es – neben den kirchlichen Ländereien, die von der Kollektivierung ausgenommen waren – nur noch als Randerscheinung. Die rund 19 000 LPG bewirtschafteten circa 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sechs Prozent gehörten den Staatsgütern.

Auch wenn langfristig ein Gewöhnungsprozeß an die neue Organisationsform der Landwirtschaft einsetzte und die sozialpolitischen Vorteile unübersehbar waren, wie beispielsweise geregelte Arbeitszeit, Urlaub, Altersversorgung, führten die überstürzten und gewaltsamen Formen der Kollektivierung nicht nur zu einem erneuten dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen, sondern auch zu einer akuten Versorgungskrise, die ihrerseits die Fluchtbewegung weiter anheizte. „Die Ziffern in Bezug auf Nichterfüllung des Planes in der Landwirtschaft sind schlimm", erklärte Ulbricht im Politbüro am 6. Juni 1961, „vielleicht steht in der Presse etwas anderes, das ist möglich, aber die Ziffern, die ich habe, die sind echt."

Berlin-Ultimatum

Zudem fiel die erneute Versorgungskrise in eine Zeit verstärkter außenpolitischer Spannungen, die durch Chruschtschows Berlin-Ultimatum ausgelöst worden waren. In einem Schreiben an die Westmächte vom 10. Oktober 1958 hatte Chruschtschow, um in seinem Sinne Bewegung in die festgefahrene „deutsche Frage" zu bringen, den Viermächtestatus Berlins in Frage gestellt und angekündigt, die Kontrolle über die Zufahrtswege nach Berlin an die DDR zu übertragen. Später drohte er mit Umwandlung West-Berlins in eine „selbständige politische Einheit", eine entmilitarisierte freie Stadt und mit dem Abschluß eines Friedensvertrages, den beide deutsche Staaten unterzeichnen sollten. Zwar wurde das Ultimatum vom November 1958 zum Rückzug westalliierter Truppen aus Berlin innerhalb von sechs Monaten zurückgenommen, aber die Drohung gegen Berlin blieb. Hektische diplomatische Verhandlungen charakterisierten die Jahre zwischen dem Berlin-Ultimatum von 1958 und dem Mauerbau 1961. Erst mit der Rede des seit Anfang 1961 amtierenden amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy vom 25. Juli, in der klare Aussagen über die

amerikanische Berlin-Politik formuliert wurden, war diese Phase der außenpolitischen Unsicherheit halbwegs beendet.

Die innere Situation der DDR verschärfte sich angesichts der doppelten Wirtschafts- und außenpolitischen Krise derart, daß der Zusammenbruch absehbar schien, wenn nicht einschneidende Maßnahmen erfolgten. Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten wollten die Lösung, die die SED schon seit 1958 unter dem Stichwort „Operation Chinesische Mauer" ins Auge gefaßt hatte, zunächst vermeiden: die vollständige Abriegelung West-Berlins von der DDR. Anfang August erhielt Ulbricht auf einer Konferenz der Führer der kommunistischen Parteien in Moskau schließlich grünes Licht für den Mauerbau. Noch am 15. Juni 1961 hatte Ulbricht in einer Pressekonferenz vor westlichen Journalisten erklärt: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten."

Es ist nicht ohne bittere Ironie, daß zu den außenpolitischen Voraussetzungen für den Mauerbau Kennedys Rede vom 25. Juli 1961 gehörte, in der der amerikanische Präsident drei Grundsätze formulierte, deren Verletzung zum militärischen Konflikt führen könne: Sicherung des Zugangs der Westalliierten und der Westdeutschen von der Bundesrepublik nach Berlin, Lebensfähigkeit der Stadt, Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin. Da sich diese Forderungen de facto auf West-Berlin bezogen, auch wenn allgemein von Berlin die Rede war, bedeutete die Abriegelung des Westteils keine unmittelbare Verletzung der amerikanischen Interessen. Für die Öffentlichkeit jedoch war der 13. August ein tiefer Schock und eine gravierende Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Mauerbau 1961

In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 marschierten entlang der innerstädtischen Demarkationslinie Volkspolizei, Nationale Volksarmee und Betriebskampfgruppen auf und riegelten die Grenze zunächst durch Stacheldraht ab, der bald darauf durch eine Mauer aus Hohlblocksteinen und Betonpfählen ersetzt wurde. Eine lange vorbereitete, komplizierte Aktion wurde technisch präzise innerhalb weniger Tage realisiert. Die Tatsache, daß zunächst ein Stacheldrahtzaun gezogen wurde, läßt darauf schließen, daß sich die Initiatoren des Risikos durchaus bewußt waren. Die Reaktion des Westens auf die Verletzung des Viermächtestatus Gesamtberlins ließ sich noch nicht genau kalkulieren. Die westliche Antwort fiel jedoch überraschend zurückhaltend aus. Es dauerte zwei Tage, bis sich auf heftige Vorwürfe des Berliner Regierenden Bürgermeisters, Willy Brandt, die westlichen Stadtkommandanten überhaupt zu einem Protest bewegen ließen. Um so größer war die Erbitterung der Berlinerinnen und Berliner.

Um die Erregung der Bevölkerung zu besänftigen und wenigstens eine symbolische Geste der Verteidigungsbereitschaft zu zeigen, kam am 17. August General Lucius D. Clay, der legendäre Vater der Luftbrücke von 1948, zusammen mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson in die deutsche Hauptstadt und sicherte den Westberlinern die Unterstützung der USA zu. Eine geringfügige Verstärkung der amerikanischen Garnison in Berlin sollte diese politische Geste unterstreichen. Intern machte jedoch der amerikanische Präsident deutlich, daß es sich um eine grundlegende „sowjetische Entscheidung" handelte, „die nur ein Krieg rückgängig machen könnte".

Die Mauer blieb und wurde ebenso wie die gesamte innerdeutsche Grenze durch Kontrollstreifen, Hundelaufanlagen und Selbstschußgeräte perfektioniert. Das letzte Schlupfloch war versperrt, Deutschland brutal und offenbar definitiv geteilt. Nach den Memoiren des westdeutschen Botschafters in Moskau, Hans Kroll, hat Chruschtschow dem Mauerbau zugestimmt, um den ökonomischen Zusammenbruch der DDR zu verhindern, auch wenn ihm bewußt war, daß die Mauer eine „häßliche Sache" sei, die eines Tages wieder verschwinden müsse, wenn die Gründe ihrer Errichtung entfielen.

Sie entfielen bekanntlich nicht. Die Gründe lagen sowohl in dem enormen Wohlstandsgefälle zwischen Bundesrepublik und DDR als auch in der fehlenden politischen Legitimation des SED-Regimes und in der blinden Entschlossenheit, die forcierte sozialistische Umgestaltung des zweiten deutschen Staates fortzusetzen. Die Existenz der DDR war damit an die Mauer gebunden, die von der Sowjetunion und vom Warschauer Pakt politisch abgesegnet worden war. Erst als diese Rückendeckung 1989 überraschend entfiel, konnte auch die Mauer fallen.

Insgesamt sind nach Ermittlungen der westdeutschen „Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter" von 1949 bis 1989 bei Fluchtversuchen aus der DDR 899 Menschen getötet worden. 255 starben an der Grenze um West-Berlin, 371 an der innerdeutschen Grenze und 189 in der Ostsee, die übrigen an den DDR-Grenzen zum Ausland.

Aus der Rückschau lassen sich die Langzeitwirkungen des Mauerbaus deutlicher erkennen. Einerseits begann nun ein Stabilisierungs- und Modernisierungsprozeß. Im Inneren gab es auf der Basis der – im wörtlichen Sinne – Ausweglosigkeit neue Formen des Arrangements zwischen Regime und Bevölkerung. Andererseits bildete die vollständige Abgrenzung die Voraussetzung für die Weiterführung eines sozialistischen Experiments, das ohne tiefgreifende Reformen auf die Dauer nicht lebensfähig war. Die groteske offizielle Bezeichnung der Mauer als „antifaschistischer Schutzwall" hat dieses Problem propagandistisch zuzudecken versucht.

In der DDR stellte sich nach anfänglicher großer Verbitterung ein allmählicher Prozeß der Gewöhnung an das Unvermeidliche ein. Ein verstärkter Rückzug ins Private war die Folge, den auch die SED in Grenzen akzeptierte. Die deprimierende Grunderfahrung des „Eingeschlossenseins" entwickelte aber auf lange Sicht auch bequeme Seiten. Der „vormundschaftliche Staat" (Rolf Henrich) setzte zwar enge Grenzen und reduzierte radikal die Bewegungsfreiheit, er schuf aber gleichzeitig unter der Bedingung politischer Anpassung ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit.

Foto: Bundesbildstelle

Zur Verhinderung der „Republikflucht" errichten die DDR-Behörden in der Nacht zum 13. August 1961 eine 160 Kilometer lange Mauer um West-Berlin. An der Bernauer Straße winken West-Berliner ihren Familienangehörigen jenseits der Mauer zu.

Wirtschaft in beiden deutschen Staaten

Ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik 1945 bis 1961

Werner Bührer

Das westdeutsche „Wirtschaftswunder" begann erst 1951/52 – und nicht, wie in Rückblicken oft zu lesen, mit der Währungs- und Wirtschaftsreform vom Juni 1948. Mit der D-Mark existierte zwar wieder eine vertrauenswürdige Währung, doch die marktwirtschaftliche Ordnung, mit deren Aufbau Ludwig Erhard, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in der amerikanisch-britischen Besatzungszone, ohne vorherige Zustimmung der Militärregierung begonnen hatte, brachte zunächst nicht die angekündigte grundlegende Wende zum Besseren. Die neue Wirtschaftsordnung stand in den Anfangsjahren der Bundesrepublik mehrfach auf dem Prüfstand.

Konsolidierung 1949–1952

Der außergewöhnliche Aufschwung in den fünfziger Jahren verband sich aus der Sicht der Zeitgenossen dennoch von Anfang an mit dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft. Obgleich von seinen „geistigen Vätern" und Anhängern als Gegenentwurf zur planwirtschaftlichen Praxis der unmittelbaren Nachkriegszeit verstanden, lassen sich seine Ursprünge bis in die frühen dreißiger Jahre zurückverfolgen. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise waren einige Nationalökonomen zu dem Schluß gekommen, daß der Staat lenkend in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen müsse, um Zusammenbrüche dieser Art künftig zu vermeiden; allerdings sollten diese Eingriffe marktkonform sein, die freie Preisbildung als regulierendes Prinzip anerkennen und einen fairen Wettbewerb sichern helfen. An diese Überlegungen knüpften die Reformer des Jahres 1948 an: „Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das ‚freie Spiel der Kräfte' und dergleichen Phrasen, [...] sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung" – so umriß Erhard auf einem Parteikongreß der CDU am 28. August 1948 sein Konzept.

Die von ihm geweckten Hoffnungen erfüllten sich jedoch zunächst nur teilweise: Das durch die Währungsreform stimulierte Wirtschaftswachstum verlangsamte sich bald wieder, während die Preise und insbesondere die Arbeitslosigkeit bedrohlich stiegen. Zwar kam diese Entwicklung keineswegs völlig unerwartet, aber Tempo und Ausmaß überraschten die Experten dennoch. Der Anstieg der Preise gerade von Konsumgütern resultierte nämlich nicht nur aus höheren Produktionskosten; vielmehr reagierten Hersteller und Einzelhandel auf den enormen Nachfrageüberhang unverzüglich mit Preiserhöhungen. Obwohl neben den laufenden Einkommen auch große Teile der auf das neue Geld umgestellten Ersparnisse für Gebrauchsgüter ausgegeben wurden, konnte die Masse der Arbeitnehmer, deren Löhne und Gehälter zunächst eingefroren blieben, mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten, während ein kleiner, dafür um so zahlungskräftigerer Personenkreis die Preise noch zusätzlich in die Höhe trieb.

Die steigenden Lebenshaltungskosten und die wachsende Kluft zwischen Durchschnitts- und Spitzeneinkommen ließen Zweifel und Kritik an der neuen Wirtschaftsordnung aufkommen, die in der Bizone Mitte November 1948 in einen eintägigen Generalstreik mündeten. Unterdessen war der noch aus der Zeit des Dritten Reiches stammende Lohnstopp aufgehoben worden, und im Dezember begannen die Preise nicht zuletzt dank einer die Geldmenge und die Kreditmöglichkeiten einschränkenden Politik der Bank Deutscher Länder, der Vorgängerin der heutigen Deutschen Bundesbank, zu sinken. Während die Gefahr einer Inflation damit abgewehrt war, wuchs die Zahl der Arbeitslosen unaufhörlich weiter.

Krisensymptome

Zwischen Juni und Dezember 1948 waren bereits 370 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, aber gleichzeitig 600 000 neue in expandierenden Branchen entstanden; die Arbeitslosenquote betrug knapp über fünf Prozent. 1949 kehrte sich das Verhältnis mit einem Verlust von insgesamt 150 000 Stellen um: Damit stieg die Arbeitslosenquote bei einer Beschäftigungszahl von etwa 13,5 Millionen auf über zehn Prozent Ende des Jahres und 12,2 Prozent im März 1950. Daß es für diesen Anstieg auf zwei Millionen Erwerbslose plausible Erklärungen gab – eine durch den ineffizienten Einsatz von Arbeitskräften verdeckte Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Währungsreform, einen starken Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, einen unflexiblen Arbeitsmarkt – machte die Sorgen der Bundesregierung und der Alliierten Hohen Kommission nicht kleiner.

Vor allem die Amerikaner, die verständlicherweise ihre Marshallplangelder (siehe auch Seite 37) nicht vergeudet sehen wollten, riefen nach beschäftigungsfördernden Gegenmaßnahmen. Ihre Unruhe wuchs noch, als die wirtschaftliche Stabilisierung im Gefolge des Korea-Krieges durch Engpässe bei der Kohleversorgung und ein wachsendes Zahlungsbilanzdefizit zusätzlich bedroht wurde. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, forderten sie, ausnahmsweise im Einklang mit der sozialdemokratischen Opposition, eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur: die Rückkehr zu staatlicher Bewirtschaftung und Lenkung, Preiskontrollen und einen Prioritätenkatalog für „lebenswichtige" Importe, also eine „bedeutsame Modifizierung der Sozialen Marktwirtschaft", wie der amerikanische Hohe Kommissar im Frühjahr 1951 dem Bundeskanzler schrieb. Auf Drängen Adenauers gab Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard diesem Druck nach – allerdings in eher bescheidenem Umfang.

Zu den strategisch wichtigen Rohstoffen zählte damals noch die Kohle, unverzichtbar für die Energiegewinnung ebenso wie für die Stahlerzeugung und in der Bundesrepublik in großen Mengen vorhanden. Die Lenkung des Kohleverbrauchs überließ der Bundeswirtschaftsminister mangels geeigneter staatlicher Instrumente und aus ordnungspolitischer Überzeugung der mit Unternehmern und Gewerkschaftern paritätisch besetzten Treuhandorganisation des westdeutschen Kohlenbergbaus und den Industrieverbänden. Sie lösten die Aufgabe, indem sie den einzelnen Branchen die verfügbare Menge an Kohlen nach bestimmten Dringlichkeitsstufen zuteilten, ohne jedoch den amerikanischen Wünschen nach einer rigiden Bewirtschaftung nachzukommen.

Die Überwindung der Zahlungsbilanzkrise stellte Erhards Wirtschaftspolitik auf eine härtere Probe. Auslöser der Krise waren ein rasanter Anstieg immer teurer werdender Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte und die gleichzeitige Liberalisierung des Außenhandels im Rahmen der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization for Euro-

pean Economic Cooperation: OEEC), der Westdeutschland, zunächst vertreten durch die Militärregierungen, seit ihrer Gründung im April 1948 angehörte. Unter dem Dach der OEEC war Mitte 1950 zur multilateralen Verrechnung der Überschüsse und Defizite im Handel mit den Mitgliedsländern die Europäische Zahlungsunion (EZU) gegründet worden, die auch längerfristige Kredite gewährte, um einem Land trotz eines akuten Defizits weitere Einfuhren zu ermöglichen. Als die Bundesrepublik diesen Kreditrahmen zu überschreiten drohte, setzte die Regierung die Handelsliberalisierung widerstrebend außer Kraft, um durch Importbeschränkungen, exportfördernde Maßnahmen und eine nachfragedämpfende Erschwerung der Kreditaufnahme Ein- und Ausfuhren wieder ins Gleichgewicht bringen zu können.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Im Widerspruch zur liberalen Wirtschaftskonzeption standen schließlich neben einem Paket von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch die wiederum von den Unternehmerverbänden in eigener Regie vorgenommene, vom Gesetzgeber mit Steuervergünstigungen honorierte Investitionslenkung zugunsten der Kohle- und Stahlindustrie, der Energie- und Wasserwirtschaft und der Bundesbahn. Die rechtliche Grundlage dieser Aktion bildete das Investitionshilfegesetz vom Januar 1952, das die gewerblichen Unternehmen dazu verpflichtete, insgesamt eine Milliarde DM zur Deckung des Investitionsbedarfs der Grundindustrien aufzubringen. Zu dieser ungewöhnlichen Maßnahme hatten sich die Spitzenverbände der Industrie entschlossen, nachdem deutlich geworden war, daß die Unternehmen der betreffenden Wirtschaftszweige aus eigener Kraft nicht in der Lage und die anderen Branchen freiwillig nicht bereit waren, die dringend erforderlichen Investitionen zu finanzieren. Im Grunde bedeutete dies eine Ausschaltung der nach der Verfassung für die Wirtschaftspolitik zuständigen Bundesregierung, zumal die Verbände die staatliche Entscheidung nicht nur beeinflußt, sondern selbst formuliert hatten.

Zweifellos konnten insbesondere die Unternehmerverbände – der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) – in den krisenhaften Anfangsjahren der Bundesrepublik ihren Einfluß zu Lasten der Regierung vergrößern – allerdings nur vorübergehend: Die Entspannung auf den internationalen Rohstoffmärkten, die Normalisierung des westdeutschen Kapitalmarkts, der Umschwung in der Zahlungsbilanz und der wachstumsbedingte Rückgang der Arbeitslosigkeit regenerierten und rehabilitierten Erhards Soziale Marktwirtschaft. Deren konstitutive Elemente waren eine liberale, wettbewerblich ausgerichtete Ordnung, soziale Sicherheit und wirtschaftspolitische Gewaltenteilung. Zum Schutz dieser Grundpfeiler bedurfte es eines „starken" Staates, der eingriff, wenn ihnen Gefahr drohte.

Sozialer Frieden

Zwei wichtige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Stabilisierung und den folgenden Aufschwung verdienen noch erwähnt zu werden: die Anfänge der Sozialpartnerschaft und die innere und äußere Bereinigung der Kriegsfolgen. Um die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, waren allerdings heftige Auseinandersetzungen vonnöten.

Im Zeichen des Booms bedingten sich wirtschaftliche Prosperität und sozialer Frieden wechselseitig. Während einer Aufschwungphase hätten störende Einflüsse wie zum Beispiel Arbeitskämpfe jedoch leicht den Aufwärtstrend verzögern oder stoppen können. Daß in der Bundesrepublik dergleichen nicht passierte, war nicht zuletzt der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen der beiden Schlüsselindustrien Kohle und Stahl zu verdanken. Die britische Militärregierung hatte diese Form kooperativer Betriebsleitung 1947 im Zuge der Entflechtung der großen, kaum zu kontrollierenden Stahlkonzerne gegen starke Widerstände seitens der betroffenen Besitzer und Manager durchgesetzt.

Als nach der Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 Forderungen nach einer bundeseinheitlichen, branchenübergreifenden Regelung laut wurden, versuchten die Unternehmer, ihre betriebliche Entscheidungsfreiheit wiederherzustellen bzw. zu verteidigen. Die Gewerkschaften, die ursprünglich wesentlich weiter gehende Ziele verfolgt hatten, bestanden dagegen auf der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in den Aufsichts- und Verwaltungsgremien insbesondere der Großindustrie „in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen". Am Ende stand ein Kompromiß: Das im Mai 1951 nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften verabschiedete Mitbestimmungsgesetz blieb zwar auf die Montanindustrie beschränkt, garantierte aber die Parität im Aufsichtsrat – nur bei Stimmengleichheit fiel dem elften, „neutralen" Mitglied die Rolle des „Zünglein an der Waage" zu – und einen für die sozialen Belange der Betriebsangehörigen zuständigen „Arbeitsdirektor" im Vorstand von Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten.

Dagegen bescherte das für die übrigen Industriezweige geltende Betriebsverfassungsgesetz vom Oktober 1952 den Arbeitnehmervertretern lediglich in personal- und sozialpolitischen Fragen – beispielsweise bei der Regelung der Arbeitszeit, bei Einstellungen und Entlassungen oder der Einführung neuer Techniken – gewisse Mitwirkungsrechte und blieb damit deutlich hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück.

Beide Gesetze bildeten dennoch die Basis für jene partnerschaftliche Form der Konfliktregulierung, die für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik seither charakteristisch war und die sich deutlich von den auf Konflikt und Konfrontation, auf Arbeitskämpfe anstelle von Verhandlungen angelegten Sozialbeziehungen in Frankreich oder Großbritannien unterschied.

Dem sozialen Frieden diente auch das Lastenausgleichsgesetz von 1952, das ursprünglich zusammen mit der Währungsreform hatte in Kraft treten sollen. Mit ihm wurde der Versuch unternommen, die Unterschiede in der Belastung der Bevölkerung durch Kriegsschäden und Besitzverluste wenigstens teilweise auszugleichen. Dies geschah mit Hilfe individueller, in Raten zu entrichtender Abgaben auf land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundbesitz, Betriebs- und sonstiges Eigentum, die sich bis 1989 auf über 130 Milliarden DM summierten. Dieses Geld kam den Anspruchsberechtigten – vor allem Vertriebenen, Kriegssach- und Währungsgeschädigten – in Form von Entschädigungen, Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen zugute. Obwohl das Ziel, ein tatsächlicher Ausgleich der Lasten, letztlich verfehlt wurde, da die Leistungsempfänger günstigstenfalls eine Entschädigung in Höhe von 30 Prozent ihres ehemaligen Besitzes erhielten, während die effektive Belastung der abgabepflichtigen Vermögen zehn Prozent kaum überschritt, trug das Gesetz als Geste des guten Willens zur sozialen Integration der Nachkriegsgesellschaft bei.

Internationale Kreditwürdigkeit

Um der Bundesrepublik den Weg in die westliche Staatengemeinschaft zu ebnen und die deutsche Kreditwürdigkeit wiederherzustellen, mußten schließlich noch die finanziellen Ansprüche insbesondere der Westmächte befriedigt werden. Im Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 akzeptierte die Bundesregierung deutsche Vor- und Nachkriegsschulden in Höhe von 14,5 Milliarden DM, rückzahlbar in jährlichen Raten von zunächst 567, dann 765 Millionen DM. Auf diese Weise gelang es, Vertrauen zurückzugewinnen, neue Kapitalmärkte zu erschließen und den Handelsverkehr zu erleichtern.

In diesem Sinne wirkte auch, von den wichtigeren moralisch-politischen Aspekten einmal abgesehen, das im September 1952 abgeschlossene Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und der Claims Conference, einem Dachverband jüdischer Organisationen, über eine Summe von zusammen 3,45 Milliarden DM; die Zahlungen sollten überwiegend in Form von Waren aus deutscher Produktion erfolgen. Mit dem Abschluß der beiden Verträge signalisierte die Bundesregierung ihre Bereit-

Mitbestimmungsdiskussion

Am 22. Mai 1950 veröffentlichte der DGB einen umfassenden Gesetzesvorschlag zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft. Leitgedanke war die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, in den Organen der Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft sollten sich zu einem geschlossenen Gebäude der Wirtschaftsdemokratie ergänzen. Für alle Großunternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten und einem Eigenkapital von mindestens 3 Millionen DM war, unbeschadet der Rechtsform, eine paritätische Besetzung vorhandener oder noch zu bildender Aufsichtsorgane vorgesehen. Alle bestehenden und zu errichtenden Organisationen der Wirtschaft – Wirtschaftskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, Landeswirtschaftsräte und ein Bundeswirtschaftsrat – sollten als Selbstverwaltungsgremien der Wirtschaft ebenfalls paritätisch besetzt werden.

Hans Böckler (der Vorsitzende des DGB – Anm. d. Red.) bezeichnete den Gesetzesvorschlag des DGB als „unteilbares Ganzes". Ergänzend zu den darin geforderten Schritten sollte „ein Betriebsrätegesetz die sozial- und personalpolitische Mitbestimmung der Arbeitnehmer regeln".

[...] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie, beide eben gegründet, gaben gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden eine Denkschrift heraus, in der sie die gewerkschaftlichen Wünsche ablehnten. Die Arbeitnehmer sollten lediglich Beratungsrechte erhalten. In den Aufsichtsräten wollte man ihnen allenfalls ein Drittel der Sitze zubilligen.

Im grundsätzlichen Teil der Stellungnahme hieß es: Demokratisierung der Wirtschaft sei, „wenn man sie ihres Schlagwortcharakters entkleidet und rein sachlich analysiert, eine Verkennung wirtschaftlicher und politischer Tatbestände. Innerbetrieblich lassen sich die für das politische Gemeinwesen entwickelten und richtigen Formen der Demokratie auf die Gemeinschaft der Arbeitskräfte in einem wirtschaftlichen Betriebe nicht übertragen. Eine Parlamentarisierung der Unternehmensleitungen widerspricht deren Wesen und Aufgabenstellung. [...] In der überbetrieblichen Ebene bedeutet aber staatspolitisch die Aufspaltung der Demokratie in eine politische Demokratie und in eine Wirtschaftsdemokratie in unausweichlicher Konsequenz die Auflösung der Einheit des Staates und damit letztlich des Staates überhaupt."

Bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes setzten sich die Unternehmer mit diesen Ansichten durch. [...]

Dieter Schneider/Rudolf F. Kuda, Mitbestimmung, München 1969, S. 191 ff.

schaft, für die Handlungen ihrer Rechtsvorgänger einzustehen; daß sie zugleich zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil gereichten, war ein willkommener Nebeneffekt.

„Wirtschaftswunder"

Der Durchbruch zum „selbsttragenden" Wachstum gelang in der ersten Hälfte des Jahres 1952. Charakteristisch für das folgende Jahrzehnt waren außergewöhnliche Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts und des Außenhandels – Erfolge, die im In- und Ausland bald als „Wirtschaftswunder" apostrophiert wurden. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard mochte diesen Begriff freilich nicht, war er doch geeignet, die eigentlichen Ursachen des Aufschwungs – dazu zählte für ihn auch sein Wirtschaftsprogramm – zu verschleiern.

Wachstum

Zwischen 1950 und 1960 stieg der Index des Bruttosozialprodukts von 100 auf 215; in Preisen von 1954 ausgedrückt, bedeutete dies einen Anstieg von 113 auf 235 Milliarden DM. Die jährlichen Steigerungsraten betrugen durchschnittlich 7,6 Prozent; ein Rekordergebnis mit 11,5 Prozent wurde 1955 erreicht. Im selben Zeitraum wuchs die Industrieproduktion um 149 Prozent, die für den Export wichtige Investitionsgüterindustrie verzeichnete sogar einen Zuwachs von über 220 Prozent. Die Investitionen stiegen von 1952 bis 1960 um 120 Prozent. Der Wert der Aus- und Einfuhren verdoppelte sich von 17 auf 37 bzw. 16 auf 31 Milliarden DM.

Dieses außergewöhnliche Wachstum läßt sich folgendermaßen erklären: Die Währungs- und Wirtschaftsreform hatte ihm den Boden bereitet, die Exporterfolge aufgrund des internationalen Korea-Booms gaben ihm die wesentlichen Impulse, und die Investitionen verliehen ihm Beständigkeit. Daß die Bundesrepublik die Chance, welche der Export Anfang der fünfziger Jahre bot, auch tatsächlich nutzen konnte, verdankte sie ihrer auf die spezifischen Weltmarktbedürfnisse zugeschnittenen Industriestruktur, den großen Kapazitätsreserven sowie der großen Zahl hochqualifizierter und hochmotivierter Arbeitskräfte.

Zusätzlich profitierte die westdeutsche Industrie davon, daß die westlichen Länder während des Korea-Krieges ihre Rüstungsproduktion auf Kosten des zivilen Sektors ausbauten. Da der Wiedereinstieg in das Rüstungsgeschäft durch alliierte Verbote zunächst blockiert war, konnten sich die westdeutschen Unternehmen darauf konzentrieren, die Auslandsnachfrage nach Investitions- und Konsumgütern zu befriedigen. Ihre Produkte waren aber auch deshalb attraktiv, weil sie nicht in – überall in Westeuropa knappen – Dollars bezahlt werden mußten. So wuchs das Ausfuhrvolumen beispielsweise nach Frankreich zwischen 1952 und 1958 von 1 auf 2,1 Milliarden und nach Großbritannien von 900 Millionen auf 1,4 Milliarden DM.

Strukturwandel

Der Boom war verbunden mit Verschiebungen zwischen den und innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren. Gewinnerin der Umschichtungen war die Industrie, die große Verliererin die Landwirtschaft. Dieser Strukturwandel läßt sich anhand mehrerer Indikatoren verdeutlichen: Während der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung von 24 auf 14 Prozent sank,

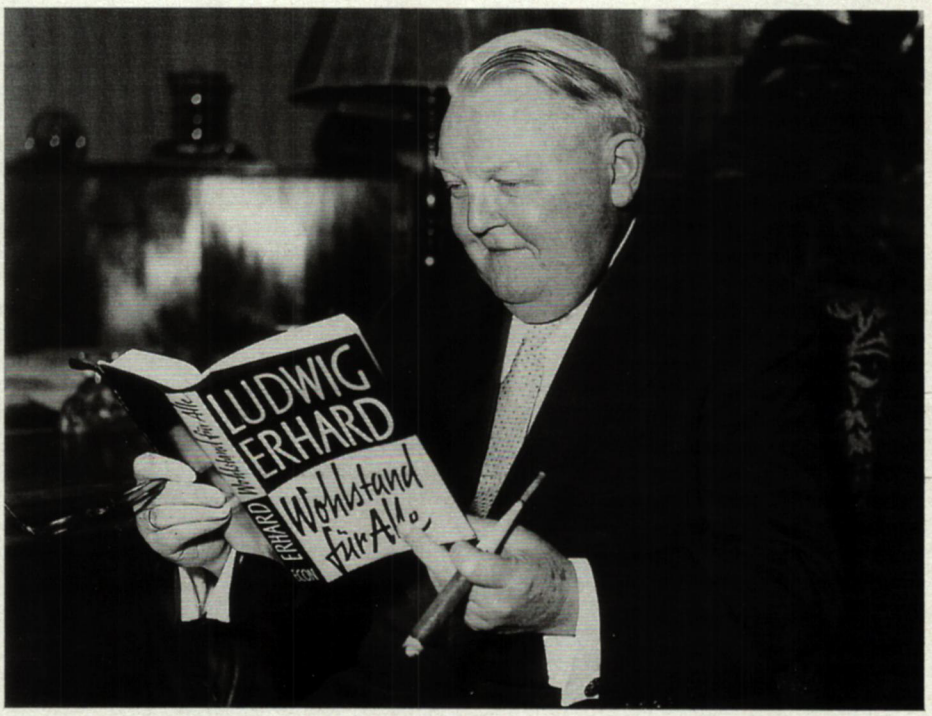


Foto: AKG photo

Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard mit seinem 1957 erschienenen Bestseller „Wohlstand für Alle", in dem er seine Wirtschaftspolitik nachzeichnete und begründete.

verbesserte sich die Industrie von 43 auf 48 Prozent und der Dienstleistungssektor von 33 auf 38 Prozent. Noch deutlicher wird die Dominanz der Industrie, vergleicht man die Produktionsentwicklung. Hier verzeichnete die Industrie zwischen 1950 und 1963 einen Zuwachs von 185 Prozent, Handel und Verkehr brachten es immerhin auf 126 Prozent, während die Landwirtschaft mit lediglich 43 Prozent klar zurücklag. Damit konnte die Industrie ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 47,3 im Jahr 1950 auf 55,6 im Jahr 1960 erhöhen; insbesondere die verarbeitenden Sparten – an der Spitze die Chemieindustrie, der Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Elektrotechnik – avancierten nach Bedeutung und Wachstumstempo zum „Motor der Expansion" (Gerold Ambrosius) der westdeutschen Wirtschaft. Das „Wirtschaftswunder" war in der Bundesrepublik also in erster Linie ein „Industriewunder".

Das dynamische Wachstum des industriellen Sektors blieb verständlicherweise nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis der einzelnen Branchen zueinander. Erwirtschafteten die vier Bereiche Bergbau und Nahrungsmittel, Grundstoff- und Produktionsgüter, Investitionsgüter und Konsumgüter 1950 jeweils etwa ein Viertel der Gesamtproduktion, kamen die Produktions- und die Investitionsgüterindustrien zehn Jahre später mit 29 bzw. 34 Prozent zusammen auf einen Anteil von fast zwei Dritteln. Überdurchschnittlich wuchsen die besonders innovationsfreudigen Branchen: die kunststoffverarbeitende Industrie, die Automobilindustrie, die Mineralölverarbeitung, die elektrotechnische und die chemische Industrie, der Fahrzeug- und der Maschinenbau. Fundierte Berechnungen haben ergeben, daß sich das Wachstum in den fünfziger Jahren etwa zur Hälfte auf technische und organisatorische Fortschritte zurückführen läßt.

Im Zeichen eines expansiven wirtschaftlichen Wiederaufbaus hingen Produktion und Beschäftigung noch eng zusammen: So stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie zwischen 1950 und 1960 jeweils um fast eine halbe Million; prozentual lag die kunststoffverarbeitende Industrie mit einem Zuwachs von 285 Prozent hingegen einsam an der Spitze vor der elektrotechnischen Industrie mit 173 und dem Maschinen- sowie dem Fahrzeugbau mit jeweils etwa 100 Prozent.

Technischer Fortschritt

Verglichen mit dem stürmischen Wirtschaftswachstum verlief die technologische Entwicklung unspektakulär. Technischer Fortschritt erschöpft sich nicht allein in der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, sondern schließt auch die Verbesserung erprobter Produkte oder Verfahren und neue Kombinationen älteren Wissens ein. Charakteristisch für die

Auseinandersetzung um das Kartellgesetz

Stellungnahme von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard

[...] Es ist unbestreitbar und erwiesen, daß ein freier Markt ohne einen freien Leistungswettbewerb und dieser ohne eine freie Preisbildung nicht bestehen kann. [...] Das ist ja gerade das Geheimnis der Marktwirtschaft und das macht ihre Überlegenheit gegenüber jeder Art von Planwirtschaft aus, daß sich in ihr sozusagen täglich und stündlich die Anpassungsprozesse vollziehen, [...]

Der Versuch, sich durch Kartellvereinbarungen den Schwankungen und Wandlungen des Marktes entziehen und insbesondere durch kollektive Preisbindungen den Marktausgleich verhindern zu wollen, kann nur zur Verhärtung und Vertiefung der Störungen und Spannungen und muß in letzter Konsequenz zur Planwirtschaft führen. [...]

Die Anhänger der Kartelle weisen immer wieder auf die Notwendigkeit hin, wirtschaftliche Zusammenbrüche zu verhindern, und glauben, in gebundenen Kartellpreisen ein Allheilmittel für solche Nöte gefunden zu haben. Auf solche Weise aber wird die organische Auflösung krisenhafter Erscheinungen meistens verhindert. Wenn ein bestimmtes Produkt zu einem bestimmten Preis nur in einer bestimmten, für die Industrie unzureichenden Menge absetzbar ist, oder wenn etwa durch Verbrauchswandlungen die Nachfrage nach solchen Produkten rückläufig ist, dann kann eine Preisbindung gar nichts nutzen. [...]

In einem freien Markt werden sich krisenhafte Verzerrungen schon einmal sehr viel schwerer herausbilden können, weil der freie Preis in sehr reagibler Weise Schwankungen und Wandlungen des Marktes anzeigt und über den Wettbewerb sofort die Kräfte lebendig sind, die zu einer Angleichung und damit auch zum Ausgleich drängen. [...] Das ist aber auch für die Wirtschaft und für das einzelne Unternehmen der einzig erfolgreiche und befriedigende Weg, denn wenn im Verlauf dieses Prozesses auch einmal auf Gewinne verzichtet werden muß oder sogar Verluste entstehen, so hat sich doch immer wieder erwiesen, daß eine freie Unternehmungswirtschaft ein fast unglaubliches Maß an Anpassungsfähigkeit besitzt, und daß es gerade dieses Bewährenmüssen im Markte ist, das den wirtschaftlichen Fortschritt verbürgt [...].

Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Neuauflage Düsseldorf 1992, S. 201 ff.

Antwort von BDI-Präsident Fritz Berg

[...] Ich folgere vielmehr, daß es gerade die ureigene und seiner Initiative, Beweglichkeit und Tatkraft gemäße Aufgabe des Unternehmers ist, immer wieder aus allen Schwierigkeiten Auswege zu suchen und zu finden und die Störungen der Produktion, des Absatzes und der Versorgung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Gewiß könnte man sich theoretisch auf den Standpunkt stellen, der „Marktautomatismus" würde von selbst alle Schwierigkeiten überwinden. Eine lange Erfahrung hat uns aber gelehrt, daß dies oft nur mit größten volkswirtschaftlichen Verlusten möglich wäre, die im Zeichen eines empfindlichen Sozialbewußtseins einfach nicht mehr nach dem „Laisser-faire"-Prinzip hingenommen werden können. Das unternehmerische Risiko hat eben heute ein Doppelgesicht: Es ist auch weitgehend zu einem volkswirtschaftlichen geworden. Gerade in einer sozialen Marktwirtschaft ist nach meiner Auffassung die Unternehmerfunktion nicht nur durch die Risikobereitschaft, sondern auch das Streben nach Sicherheit gekennzeichnet [...]

Eines der Mittel zur Abschwächung wirtschaftlich und sozial unerwünschter Marktspannungen ist aber die unternehmerische Zusammenarbeit, sei es in Form einer laufenden gemeinsamen Abstimmung mit der wirtschaftspolitischen Führung, eines Erfahrungsaustausches zwischen Wettbewerbern sowie mit Vorlieferanten und Abnehmern, von Empfehlungen an die Betriebe oder schließlich durch die Vielgestalt von Vereinbarungen kartellmäßigen Charakters. Diese Maßnahmen, die oft schnell und elastisch durchgeführt und immer wieder plötzlichen Änderungen unterworfen werden müssen, und die vor allem nur aus einer vollen Kenntnis der Marktverhältnisse getroffen werden können, sollen nach dem Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen der Genehmigung durch einen Beamten bedürfen! Im Wege der Einzelerlaubnis soll der Beamte darüber befinden, ob sich das Vorhaben der Unternehmer volkswirtschaftlich günstig oder ungünstig auswirken wird! Damit würden unternehmerische Entschlüsse durch einen Verwaltungsakt ersetzt, die Privatinitiative, die Wurzel alles unternehmerischen Schaffens, würde durch autoritäre Entscheidungsgewalt einer mit allen Mitteln rechtlichen Zwanges ausgestatteten Bürokratie abgelöst. Das ist ein planwirtschaftlicher Eingriff in das marktwirtschaftliche Geschehen, der niemals das Verständnis der Wirtschaft finden wird. [...]

Die Konkurrenz innerhalb der Kartelle ist vielfach als „gebundene" Konkurrenz bezeichnet worden. Das bedeutet zwar Eindämmung des wettbewerblichen „Straßenkampfes" mit seinen hektischen Preissprüngen und seinen wirtschaftlich und sozial oft bedenklichen Auswirkungen, aber Fortbestand des Wettbewerbs „auf höherer Ebene", das heißt eines echten und fairen Leistungs- und Fortschrittswettbewerbs. [...]

Wirtschaft und Wettbewerb 13/1952.

westdeutsche Entwicklung in diesem Zeitraum waren technisch anspruchsvolle Produkte von hoher Qualität und langer Lebensdauer. Angesichts der bemerkenswerten Exporterfolge fehlten die erforderlichen Impulse zu einer Kurskorrektur, die notwendig gewesen wäre, um in zukunftsträchtigen High-Tech-Sparten wie der Datenverarbeitung einen Spitzenplatz und damit neue Märkte zu erobern; überdies scheiterten deutsche Ingenieure und Unternehmer bei dem Versuch, in Spitzentechnologiesektoren Fuß zu fassen, zweimal: in der Luftfahrt mit einem Senkrechtstarter und in der Kernenergie mit dem Schwerwasserreaktor. Anders als in der Zeit nach der Ölkrise konzentrierte man sich noch ganz auf energie-, rohstoff- und kapitalintensive Technologien, „Produktinnovationen" rangierten deutlich vor „Prozeßinnovationen", das heißt vor der Entwicklung neuer, kostensparender Herstellungsverfahren.

Für einen gewissen Umschwung sorgte erst der „Sputnik-Schock" von 1957. Mit dem erfolgreichen Einstieg in die unbemannte Raumfahrt zerstörte die Sowjetunion auf einen Schlag das in der westlichen Welt verbreitete Gefühl der eigenen technischen Überlegenheit. Schlagartig geriet der Rückstand in der deutschen Hochtechnologie ins öffentliche Bewußtsein der Deutschen. Die Ausgaben der Privatwirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) stiegen von 200 Millionen DM (1950) über 600 Millionen (1955) auf 1,6 Milliarden DM (1960); die öffentlichen Aufwendungen erreichten ungefähr die gleiche Höhe. Bereits zuvor hatte die Gründung des Ministeriums für Atomfragen im Jahr 1955 den Beginn einer gezielten staatlichen Technologiepolitik markiert; Förderschwerpunkte waren neben der Kernenergie die Luftfahrt- und Weltraumtechnologie. Ungeachtet dieses privaten und staatlichen Engagements herrschte in der westdeutschen Industrie bemerkenswerterweise kein Konsens über die Notwendigkeit verstärkter FuE-Aktivitäten, von dem Bereich der Reaktortechnologie einmal abgesehen.

Wirtschaftsordnung

Wichtigste Voraussetzung einer marktwirtschaftlich-sozialstaatlichen Ordnung war nach Ansicht Ludwig Erhards und seiner Anhänger ein funktionierender Leistungswettbewerb, der andere als marktkonforme oder aus sozialen Gründen gebotene staatliche Eingriffe ebenso ausschloß wie privatwirtschaftlichen Dirigismus. Unmittelbar nach der Amtsübernahme ging Bundeswirtschaftsminister Erhard deshalb daran, dafür den gesetzlichen Rahmen zu schaffen.

Der Streit mit der Industrie um eine Anti-Kartell-Gesetzgebung konzentrierte sich bald auf die Frage, ob ein prinzipielles Kartellverbot angestrebt werden sollte oder lediglich, wie die Industrie wünschte, eine Mißbrauchsregelung für den Fall, daß Kartelle sich nicht an die gesetzlichen Vorschriften hielten oder den Wettbewerb völlig unterbanden (vgl. Text „Diskussion um das Kartellgesetz", Seite 35).

Ausgewählte Wirtschaftsdaten für die Bundesrepublik Deutschland 1950–1960

	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Bruttosozialprodukt												
in Preisen von 1954	Mio. DM	113100	125000	135400	145600	156400	174400	186400	196500	202900	216500	235500
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+10,5	+8,3	+7,5	+7,4	+11,5	+6,9	+5,4	+3,3	+6,7	+8,8
in jeweiligen Preisen	Mio. DM	97200	118600	135600	145500	156400	178300	196400	213600	228500	247900	277700
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+22,0	+14,3	+7,3	+7,5	+14,0	+10,2	+8,8	+7,0	+8,5	+12,0
Privater Verbrauch	Mio. DM	62450	72510	79940	87640	92800	103420	115120	125610	134900	144160	157220
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+16,1	+10,2	+9,6	+5,9	+11,4	+11,3	+9,1	+7,4	+6,9	+9,1
Staatsverbrauch	Mio. DM	14000	17440	20760	21050	22000	23750	25350	27300	30630	33630	37750
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+24,6	+19,0	+1,4	+4,5	+8,0	+6,7	+7,7	+12,2	+9,8	+12,3
Investitionen	Mio. DM	21920	26380	31480	31350	36310	46950	49320	51960	54130	61650	74300
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+20,3	+19,3	−0,4	+15,8	+29,3	+5,0	+5,4	+4,2	+13,9	+20,5
Bruttolöhne u. gehälter												
je abhängig Beschäftigten	1950 = 100	100	116	125	133	140	151	163	171	182	192	209
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+16,3	+7,9	+5,9	+5,2	+7,9	+7,9	+5,0	+6,5	+5,1	+8,9
Brutto-Inlandsprodukt												
in Preisen von 1954												
je Erwerbstätigen	1950 = 100	100	108	114	120	126	136	141	145	149	157	167
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	–	+7,7	+6,2	+5,0	+5,0	+7,5	+4,0	+3,0	+2,2	+5,5	+6,6
(gesamtwirtschaftliche Produktivität)												
Zahl der abhängig Beschäftigten	1000	13827	14556	14995	15583	16286	17175	18056	18611	18840	19399	19843
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	+2,1	+5,3	+3,0	+3,9	+4,5	+5,5	+5,1	+3,1	+1,2	+3,0	+2,2
Arbeitslose	1000	1580	1432	1379	1259	1221	928	761	662	683	476	235
Arbeitslosenquote	v. H.	10,3	9,0	8,4	7,5	7,0	5,1	4,0	3,4	3,5	2,5	1,2
Industrielle Produktion	1950 = 100	100	118	126	139	155	178	192	203	209	225	249
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	+25,0	+18,1	+6,4	+10,2	+11,6	+15,0	+7,8	+5,7	+3,2	+7,4	+10,5
Preisindex für die Lebenshaltung	1950 = 100	100	108	110	108	108	110	113	115	118	119	–
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	−6,5	+7,8	+2,1	−1,8	+0,2	+1,6	+2,6	+2,0	+2,2	+1,0	–
Einfuhr (Werte)	Mrd. DM	11,4	14,7	16,2	16,0	19,3	24,5	28,0	31,7	31,1	35,8	–
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	+45,0	+29,5	+10,0	−1,2	+20,8	+26,6	+14,3	+13,3	−1,8	+15,1	–
Ausfuhr (Werte)	Mrd. DM	8,4	14,6	16,9	18,5	22,0	25,7	30,9	36,0	37,0	41,2	–
Veränd. gegen Vorjahr	v. H.	+102,2	+74,3	+16,0	+9,6	+18,9	+16,7	+20,0	+16,5	+2,9	+11,3	–

Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Neuauflage Düsseldorf 1992, S. 622 f.

Wegen des anhaltenden Streits zwischen Erhard und der Industrie konnte das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ erst 1957 im Bundestag verabschiedet werden. Ungeachtet eines generellen Kartellverbots wurden zahlreiche Ausnahmen erlaubt: Konditionen-, Strukturkrisen-, Rationalisierungs-, Export- und Importkartelle; alle anderen Kartelle bedurften der Genehmigung des Wirtschaftsministers. Beide Seiten hatten also Abstriche hinnehmen müssen.

Aufgrund seines Kompromißcharakters und weil es keine Handhabe gegen Unternehmenszusammenschlüsse bot, vermochte das Kartellgesetz den in den sechziger Jahren einsetzenden Rekonzentrationsprozeß nicht nennenswert zu stören. Daß die westdeutsche Industrie in den folgenden Jahrzehnten dennoch wettbewerblich organisiert und damit im großen und ganzen auch wettbewerbsfähig blieb, war eher dem internationalen Konkurrenzdruck zu verdanken. Obgleich die Rede vom „Grundgesetz“ der Sozialen Marktwirtschaft vor diesem Hintergrund übertrieben erscheint, dürfte die langanhaltende öffentliche Debatte das ordnungspolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik entscheidend geprägt haben.

Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von annähernd acht Prozent könnten den Eindruck einer wirtschaftlichen Dynamik entstehen lassen, die keinerlei steuernder Eingriffe bedurft hätte. Konjunkturfördernde Maßnahmen waren in den fünfziger Jahren in der Tat kaum erforderlich, konjunkturdämpfende allerdings sehr wohl: Die große Herausforderung bestand in der „Meisterung der Hochkonjunktur“, wollte man den gewohnten, große wirtschaftliche und soziale Probleme erzeugenden Zyklus von Boom, Abschwung, Krise und Aufschwung endlich überwinden. Der Bundeswirtschaftsminister suchte dieser Aufgabe in Zusammenarbeit mit der Bank deutscher Länder bzw. der Bundesbank durch eine Kombination steuer-, kredit- und geldpolitischer Maßnahmen gerecht zu werden.

Flankiert wurden die Aktivitäten durch die berühmten Erhardschen „Maßhalteappelle“. Von den Gewerkschaften forderte er Zurückhaltung bei den Löhnen, von den Unternehmern bei den Preisen, von den Verbrauchern beim Konsum. Zweimal, 1956 und 1961, waren diese Versuche einer „antizyklischen“ Konjunkturpolitik „mit erhobenem Zeigefinger“ erfolgreich. Dennoch blieb Erhard, seinem demonstrativ zur Schau getragenen Optimismus zum Trotz, besorgt, daß im „gleichen Maße, in dem durch die Mehrung des Wohlstands die soziale Sicherheit aus eigener Kraft sich verbessert und die Gleichförmigkeit einer nicht mehr von Risiken bedrohten, ständigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung das Gespenst sozialer Notstände gebannt hat, der Schrei nach immer mehr kollektiver Sicherheit nur immer lauter erschallt.“

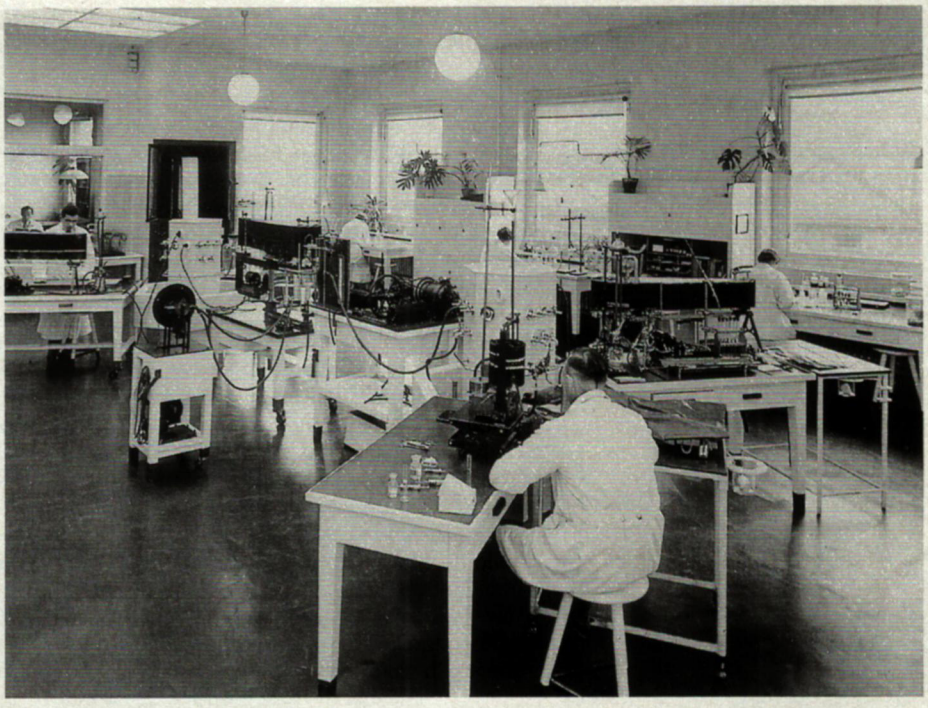


Foto: Ullstein Bilderdienst

Zum starken Wirtschaftswachstum in den fünfziger Jahren trug in erheblichem Maße die chemische Industrie bei. Unser Bild zeigt pharmakologische Forschung in Wuppertal.

Europäische und weltwirtschaftliche Integration

Zum Abschluß dieses Kapitels soll noch der Anteil der internationalen Zusammenarbeit am „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik Deutschland untersucht werden. Obwohl eine exakte Quantifizierung nicht möglich ist, kann doch kein Zweifel bestehen, daß ohne die Bereitschaft der Vereinigten Staaten und der westeuropäischen Staaten, dem einstigen Kriegsgegner zu helfen, ein Aufschwung in diesem Ausmaß und in diesem Tempo kaum denkbar gewesen wäre.

Die Wiederaufbauhilfe setzte ein mit dem vom damaligen amerikanischen Außenminister George Marshall initiierten European Recovery Program, einem Hilfsprogramm für Europa. Aus diesem Programm erhielt Westdeutschland zwischen 1948 und 1952 insgesamt 1,4 Milliarden Dollar, entsprechend 10 Prozent des Gesamtvolumens. Dieser Beitrag wurde für Einkäufe in den USA – hauptsächlich Nahrungs- und Futtermittel sowie Industrierohstoffe – verwendet; 1949 wurden auf diese Weise über ein Drittel, 1950 immerhin noch fast ein Fünftel aller westdeutschen Importe finanziert. Noch wichtiger dürfte indes der psychologische Effekt der nach ihrem

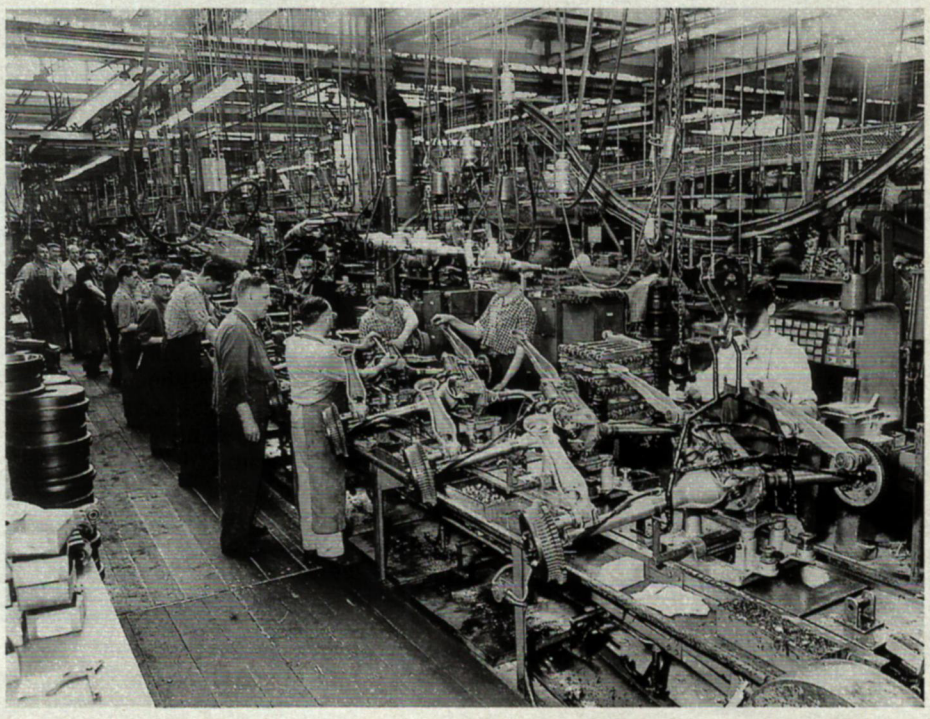


Foto: AKG photo

Die Automobilindustrie war jahrzehntelang einer der wichtigsten Wachstumsträger der westdeutschen Wirtschaft. Hinterachsproduktion am Fließband bei Daimler-Benz.

Initiator benannten Marshallhilfe gewesen sein, vermittelte sie den Westdeutschen doch erstmals nach Kriegsende die Gewißheit, zum „Westen" zu gehören.

Der Beitrag der OEEC, die ursprünglich gegründet worden war, um die Verteilung der Marshallplanmittel zu regeln, bestand vor allem darin, daß sie die koordinierte Befreiung des Handels von Mengenbeschränkungen und, mit Hilfe der unter ihrem Dach operierenden Europäischen Zahlungsunion, die gemeinsame Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedsländern erlaubte: Hatte bis zu diesem Zeitpunkt jeder Staat auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz mit jedem seiner Handelspartner geachtet, war es nun möglich, sämtliche Schulden und Guthaben innerhalb der EZU gegeneinander zu verrechnen.

Für eine Wiederbelebung des Handelsverkehrs in Westeuropa war dies unerläßlich, und die Bundesrepublik, die vom Außenhandel abhängig war, profitierte davon: 1950 kamen 52,4 Prozent der Importe aus Westeuropa, 1960 waren es 54 Prozent; die Zahlen für die Exporte – 72 bzw. 63,5 Prozent – unterstreichen die Bedeutung des westeuropäischen Marktes sogar noch eindrucksvoller. Obwohl diese Orientierung langfristig auch Nachteile in sich barg, weil sie das Engagement auf anderen wichtigen Märkten bremste, war sie für die Rückkehr Westdeutschlands in den Kreis der Wirtschaftsmächte lebenswichtig. Nicht vergessen werden darf ferner, daß die bereits erwähnte Zahlungsbilanzkrise von 1950/51 nur dank der Hilfe der EZU so rasch überwunden werden konnte.

War die OEEC erfolgreich bemüht, die Kooperation auf dem Gebiet des Handels- und Zahlungsverkehrs zu intensivieren, wurde 1952 mit dem Inkrafttreten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ein anderer Weg eingeschlagen: die supranationale Lenkung der Montanindustrien Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und der Benelux-Staaten durch eine „Hohe Behörde", an die jedes Mitgliedsland bestimmte wirtschaftspolitische Kompetenzen abtrat. Die EGKS sollte „die rationellste Verteilung der Erzeugung auf dem höchsten Leistungsstande sichern", wie es im Vertrag hieß, und auf diese Weise zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Erhöhung des Lebensstandards beitragen. Obwohl ihre Effekte auf die Produktion kaum exakt zu quantifizieren sind, läßt sich doch feststellen, daß Westdeutschland seinen Anteil an der Steinkohlen- bzw. an der Rohstahlerzeugung Westeuropas zwischen 1948 und 1957 von 22 auf 28 bzw. von 14,6 auf 29,8 Prozent steigern konnte. Diese Zahlen blieben zwar deutlich hinter denen von 1937 – 35,6 bzw. 40,2 Prozent – zurück, doch wären ohne die EGKS und die damit verbundene Aufhebung der alliierten Restriktionen für die Stahlproduktion mit Sicherheit nicht einmal diese Marken in so kurzer Zeit erreicht worden.

Die Integration der sechs EGKS-Staaten wurde mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) fortgesetzt. 1957 wurden in Rom die Gründungsverträge (Römische Verträge) unterzeichnet. Im Januar 1958 traten sie in Kraft. Die EWG, die wichtigere der beiden Organisationen, erstreckte sich im Gegensatz zur EGKS auf alle Wirtschaftsbereiche, doch fehlten ihr deren ausgeprägt supranationale Entscheidungsstrukturen. Ihre Hauptziele waren der Abbau aller Hindernisse für den internen Waren- und Dienstleistungsverkehr, Freizügigkeit für Kapital und Arbeit, ein gemeinsamer Agrarmarkt, ein gemeinsamer Außenzoll sowie eine teilweise Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Teilnehmerländer. Daß es der Bundesregierung weitgehend gelang, die EWG nach ihren marktwirtschaftlichen, freihändlerischen Vorstellungen zu gestalten, spiegelte den in den fünfziger Jahren ständig wachsenden deutschen Einfluß in Westeuropa wider und war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Liberalisierungspolitik in der EWG fortgesetzt werden konnte. Die Folge war ein beschleunigtes Wachstum des Handels innerhalb der Gemeinschaft. So stieg beispielsweise der Anteil der EWG-Länder am westdeutschen Export kontinuierlich von 27 auf über 40 Prozent.

Foto: Bundesbildstelle

Am 25. März 1957 signierten die Außenminister Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland in Rom den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomenergiegemeinschaft (Euratom). Für die Bundesrepublik unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer (1. Reihe M).

Weltmarkt und Konvertibilität

Die Konzentration des Handelsaustauschs auf Westeuropa im allgemeinen, auf die EWG im besonderen stand in einem gewissen Gegensatz zur offiziellen Parole von der „Rückkehr zum Weltmarkt", so der Titel eines 1953 erschienenen Buches von Ludwig Erhard. Zwar rückte die Bundesrepublik Mitte der fünfziger Jahre auf den dritten Rang unter den Welthandelsnationen vor, zog 1958 mit Großbritannien gleich und belegte 1960 bereits den zweiten Platz hinter den USA; von einer gleichmäßigen Präsenz auf den Weltmärkten konnte dennoch keine Rede sein. Die Rückkehr auf den nordamerikanischen Markt, dessen Anteil am deutschen Export allerdings traditionellerweise niedrig war und 1960 gerade neun Prozent betrug, ging nämlich sehr langsam vonstatten; auch der frühere Anteil Lateinamerikas, Asiens und Afrikas wurde bis 1960 nicht ganz erreicht.

Der eigentliche Einbruch gegenüber der Vorkriegszeit erfolgte jedoch im Austausch mit Osteuropa. Hatte Deutschland 1937 noch 17 Prozent der Ein- und 16 Prozent der Ausfuhren mit Osteuropa abgewickelt, waren es 1960 nur noch jeweils vier Prozent. Dafür waren freilich weder das Versagen der westdeutschen Exporteure noch Qualitätsmängel verantwortlich, sondern vor allem politische Gründe: der Ost-West-Konflikt und die von den USA durchgesetzten Handelsrestriktionen gegenüber dem Ostblock. Immerhin konnte die Bundesrepublik den generellen Aufschwung im Osthandel zwischen 1953 und 1958 am besten nutzen. Ab 1957 übernahm die Bundesrepublik die Spitzenposition. Ermöglicht wurde dieser Erfolg hauptsächlich durch die auf den Investitionsgüterbedarf der dortigen Kunden zugeschnittene Produktpalette der westdeutschen Industrie.

Besondere Bedingungen galten für die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, die 1951 vertraglich geregelt wurden. Zum einen erstreckte sich das „Interzonenhan-

delsabkommen“ (Berliner Abkommen) nicht auf Staaten (da seitens der Bundesrepublik Deutschland die DDR nicht als fremdes Wirtschaftsgebiet galt), sondern auf die beiden Währungsgebiete DM-West und Mark-Ost. Zum anderen sah es ausschließlich bilaterale Handelsbeziehungen vor, die mittels einer Verrechnungseinheit abgewickelt werden mußten; schließlich sollte ein zinsloser Überziehungskredit (Swing) in Höhe von 200 Millionen Verrechnungseinheiten, der allerdings fast ausnahmslos von der DDR in Anspruch genommen wurde, für einen permanenten Ausgleich der Salden sorgen. Der Handel mit der DDR unterlag den gleichen Embargorichtlinien wie der Osthandel insgesamt. Während er für die DDR mit einem Anteil von etwa 15 Prozent am gesamten Außenhandel von existentieller Bedeutung war, fiel er für die Bundesrepublik mit weniger als zwei Prozent ökonomisch kaum ins Gewicht.

Bis Anfang 1959 fehlte auch eine wichtige Voraussetzung eines ungehinderten, weltweiten Handels – die Konvertibilität der D-Mark. Die Möglichkeit eines uneingeschränkten Umtauschs einer Währung in ausländisches Geld oder in Gold ist bei „normalen“ internationalen Wirtschaftsbeziehungen nichts Besonderes. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren jedoch die meisten westeuropäischen Länder von der währungspolitischen Normalität weit entfernt. Der Handel erfolgte auf „bilateraler“ Basis, jede Seite erklärte sich bereit, die Währung des Partnerlandes zu einem festgelegten Wechselkurs und bis zu einer vereinbarten Höhe gegen eigene Währung anzukaufen; ergänzend wurden Abkommen über wechselseitig erwünschte Warenlieferungen getroffen. Auf Druck der USA, die möglichst schnell zum Freihandel zurückkehren wollten, hatte Großbritannien schon 1947 den Versuch gewagt, das Pfund Sterling gegenüber dem Dollar konvertibel zu machen – und war gescheitert. Erhard blieb davon jedoch unbeeindruckt; angesichts steigender Devisen- und Goldreserven der Bank Deutscher Länder, hoher Wachstumsraten und innerer Geldwertstabilität machte er sich zum unermüdlichen Fürsprecher einer raschen Rückkehr zur Konvertierbarkeit. Vor einem deutschen Alleingang schreckte er allerdings doch zurück, zumal zahlreiche Experten vor einem solchen Schritt warnten. So dauerte es bis Dezember 1958, ehe erneut Großbritannien die Initiative ergriff; die meisten anderen westeuropäischen Länder folgten umgehend.

Ganz ohne bestimmte Regeln und Institutionen, das lehrte die Erfahrung, waren ein freier Welthandel und geordnete internationale Währungsbeziehungen jedoch nicht zu verwirklichen. Die Bundesregierung trug dieser Einsicht Rechnung, indem sie den entsprechenden Organisationen beitrat: 1951 dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), 1952 dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Das GATT verpflichtete seine Mitglieder dazu, alle Partnerländer handelspolitisch gleich zu behandeln (Meistbegünstigung); der IWF bemühte sich um eine stabile Währungsordnung und um ein multilaterales, handelsförderndes Zahlungssystem. In beiden Institutionen spielte die Bundesrepublik dank ihrer liberalen Handelspolitik und ihrer stabilen Währung eine wichtige Rolle.

Bedeutung des „Wirtschaftswunders“

Alles in allem war die Boom-Phase, die ja noch bis Anfang der siebziger Jahre dauerte, eine Zeit grundlegender Weichenstellungen. Die Soziale Marktwirtschaft entwickelte sich vor allem dank wachsenden Wohlstands zur allseits anerkannten Wirtschaftsordnung, ein auf Konsens angelegtes Modell der sozialpolitischen Interessenregulierung setzte sich durch, die De-Agrarisierung erhielt einen kräftigen Schub, die Verflechtung der westeuropäischen Volkswirtschaften erreichte eine neue Intensität. Das „Wunder“ hatte aber auch seine Schattenseiten – es verdeckte wirtschaftsstrukturelle Fehlentwicklungen, insbesondere die „Überindustrialisierung“, und förderte das Anspruchsdenken. Zu übertriebenem Stolz bestand ohnehin kein Anlaß: Der Boom war das Ergebnis gemeinsamer, zielstrebiger Aufbauarbeit, aber vor allem auch ausländischer Hilfe – und „glücklicher“ Umstände.

Wirtschaftliche Entwicklung und Lebenslage in der DDR

Burghard Ciesla

In den Fünfzigern wurde auch in der DDR ein sehr hohes Wirtschaftswachstum erzielt. Der Umfang des produzierten Nationaleinkommens wuchs von 1950 bis 1960 auf das 2,5fache, dabei waren besonders zu Beginn der fünfziger Jahre die Zuwachsraten beachtlich. Eine vergleichbare Wachstumsdynamik vermochte die DDR in den darauffolgenden Jahrzehnten ihrer Existenz nicht mehr zu erreichen. Ähnlich wie im Westen Deutschlands war das hohe Wirtschaftswachstum nach Kriegsende maßgeblich eine Folge der gründlichen Ausschöpfung der vorhandenen industriellen Substanz (Rekonstruktionspotential), aber bei einer verhältnismäßig geringen Investitionsfähigkeit. Die von der Industrie in der Zeit vor 1945 erbrachten Modernisierungsleistungen wurden zur Behebung von Kapazitätsengpässen und zur Ausbeutung der wirtschaftlichen Reserven genutzt. Der Wirkungsgrad von Techniken und Technologien aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen konnte vielfach noch einmal erheblich gesteigert werden. Größere Neuerungsprozesse (Innovationen) blieben in der Wiederaufbauphase weitgehend aus. Etwa ab Mitte der fünfziger Jahre zeigte sich, daß die Möglichkeiten der verstärkten Auslastung der vorhandenen Industriekapazitäten ausgereizt waren. Das Wachstumstempo begann nachzulassen.

Jährliche Zuwachsraten des produzierten Nationaleinkommens zwischen 1950 und 1961

Jahre	Zuwachs
1949	–
1950	21,8 Prozent
1951	27,4 Prozent
1952	13,2 Prozent
1953	7,4 Prozent
1954	10,1 Prozent
1955	8,6 Prozent
1956	5,3 Prozent
1957	9,1 Prozent
1958	9,7 Prozent
1959	6,7 Prozent
1960	5,0 Prozent
1961	1,5 Prozent

Statistisches Bundesamt/Außenstelle Berlin, Statistisches Jahrbuch des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens 1989, S. 98–99.

Hinter dem hohen Wirtschaftswachstum steckte zugleich der Versuch der SED-Führung, eine schnelle Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild umzusetzen. Damit war eine Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten der Metallurgie und des Schwermaschinenbaus verbunden. Die ohnehin knappen Investitionen und Ressourcen flossen damit primär in den Neuaufbau nicht vorhandener oder nicht ausreichend entwickelter Zweige der Grundstoffindustrie.

Diese Bevorzugung verschärfte die bestehenden wirtschaftlichen Probleme, die durch Kriegszerstörungen, Demontageverluste und Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion entstanden waren. Zusätzlich bewirkte der Kalte Krieg eine Abschottung gegenüber dem westlichen Markt, die Einbindung in den vergleichsweise industriell rückständigen osteuropäischen Wirtschaftsraum und Arbeitskräfteverluste durch die Westabwanderungen. Die Zerstörung eines organisch gewachsenen Systems der wirtschaftlichen Arbeitsteilung durch die deutsche Teilung und durch Gebietsabtrennungen spitzte die Lage noch weiter zu. Insofern

muß die wirtschaftliche Rückständigkeit der DDR gegenüber der Bundesrepublik aus einer ganzen Kette sich gegenseitig verstärkender Faktoren interpretiert werden.

Generell stand die DDR-Wirtschaft in den fünfziger Jahren vor der schwierigen Situation, gleichzeitig drei Aufgaben von gleicher Dringlichkeit lösen zu müssen:

◊ die Erhöhung des privaten Verbrauchs;

◊ den Ausbau und die Modernisierung der Infrastrukturen;

◊ die Absicherung der Investitionen in allen Industriebranchen.

Jede Bevorzugung mußte angesichts der geringen Spielräume zur Vernachlässigung anderer Ziele führen und in angespannter Lage krisenhafte Wirkungen hervorrufen. Die Überforderung war damit programmiert und ernsthafte Wachstumseinbrüche erschütterten die DDR-Wirtschaft 1952/53, 1956 und 1960/61. Die unmittelbaren Ursachen für die Einbrüche 1952/53 und 1960/61 hingen wesentlich mit den Versuchen der SED-Führung zusammen, die Errichtung der neuen sozialistischen Eigentumsordnung zu beschleunigen. So wurde im Juli 1952 unter anderem die Kollektivierung der Landwirtschaft verkündet und 1958 die Überführung der letzten Einzelbauern in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) beschlossen. Der Wachstumseinbruch des Jahres 1956 hatte dagegen vor allem außenwirtschaftliche Gründe, da wichtige Rohstoff- und Warenlieferungen aus Polen und Ungarn aufgrund der Aufstände dort ausgeblieben waren. In der DDR führte die Einstellung der Lieferungen zu empfindlichen Störungen im Wirtschaftsleben.

Demontagen und Reparationsleistungen

Eine der tieferen Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme muß in den Reparationsleistungen an die Sowjetunion (1945–1953) gesucht werden. Die SBZ/DDR erbrachte die höchsten im 20. Jahrhundert bekannt gewordenen Reparationsleistungen, nach neueren Berechnungen mindestens 14 Milliarden Dollar (in Preisen von 1938) inklusive Besatzungskosten. Im Vergleich zum Westen Deutschlands hatte der Osten zwar geringere Substanzverluste durch Kriegsschäden, doch die Verluste durch die sowjetischen Beuteaktionen, Demontagen und Reparationsleistungen lagen deutlich über denen der Bundesrepublik. Zwischen 1945 und 1948 entstanden infolge der sowjetischen Demontagen industrielle Strukturschäden, die besonders die spätere Wettbewerbsfähigkeit der DDR negativ beeinflußten. In der SBZ und in Ost-Berlin demontierte die sowjetische Besatzungsmacht mindestens 2000 bis 4000 Betriebe, mehr als die Hälfte davon vollständig. Als die Demontagen 1948 endeten, betrug die Gesamtkapazität der Industrie der SBZ nur noch schätzungsweise 50 bis 70 Prozent des Standes von 1936. Letztlich haben die Demontagen die industrielle Substanz stärker geschädigt als die eigentlichen Kriegszerstörungen.

Auswahl von Industriezweigen mit den höchsten absoluten Demontageverlusten in der SBZ (einschließlich Baulichkeiten und Vorräte)

Branche	Kapazitätsverlust
Treibstoffwerke	90 Prozent
Brikettwerke	37 Prozent
Optische Industrie	75 Prozent
Leichtmetallhalbzeuge	95 Prozent
Braunkohleindustrie	35 Prozent
Metallurgie	87 Prozent
Nichteisenmetallindustrie	87 Prozent
Flugzeugindustrie	100 Prozent
Flugzeugmotoren	100 Prozent
Papierindustrie	30 Prozent
Werkzeugmaschinenindustr.	75 Prozent
Elektroindustrie	80 Prozent
Spinnereien/Webereien	25 Prozent
Druckgewerbe	22 Prozent
Kraftfahrzeugindustrie	80 Prozent

Rainer Karlsch, Umfang und Strukturen der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945 bis 1953. Stand und Probleme der Forschung, in: Christoph Buchheim (Hg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 47.

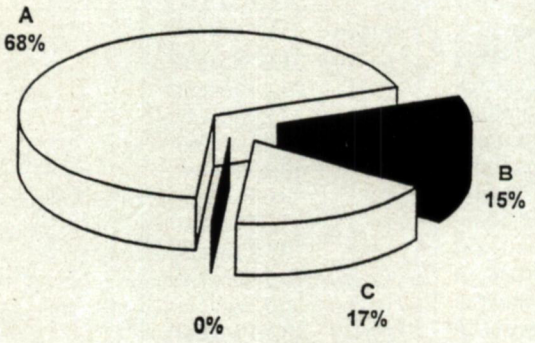
Einzelne Wirtschaftsbereiche vermochten sich von den Demontagefolgen nicht vollständig zu erholen. Beispielsweise lag Mitte der fünfziger Jahre die Personenkraftwagen-Produktion bei nur etwa einem Drittel des Produktionsstandes von 1936. Spätere wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen der SED-Führung ruinierten die einstmals führende Automobilindustrie schließlich auf Dauer. Noch gravierender waren die Folgen für das Transportwesen der SBZ/DDR. Die Transportleistungen erreichten aufgrund der umfangreichen Demontage von Gleisanlagen (Abbau des zweiten Gleises), der Mitnahme von Lokomotiven und Waggons sowie dem Abbau moderner Bahneinrichtungen 1950 nur noch etwas mehr als die Hälfte der Transportleistungen des Jahres 1936.

Neben den Demontagen führten die Reparationsleistungen, die als laufende Abschöpfungen eines Teils der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion durch die Besatzungsmacht verstanden werden müssen, zu Verschiebungen des industriellen Strukturgefüges und zum Entzug von Investitionsgütern. Immerhin kamen 1949 drei Viertel aller Reparationslieferungen aus Betrieben des Maschinen- und Schwermaschinenbaus und des Schiffbaus, also aus Zweigen, die es im einstigen mitteldeutschen Raum nicht oder nur in geringem Umfang gegeben hatte.

Sowjetische Aktiengesellschaften

Eine zentrale Rolle in der Reparationsproduktion spielten die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG). Formal lehnten sich diese an die aus dem deutschen Recht stammende Form der Aktiengesellschaften an, das heißt, es gab einen Vorstand, einen Aufsichtsrat, eine überwiegend nach deutschen Vorschriften arbeitende Buchhaltung und das Gesellschaftskapital wurde in Aktien aufgeteilt. Damit endete aber auch schon die Anlehnung an das deutsche Aktienrecht. Die SAG waren weder publikationspflichtig noch durfte ein Handel mit Aktien stattfinden. Sie waren fest in sowjetischer Hand und in die sowjetische Volkswirtschaft eingebunden. Zugleich kontrollierte die Sowjetunion mit den SAG die Schlüsselbereiche der SBZ/DDR-Wirtschaft. Durch die Überführung in sowjetisches Eigentum hatten die deutschen Finanz- und Wirtschaftsbehörden kaum Zugriffsmöglichkeiten. In der SBZ/DDR wurden diese Unternehmen in jeder Hinsicht begünstigt, sie hatten mehr Res-

Realisierte Investitionsstruktur in der zentralgeleiteten Industrie der DDR (1951–1955)



A = Grundstoffindustrie (Klassifikation Bundesrepublik: Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie)

B = Metallverarbeitende Industrie (dto.: Investitionsgüterindustrie)

C = Leichtindustrie/Lebensmittelindustrie (dto.: Verbrauchsgüter, Nahrungs- und Genußmittelindustrie)

Jörg Roesler, Zur Charakterisierung der ökonomischen Ergebnisse in der Industrie der DDR im Ersten Fünfjahresplan (1951 bis 1955), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976/III, S. 37.

sourcen zur Verfügung, konnten über lukrative Löhne Arbeitskräfte abwerben, erhielten finanzielle Stützungen aus dem Haushalt der SBZ/DDR und verfügten aufgrund der Reparationsforderungen über einen gesicherten Absatz.

Gegen Mitte 1947 gab es mehr als 200 SAG-Betriebe, deren Anteil an der industriellen Gesamtproduktion der SBZ/DDR zwischen 1947 und 1950 mehr als 30 Prozent betrug. Ihr Produktionsanteil an den Reparationsleistungen lag 1947 bei 40 Prozent und erhöhte sich bis 1952 vorübergehend auf 78 Prozent. Mit dem 1. Januar 1954 galten die Reparationsleistungen offiziell als beendet. Damit waren, bis auf eine Ausnahme, auch alle ostdeutschen SAG-Betriebe wieder in DDR-Besitz.

Bei der Ausnahme handelte es sich um den Uranbergbau der Wismut AG in Sachsen und Thüringen, deren Produktion für die Sowjetunion bei der Absicherung ihrer Atomrüstung höchste strategische Priorität besaß. Zwischen 1946 und 1956 wurde die Wismut AG personell und materiell zu einem monopolartigen Unternehmen ausgebaut und nahm eine Sonderstellung in der SBZ/DDR ein. Bis 1956 unterstand die Wismut AG direkt dem sowjetischen Verteidigungsministerium. Zu diesem Zeitpunkt waren etwa 100000 Menschen im Uranbergbau tätig. Der sowjetische Einfluß blieb bis zum Ende der DDR bestimmend und die Wismut entwickelte sich zu einem der größten Uranproduzenten der Welt. Am Beispiel der Wismut wird deutlich, daß es nach der offiziellen Beendigung der Reparationen (1954) zu indirekten Reparationsleistungen kam. Von 1954 bis 1957 stellte beispielsweise die DDR in Form direkter und indirekter Ausgaben für den sowjetisch kontrollierten Uranbergbau der Wismut eine Summe von mehr als 1,5 Millionen Ost-Mark bereit, die der Volkswirtschaft verlorenging.

Industrielle Entwicklungsschwerpunkte ab 1955

Der industrielle Strukturwandel in Ost-Deutschland nach 1945 bewirkte eine Verschiebung der traditionellen, von Leichtmaschinenbau und Elektroindustrie geprägten Industriestruktur hin zur Metallurgie und zur Schwerindustrie. Bis 1955 galten Objekte der Schwerindustrie wie der Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost und des metallurgischen Produktionszentrums Calbe sowie der Ausbau der Stahlwerke Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa, Gröditz und Freital als bevorzugte Investitionsprojekte der SED-Führung. Zugleich wurden 24 Betriebe des Schwermaschinenbaus ausgebaut.

Die anderen osteuropäischen Länder signalisierten aufgrund der dort parallel vorangetriebenen Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild einen großen Bedarf an schwerindustriellen Ausrüstungen, die vor allem robust und technisch leicht zu handhaben sein sollten, so daß darüber hinaus kein Anreiz zu moderneren und auf dem westeuropäischen Markt absatzfähigeren Erzeugnissen gegeben war. Die großen Verlierer des Strukturwandels waren der Energiesektor, der Bergbau, die Textilbranche, verschiedene Bereiche der Konsumgüterindustrie, die polygraphische Industrie sowie die Sektoren Holz, Glas, Keramik, Zellstoff und Papier.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Demontage des zweiten Gleises der S-Bahn außerhalb des Stadtkerns von Berlin.

Die staatliche Investitionspolitik verschob ab Mitte der fünfziger Jahre diese Prioritäten, da der SED-Führung nicht verborgen geblieben war, daß die Konzentration der Ressourcen auf die Schwerindustrie die Leistungsfähigkeit anderer wichtiger Industriezweige beeinträchtigte und damit das Wirtschaftswachstum insgesamt gefährdete. Durch den Strukturwandel waren besonders bei der Elektroenergieerzeugung Schwierigkeiten aufgetreten, die im Rahmen der sogenannten „Kohle- und Energieprogramme“ (1954–57 und 1957–60) behoben werden sollten. Gefördert wurden nunmehr auch Industriezweige wie der zivile Flugzeugbau (1954), der Leichtmaschinenbau und die chemische Industrie. Zugleich sollte die Nutzung der Kernenergie und die Automatisierung in der metallverarbeitenden Industrie vorangetrieben werden.

Von nicht unerheblichem Einfluß war hierbei, daß in den fünfziger Jahren in mehreren Wellen rund 3000 hochqualifizierte Fachleute auf den Gebieten der Kernphysik, Chemie, Optik, Elektrotechnik, Flugzeug- und Raketenentwicklung aus der Sowjetunion nach Deutschland zurückkehrten. Sie waren nach Kriegsende in die Sowjetunion verbracht worden, um dort vor allem an der Entwicklung militärischer Hochtechnologien zu arbeiten. Von ihnen versprach sich die SED-Führung die notwendigen innovationsfördernden Impulse bei der Errichtung einer modernen Industriestruktur. Zugleich sollte die Westabwanderung der wertvollen Rückkehrer verhindert werden, indem man versuchte, ihnen ein möglichst attraktives berufliches Betätigungsfeld anzubieten. Doch diese Rechnung ging vielfach nicht auf. Die Flugzeugindustrie wurde beispielsweise nach kaum siebenjähriger Existenz im Frühjahr 1961 wieder aufgelöst.

Da in der Kernenergie, der Flugzeugproduktion und der Automatisierung keine schnellen Erfolge zu erreichen waren, rückte die chemische Industrie in das Zentrum des staatlichen Interesses. 1958 wurde ein gewaltiges Chemieprogramm beschlossen, das der Bevölkerung „Brot, Wohlstand und Schönheit“ versprach. Dieses Programm war zugleich Kernstück des Siebenjahrplanes (1959–1965), mit dem der westdeutsche Lebensstandard in die Wohnungen und vor die Haustüren der DDR-Bürger gebracht werden sollte.

Bruttorechnung und administrative Preisbildung

Die SED-Führung verstand in den fünfziger Jahren das Wirtschaftswachstum als Wirtschaftsexpansion. Ende der vierziger Jahre wurde die in ihrer Tradition bis in das 19. Jahrhundert zurückreichende Nettorechnung der amtlichen deutschen Produktionsstatistik, die nur die tatsächlich von einem Betrieb erbrachten Leistungen (Wertschöpfung) erfaßte, durch die sowjetische Bruttorechnung ersetzt. Bei dieser Erfassungsmethode konnte der Wert der Rohstoffe, Zwischenprodukte und des Zubehörs mehrmals gezählt werden, indem „Produkte“ in der Stufenfolge der Verarbeitung, Weitergabe und Verteilung so oft zur Verrechnung kamen, wie sie den Produktionsprozeß durchliefen. Die unvollendete Produktion der einzelnen Betriebe wurde damit miteinbezogen und die

Planerfüllung konnte verhältnismäßig einfach „gehandhabt" werden. Hatte beispielsweise ein Betrieb die Auflage bekommen, Drehbänke im Umfang von 40 000 Tonnen zu produzieren, so konnte der Betrieb diese Auflage durch die Produktion weniger, aber sehr schwerer Drehbänke erfüllen. Dagegen hätte eine Auflage in Stückzahlen dazu führen können, daß der Betrieb viele und möglichst leichte Drehbänke produzierte.

Die „Tonnenideologie" brachte damit eine Unterbewertung der Qualität, Produktivität und Rentabilität mit sich. Real wurden so die Bruttosteigerungssätze in den fünfziger Jahren um etwa ein Drittel überhöht angezeigt, und die gesamtwirtschaftliche Rechnung beruhte auf einer unsicheren Grundlage, die sich deutlich in einer Scherenbildung zwischen Brutto- und Nettogröße offenbarte. Zusätzlich wurde das System durch die administrative Preisbildung meist willkürlichen Charakters negativ beeinflußt. Eine freie Preisbildung als ein zuverlässiger Knappheitsindikator und Vergleichsmaßstab blieb in der DDR ausgeschaltet. Es konnten sich dadurch nur schwer sinnvolle Orientierungsmarken für ökonomisch rationales Verhalten und intensives, ressourcensparendes Wachstum herausbilden.

In der Gesamtsicht erwies sich zwar das planwirtschaftliche System der fünfziger Jahre bei der Stimulierung des expansiven Wirtschaftswachstums recht erfolgreich; doch bei einem Umschalten auf intensives, das heißt ressourcensparendes Wachstum versagte es häufig. Die Betriebe und Ministerien schenkten dieser Seite des ökonomischen Handelns in den fünfziger Jahren wenig Beachtung, weil sie sich bei ihrer Berichterstattung auf die Planerfüllung in Form der Volumenabrechnung konzentrierten. Ein weiteres Dilemma zeigte sich darin, daß der Hauptteil des Gewinns an den Staatshaushalt abgeführt und der gesamte Bedarf wieder aus dem Staatshaushalt zugeteilt wurde. Dadurch fehlte die unmittelbare Abhängigkeit zwischen dem hergestellten Betriebsergebnis und den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Wirksame Anreize zur Gewinnerwirtschaftung und Kostensenkung konnten sich deshalb nicht herausbilden. Insofern darf die Tendenz zur Produktion materialaufwendiger und qualitätsminderer Erzeugnisse nicht verwundern, da sich bei der Bruttorechnung die Zunahme der Materialkosten in einem höheren Gesamtpreis des Erzeugnisses niederschlagen konnte, der wiederum eine bequemere Planerfüllung ermöglichte.

Die Bruttoerfüllung bewirkte immer wieder, daß in den Betrieben kein echtes Interesse bestand, eine höhere Veredlung des Einsatzmaterials oder eine Verbesserung des Produktionsablaufes herbeizuführen. Mit anderen Worten, die Form der Abrechnung bedeutete eine Barriere, die den Betrieb davon abhielt, in der laufenden Produktion Verbesserungen vorzunehmen.

Neue Eigentumsordnung

In der DDR wurden in den fünfziger Jahren die grundlegenden Strukturen eines neuen politischen Ordnungssystems errichtet. Die SED erhob den Anspruch, die kommunistische Utopie sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit zu verwirklichen. Damit war das Ziel verbunden, ein gesellschaftliches System zu planen und die darin ablaufenden Entwicklungsprozesse zu beherrschen. Wichtiger Bestandteil der Utopie war, eine Wirtschaftsentwicklung ohne Krisen und Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Grundlage hierfür war die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und, damit verbunden, die Beseitigung der Trennung zwischen Politik und Ökonomie. Gemäß dieser Vorstellung dominierte in der Eigentumsordnung der DDR schon zu Beginn der fünfziger Jahre die staatliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Der Anteil der staatlichen Wirtschaft am Nationaleinkommen (Nettoprodukt) lag 1950 bei mehr als 50 Prozent. Bis zum Ende der fünfziger Jahre wurde die staatliche Verfügungsgewalt weiter ausgedehnt, so daß 1960 der Anteil fast 90 Prozent betrug. Die private Eigentumsform war damit im ersten Jahrzehnt der DDR zu einer Randerscheinung geworden.

Die Veränderung der Eigentumsordnung bedingte zugleich große Wandlungsprozesse in der Sozialstruktur der ostdeutschen Bevölkerung. Der selbständige Bauer oder Handwerker wurde zum Genossenschaftsmitglied, der Arbeiter zum Angehörigen einer Arbeitsbrigade, der Privateigentümer verlor seinen Besitz (vgl. auch Seite 30). Die damit verbundenen sozialen Verdrängungen und Abstiege wurden vielfach mit der Abwanderung in den Westen beantwortet. Gerade die Bevölkerungsverluste durch die Westabwanderung verstärkten in der DDR-Gesellschaft die durch den Krieg und die Nachkriegszeit schon bestehenden Verwerfungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur noch weiter. Insgesamt verließen zwischen 1950 und dem Mauerbau 1961 rund 3,1 Millionen Menschen die DDR.

Versorgungsmängel

Eines der Wohlstandsversprechen der SED-Führung lautete in den fünfziger Jahren: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben". Von der Bevölkerung wurde auf diese Weise ein Konsumverzicht verlangt, der angesichts des seit 1948 einsetzenden westdeutschen „Wirtschaftswunders" zu einem tiefen Interessenkonflikt im Osten Deutschlands führte. Zudem konnten die DDR-Verbraucher bis zum Mauerbau den West-Ost-Vergleich durch einen Besuch in Westdeutschland oder eine S-Bahnfahrt in Berlin noch selbst durchführen. Das Ergebnis solcher Konsumvergleiche „vor Ort" ließ berechtigte Zweifel an den Fähigkeiten des planwirtschaftlichen Systems der DDR aufkommen.

Es gab frühzeitig von seiten der SED den Versuch, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Einmal wurden die schon im 19. Jahrhundert entstandenen Interessengemeinschaften der Verbraucher, die Konsumgenossenschaften (KG), wieder zum Leben erweckt, nachdem sie während des Krieges aufgelöst worden waren. Sie sollten hauptsächlich die Versorgung der Bevölkerung auf dem Land mit Konsumgütern absichern helfen. Eine besondere

Foto: AKG photo

Käuferschlange vor einem HO-Lebensmittelladen in der Frankfurter Allee von Ost-Berlin. Ein Schild beschränkt den Verbrauch von Möhren auf Kinder unter drei Jahren.

Rolle spielten die Läden der 1948 gegründeten staatlichen Handelsorganisation (HO). Die HO-Läden sahen für östliche Verhältnisse sehr westlich aus und galten als der „kleine Westen im Osten". In ihnen wurden rationierte Waren frei verkauft und für damalige Verhältnisse im „Überfluß" angeboten. Jedoch waren die angebotenen Erzeugnisse anfangs stark überteuert. Mit der HO schuf die SED neben der Rationierungswirtschaft ein zweites Verkaufssystem, auf dessen Basis die Kaufkraft der besserverdienenden Schichten abgeschöpft werden sollte. Von Anfang an zeigte sich hier ein gravierender Widerspruch in der Konsumpolitik der DDR, die auf der einen Seite die gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes unter alle Mitglieder der Gesellschaft propagierte, und im Gegenzug mit den HO-Läden ein staatlich verordnetes Zweiklassensystem von Käufern schuf.

Anfang der fünfziger Jahre war der Westen jedoch noch nicht der alles bestimmende Vergleichsmaßstab in der Bevölkerung. Vielmehr wurde das Denken zu diesem Zeitpunkt durch Vorstellungen über den Lebensstandard der Vorkriegszeit beeinflußt. Der Blick nach Westen kam erst in zweiter Linie zum Tragen. Immerhin hatten die Rationierungen, Ernährungs- und Versorgungskrisen, die Wohnraumknappheit, der Zusammenbruch eines sozialen Wertesystems und das Empfinden eines sozialen Abstieges während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit tiefe Spuren im Gedächtnis der Bevölkerung hinterlassen. Die Erwartungshaltungen waren weit nach unten geschraubt. Jede Verbesserung der Lebenslage wurde dankbar als Rückkehr in die „friedensmäßige" Versorgung der Vorkriegszeit angesehen. Je deutlicher sich jedoch die Versorgungssituation der Bevölkerung im Westen zu verbessern begann und eine jüngere Generation mit anderen Wertvorstellungen heranwuchs, um so mehr verschob sich der Vergleichsmaßstab im Verlauf der fünfziger Jahre in Richtung Westen. Das Wohlstandsniveau Westdeutschlands wurde zum eigentlichen Gradmesser, zum „Maß für die eigene Unzufriedenheit".

Langer Abschied von der Lebensmittelkarte

Mit Blick auf die Entwicklung in Westdeutschland hatte die SED-Führung noch 1951 – ungeachtet der schwierigen Wirtschaftslage – im Gesetz des 1. Fünfjahrplanes (1951–55) die Aufhebung der Lebensmittelrationierung für das Jahr 1953 vorgesehen. Doch mit der Verkündung des Aufbaus des Sozialismus im Sommer 1952 vollzog die SED-Spitze einen radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der eine Aufhebung der Lebensmittelrationierungen in weite Ferne rücken ließ. Als Folge der Aufbau-Entscheidung sank 1952/53 der Lebensstandard der Bevölkerung unter das Niveau des Jahres 1947. Die Lücken im Warenangebot wurden noch

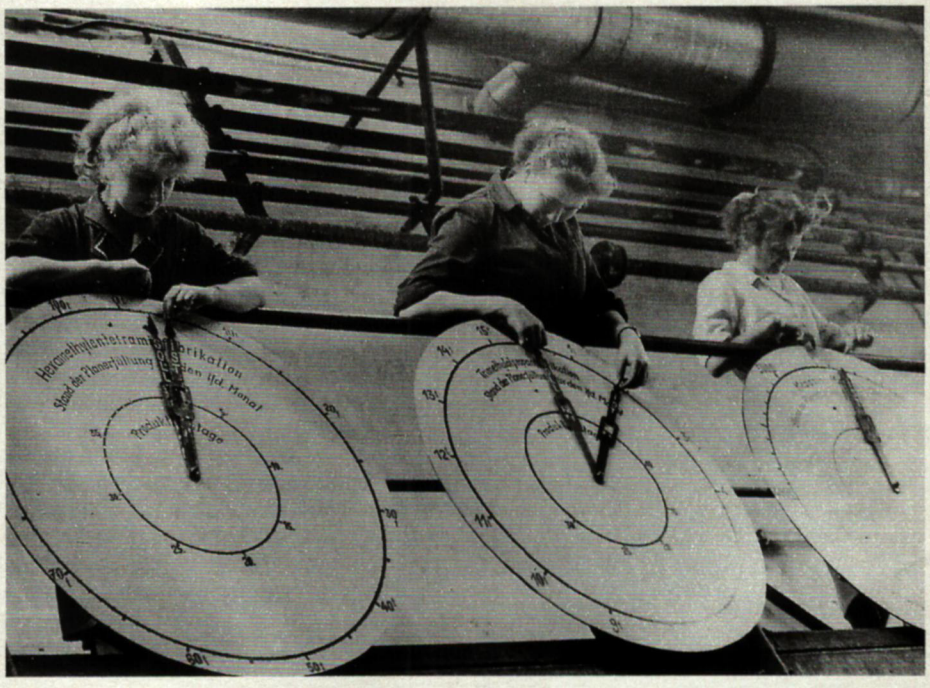


Foto: Ullstein Bilderdienst

VEB-Werke „Walter Ulbricht" in Leuna, 1958. Arbeiterinnen stellen die Uhren ein, die zur Information und Motivation der Belegschaft den Stand der Planerfüllung anzeigen.

größer, Stromabschaltungen häuften sich wieder, die Situation des Transportwesens erreichte einen kritischen Punkt. Hinzu kamen Lohneinbußen, Normerhöhungen und Preissteigerungen. Eine große Unzufriedenheit machte sich in der Bevölkerung breit, die zum Aufstand am 17. Juni 1953 führte. Danach vermied es die Parteiführung tunlichst, eine soziale Unzufriedenheit unter der Bevölkerung über das noch beherrschbare Maß hinaus aufkommen zu lassen. Um die Lage zu stabilisieren kam es 1953/54 kurzfristig zu weitreichenden Mittelumverteilungen in den konsumtiven Bereich und zu beachtlichen Preissenkungen. Seit dieser Zeit galt für die SED-Führung bis zum Ende der DDR die Regel, weder in den Preisen noch in den Arbeitsnormen noch in der Lohnstruktur abrupte Veränderungen vorzunehmen.

Das Rationierungssystem mußte allein schon aus politischen Gründen aufrechterhalten werden, um weiterhin über ein direktes und wirksames Regulierungsinstrument für den privaten Konsum der Bevölkerung zu verfügen. Zugleich sicherte die Rationierung der Bevölkerung ein Mindestmaß an Zuteilung bestimmter knapper Güter und ermöglichte, daß die weiterhin bestehenden Versorgungsengpässe beherrschbar blieben. Insgesamt funktionierte das Rationierungssystem jedoch nicht mehr als ein System der gerechten Verteilung von Mangelwaren, sondern als Teil eines Preisregulierungssystems. Durch mehrfache Preissenkungen bei den bewußt überteuerten HO-Waren wurde eine Annäherung und letztlich eine Verschmelzung der beiden staatlich gesteuerten Preisebenen (Karten- und HO-Preise) angestrebt. Das Instrument der Preissenkung zur Beeinflussung des privaten Konsums wurde aber – noch dazu bei offener Grenze und starker Westmark – gegen Mitte der fünfziger Jahre zusehends unbrauchbarer.

Zu diesem Zeitpunkt war der Westen Deutschlands der eigentliche Gradmesser für die Lebenslage der DDR-Bevölkerung geworden. Das erkannte schließlich auch die SED-Führung und verkündete im Juli 1958 die „ökonomische Hauptaufgabe", Westdeutschland bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch aller wichtigen Lebensmittel und Konsumgüter zu überholen. Schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit war es deshalb im Vorfeld notwendig geworden, die letzten Relikte des Rationierungssystems abzuschaffen. Damit endete am 29. Mai 1958 eine seit dem 27. August 1939 andauernde ununterbrochene Periode der Lebensmittelrationierung. Die endgültige Aufhebung der Rationierung traf jedoch nicht auf die uneingeschränkte Zustimmung der Bevölkerung, da die neuen Preise etwas über den Kartenpreisen lagen. Die Wogen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung glätteten sich aber, als den schlechter Verdienenden die entstandenen Mehrbelastungen finanziell ausgeglichen wurden.

Lebenslage

Gemessen am Nahrungsmittel- und Güterverbrauch hatte sich die Lebenslage der Bevölkerung seit der Gründung der DDR deutlich verbessert. Im Bereich der Grundnahrungsmittel konnte das Verbraucherniveau der Vorkriegszeit (1936) wieder erreicht bzw. überschritten werden.

Am Ende der fünfziger Jahre zeigte sich – wenn auch in viel geringerem Umfang – eine ähnliche Veränderung im Verbraucherverhalten der Bevölkerung wie im Westen

Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln

Erzeugnis	Maßeinheit	1936	1950	1955	1960
Fleisch	kg	46,8	22,1	45,0	56,3
Eier	Stück	117	63	116	197
Butter	kg	8,5	5,4	9,5	13,5
Gemüse	kg	–	–	46,5	64,4
Obst	kg	–	–	26,8	71,8
Trinkmilch	Liter	–	74,0	90,7	94,5

Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 54; Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970 (= Zeithistorische Studien, Band 3), Akademie-Verlag, Berlin 1995, S. 156.

Ausstattungsgrad der DDR-Haushalte mit langlebigen Konsumgütern

	je 100 Haushalte 1955	1961
PKW	0,2	4,7
Motorräder	–	14,9
Kühlschränke	0,4	9,0
Waschmaschinen	0,5	9,5
Fernseher	1,2	25,1
Telefonanschlüsse (1000)	481,2	636,9

Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 50 und 53.

Wohnungsbau zwischen 1949 und 1961 (Anzahl)

Jahr	Insgesamt*	Neubau
1949	29 825	–
1950	30 992	–
1951	61 040	–
1952	47 589	–
1953	32 296	–
1954	34 740	–
1955	32 830	–
1956	32 849	–
1957	61 125	–
1958	63 466	49 561
1959	79 953	67 314
1960	80 489	71 857
1961	92 009	85 580

* Neubau und Instandsetzung

Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 51.

Gesundheit und Säuglingssterblichkeit

	1950	1955	1960
Ambulatorien	575	720	766
Landambulatorien	136	299	373
Gemeindeschwesternstationen	2620	4031	4493
Gestorbene Säuglinge je 1000 Lebendgeborene	72,2	48,9	38,8

Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 61, 62 und 64; Statistisches Taschenbuch der DDR 1990, S. 148.

Deutschlands. Die Anschaffung langlebiger technischer Konsumgüter wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Fernsehempfänger, Personenkraftwagen und Motorräder spielte eine zunehmende Rolle. Die Motive für die Arbeitsleistungen der Menschen in Ost und West stimmten zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend überein.

In der Regierung wurde, mit besorgtem Blick auf die Bedarfsdeckung, der größer werdende Kaufkraftüberhang und das Zwecksparen auf hochwertige Konsumgüter aufgrund der inflationären Tendenzen mißtrauisch beobachtet. Immerhin waren die Spareinlagen bei den Kreditinstituten der DDR zwischen 1950 und 1961 auf das über 15fache angewachsen. Auch die Nettogeldeinnahmen eines durchschnittlichen Arbeiter- und Bauernhaushaltes verdoppelten sich von 1949 bis 1960. Doch sowohl bei Nahrungsmitteln als auch bei Konsumgütern bedeutete die rasch wachsende Kaufkraft der DDR-Bevölkerung im Verlauf der fünfziger Jahre, daß die Möglichkeiten der staatlichen Bedarfsdeckung trotz eines zunehmenden Handelsvolumens oftmals überschritten wurden. Zusätzlich hatte die Kollektivierung zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung geführt.

Schwer lastete die ungenügende Ausstattung mit Wohnraum auf der Bevölkerung. Wohnungen waren Mangelware erster Ordnung. Zwar wuchs die Zahl der Wohnungen von 1950 bis 1961 absolut um etwa 500 000 an, doch eine Entlastung bedeutete dieser Zuwachs keinesfalls, da die Zahl der wegen Baufälligkeit gesperrten Wohnungen etwa der Zahl der neugebauten und instandgesetzten Wohnungen entsprach. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre begann die Zahl der neugebauten Wohnungen erkennbar zuzunehmen. Am Ende der fünfziger Jahre resultierte außerdem die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu etwa 50 Prozent aus der Westabwanderung. In der Gesamtsicht blieb der Wohnungsneubau jedoch auf einige größere Städte wie Ost-Berlin und den Werkswohnungsbau der neuerrichteten Industriestandorte (Eisenhüttenstadt oder Neu-Hoyerswerda) beschränkt. Die Vernachlässigung des Wohnungsbaus in der DDR wird noch deutlicher, wenn die Entwicklung in der Bundesrepublik zum Vergleich herangezogen wird. Dort hatte die Bundesregierung 1950 den Bau von 1,8 Millionen Wohnungen bis 1965 vorgesehen, gebaut wurden 3,1 Millionen.

Während im Bereich des Konsums – abgesehen von den deutlichen Niveauunterschieden – im wesentlichen die westdeutsche Entwicklung nachempfunden wurde, gelang es der SED-Führung bei der medizinischen Versorgung und Kinderbetreuung schon in den fünfziger Jahren eigene Wege gegenüber Westdeutschland zu gehen. Die durch den Krieg und die Nachkriegszeit entstandenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen begannen sich vielfach bereits in den fünfziger Jahren ernsthaft auszuwirken. Die jahrelange Mangel- und Fehlernährung erhöhte die Infektionsanfälligkeit der Bevölkerung. Krankheiten wie die Tuberkulose breiteten sich aus. Andererseits blieben schleichende Krankheiten wie die Zuckerkrankheit oder Bluthochdruck oftmals über Jahre unerkannt.

Die Zusicherung einer unentgeltlichen, allgemein zugänglichen medizinischen und sozialen Betreuung fand deshalb bei der Bevölkerung Anerkennung und wurde hoch bewertet. Den Ausbau der medizinischen Betreuung in bis dahin unterversorgten ländlichen Gebieten durch Landambulatorien und Gemeindeschwesternstationen, die zahnmedizinische Versorgung, den Aufbau des Impfwesens, den prophylaktischen Gesundheitsdienst und die Kin-

Foto: Ullstein Bilderdienst

Blick auf die Großbaustelle Stalinallee in Ost-Berlin. Rohbau um die Jahresmitte 1952.

derbetreuung empfanden breite Kreise der Bevölkerung als eine Verbesserung ihrer Lebenslage.

Neue Städte

Wenige Monate nach der Gründung der DDR erließ die Regierung ein „Aufbaugesetz" (1950). Wie und nach welchem städtebaulichen Leitbild gebaut werden sollte, wurde in den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus" festgeschrieben. Die Maxime lautete: „National, schön und großzügig". Zu den markantesten Beispielen und zugleich wichtigsten Bauvorhaben der ersten Aufbauphase bis 1955 zählte die Stalinallee in Ost-Berlin (später Karl-Marx-Allee) und der Aufbau der Wohnstadt „Stalinstadt" (später Eisenhüttenstadt) des Eisenhüttenkombinates/Ost.

Im Vergleich dazu wurde in der Bundesrepublik seit 1950 mit einer „Politik des konzentrierten Mitteleinsatzes" ein umfangreicher Wohnungsbau praktiziert, der die hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung erfüllte und maßgeblich zum Mythos des sogenannten „Aufbauwunders" beitrug.

Die DDR schwenkte nach 1955 in eine ähnliche baupolitische Richtung. Ohne öffentliche Auseinandersetzung wurden die „Sechzehn Grundsätze" stillschweigend aufgegeben und durch das Motto „Besser, billiger und schneller bauen" ersetzt. Die westdeutschen Erfolge im Wohnungsbau, eine unbefriedigte Erwartungshaltung in der eigenen Bevölkerung und das sowjetische Bekenntnis zu einem modernen industrialisierten Wohnungsbau ohne „Zuckerbäckerei und Fassadenkosmetik" (1954) sorgten im wesentlichen bei der SED-Führung für die Revision ihres städtebaulichen Leitbildes.

Auf der „1. Baukonferenz" im April 1955 wurde die „Industrialisierung und Typisierung" des Bauwesens beschlossen. Das Zauberwort hieß nun Großplattenbauweise (Fertigbauweise). Ab 1957 begann mit dem Aufbau der Wohnstadt Neu-Hoyerswerda für das Braunkohleverarbeitungswerk „Schwarze Pumpe" der erste Großversuch, eine ganze Stadt in Plattenbauweise zu errichten. Wie im Westen entstanden nun Stadtentwicklungspläne, in denen der Wohnungsbau in Form neuer Trabantensiedlungen verwirklicht werden sollte. Der Siebenjahrplan von 1959 versprach, daß auf der Grundlage der Fertigbauweise bis 1965 jeder eine Wohnung haben würde. Dieses Versprechen konnte nicht eingelöst werden und Anfang der Siebziger kündigte die SED-Führung noch einmal die Lösung der Wohnungsfrage an, diesmal für das Jahr 1990.

Die Kehrseite dieser Entwicklung war eine Vernachlässigung der Innenstädte und die Festlegung einer Hierarchie der Städte. Letztere orientierte den Städtebau nicht auf den Zerstörungsgrad, sondern auf die Bedeutung der jeweiligen Stadt im Rahmen des wirtschaftlichen Aufbaus. Von Anfang an wurde hierbei Ost-Berlin aufgrund seiner „Schaufensterfunktion" zu West-Berlin und der Rolle als Hauptstadt der DDR zum Dreh- und Angelpunkt der Städtebaupolitik. Nicht zuletzt deshalb blieb auch der Versuch, Ende der fünfziger Jahre die letzten Kriegsschäden in den Zentren der Bezirksstädte zu tilgen, halbherzig, und die Spuren des Zweiten Weltkriegs prägten bis zum Ende der DDR die Stadtbilder.

Kultur im Wiederaufbau

Tendenzen des westdeutschen Kulturbetriebs

Axel Schildt

Das kulturelle Image der fünfziger Jahre ist für viele Beobachter eher negativ. In der Fixiertheit auf den materiellen Wiederaufbau sei für Kultur kein Platz übrig gewesen. Bestenfalls werden von ihnen die kulturellen Insignien jener Zeit – von den Heimatfilmen bis zum Nierentisch – mitleidig als unfreiwillig komisch belächelt. Aber insgesamt gelten die fünfziger Jahre kulturell als langweilig und „restaurativ". Eine historische Würdigung sollte dagegen zunächst folgendes berücksichtigen:

◇ Das allgemeine Ziel im Wiederaufbau, sich wieder einzurichten, ein „normales" Leben wie vor der Zeit der Katastrophen zu führen, legte auch kulturell im weitesten Sinne ein „Zurücktasten zum Vertrauten" (Anselm Doering-Manteuffel) nahe. Dies galt sowohl für den breiten Publikumsgeschmack wie für die Kunst.

◇ Zu dieser Tradition gehörte eine pessimistische Zivilisationsbetrachtung, die Kritik der Technik als Zerstörung der Kultur, das Beklagen der fortschreitenden Verweltlichung und Rationalisierung, die Warnung vor der Masse und dem Kollektiv als Zerstörung individueller Freiheit und Persönlichkeit, der Ruf nach echter Elite und der „Stolz auf echtes Außenseitertum" (Jost Hermand). In der Autonomie der Kunst wurde ein Fluchtpunkt oder eine Möglichkeit der Verweigerung gegenüber den zivilisatorischen Zumutungen erblickt.

◇ Damit wurde angeknüpft an die Entwicklung bis 1933. Ausgeklammert blieb hingegen das Dritte Reich, das als kulturlose Diktatur des Kleinbürgertums bewertet wurde – eine elitäre Sichtweise, die der allgemeinen Tendenz entsprach, sich der NS-Vergangenheit politisch nicht zu stellen. Überdeckt wurde damit auch, daß sich in allen Bereichen der Kultur und Kunst durchaus Kontinuitätslinien durch die dreißiger und vierziger bis in die fünfziger Jahre hindurchzogen.

◇ Mit der politischen und wirtschaftlichen Integration in die westliche Welt lassen sich in vielen Bereichen der Kultur – mit unterschiedlichen Gewichtungen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten – Übergänge vom Vertrauten zum zeitgenössisch Modernen registrieren, etwa die Durchsetzung der Abstraktion in der Bildenden Kunst oder – ein besonders spektakuläres und langfristig umwälzendes massenkulturelles Ereignis – der beginnende Siegeszug des Rock 'n' Roll.

◇ Schon in den fünfziger Jahren wurde der traditionelle deutsche Zivilisationspessimismus allmählich „unmodern". Nicht mehr allein die Klage über die kultur- und seelenlose Gegenwart, sondern zunehmend die Einsicht, daß man sich auf die moderne Gesellschaft einzulassen und sie gegebenenfalls konkret zu kritisieren habe, bestimmte die publizistische Diskussion.

Der Kulturbetrieb der fünfziger Jahre wurde weitgehend von den traditionellen Eliten der Zwischenkriegszeit bestimmt. In seinen Institutionen, dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels, den öffentlich-rechtlichen Gremien der Rundfunkanstalten, den Feuilletons der großen Zeitungen, den Akademien, den neu begründeten Literaturpreisen (Büchner-Preis, Goethe-Preis), Künstlerverbänden und -vereinigungen dominierte die Generation der um die Jahrhundertwende Geborenen. Größere personelle Umbrüche traten erst in den sechziger Jahren ein. Auch die Lehrpläne in den Schulen griffen inhaltlich vornehmlich auf die Zeit vor 1933, auf die Zeit vor der völkischen Überformung humanistischer Kultur durch das Dritte Reich zurück. Werkimmanente „Schau", so lautete die Formel für die Überwindung nationalsozialistischer Indienstnahme der Kultur.

In einem charakteristischen Punkt allerdings unterschieden sich die fünfziger

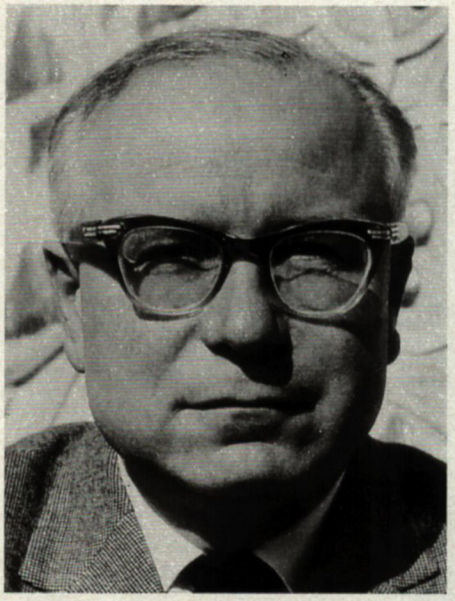


Foto: AKG photo

Wolfgang Koeppen 1906–1996.

Foto: AKG photo

Ingeborg Bachmann 1926–1973.

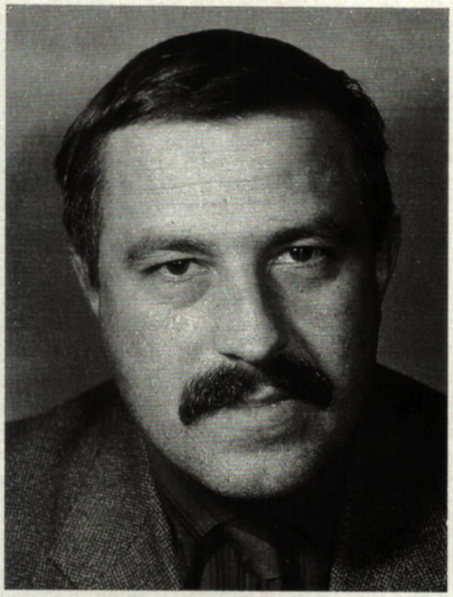


Foto: Ullstein Bilderdienst

Günter Grass, geboren 1927.

Jahre von den zwanziger Jahren. Die Weimarer Kultur war geprägt gewesen von scharfen weltanschaulichen Gräben und klar getrennten politisch-kulturellen Lagern. In den fünfziger Jahren hingegen gab es vielfältige Gesprächsforen, in denen (vornehmlich von bildungsbürgerlichen Schichten) grundsätzliche Fragen der Gesellschaft und Kultur über Parteigrenzen hinweg gemeinsam erörtert wurden. Man diskutierte in den kulturellen Sendungen des Hörfunks, in den evangelischen und katholischen Akademien, in den Amerikahäusern, auf zahllosen kulturpolitischen Veranstaltungen und in der gehobenen Publizistik.

Die Diskussionsfreudigkeit wurde gefördert durch eine Verbreiterung des kulturell-literarischen Marktes und durch das engere Zusammenwachsen von Literaturproduktion und Medienindustrie. Am Anfang der fünfziger Jahre kamen die ersten Taschenbücher auf den Markt. 1959 wurde mit dem Deutschen Taschenbuchverlag (dtv) der erste große „seriöse" Verlag ausschließlich für diese Buchform gegründet. Das anfänglich naserümpfend angesehene Billigbuch sicherte sich einen wachsenden Marktanteil.

Von enormer Bedeutung war der Rundfunk für die Verbreitung von Literatur. Das Hörspiel hatte in den fünfziger Jahren seine größte Zeit. Vor allem die legendären Hörspiele von Günter Eich – man sprach resptektvoll vom „Eich-Maß" – sind in die Literaturgeschichte eingegangen.

Die „Schönen Künste"

Mehrere inhaltliche Tendenzen standen nebeneinander und prägten die Szene der anerkannten Literatur:

◊ Der programmatische Bezug auf die Klassiker, vor allem auf Goethe, schien vielen Intellektuellen nach dem Zweiten Weltkrieg den einzigen Weg aus den Trümmern der vom Dritten Reich hinterlassenen Barbarei zu weisen. Hier suchten viele Bildungsbürger humane Wertmaßstäbe zurückzugewinnen.

◊ Viel gelesen wurden die prominenten deutschen Romanciers der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie Alfred Döblin, Franz Kafka, Hermann Hesse, Heinrich Mann und vor allem aber dessen Bruder Thomas Mann. Auch hier erfolgte eine Rückbesinnung auf vertraute literarische Muster.

◊ Hoch im Kurs – nicht zuletzt in den Schullesebüchern – standen Dichter, die sich – einige von ihnen nach anfänglicher Begeisterung für den Nationalsozialismus – im „Dritten Reich" in die „innere Emigration" (das heißt in eine Position geistiger Distanz) begeben hatten: Ernst Jünger, Rudolf Alexander Schröder, Hans Carossa, Ina Seidel, Gertrud von Le Fort und Werner Bergengruen. Gerade Bergengruens abendländisch-konservative Innerlichkeit paßte besonders gut zur gesellschaftlichen Gestimmtheit der frühen fünfziger Jahre.

◊ Einen Sonderfall stellte der gefeierte Dichter Gottfried Benn dar, der die Form – im „absoluten Gedicht" – zum höchsten, der Gesellschaft und der Zeit enthobenen Inhalt stilisierte. Die reine sprachliche Artistik als radikales und angeblich unideologisches Programm galt vielen als zeitgemäß.

◊ Typisch war auch für die jüngeren Gegenwartsschriftsteller ein „literarischer Eskapismus" (Hermann Glaser), eine Flucht vor der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dies gilt zum Teil sogar für jenen lockeren Kreis, der sich später den Ruf einer literarisch-gesellschaftskritischen Instanz erwarb: die „Gruppe '47", zu der die meisten jungen Schriftstellerinnen und Schriftsteller kamen, die sich bald einen bekannten Namen machten. Von der „Kahlschlag"- oder „Trümmerliteratur" der frühen Nachkriegsjahre, in der durch die schonungslose Reinigung der Inhalte und der Sprache ein Neuanfang gesucht wurde, waren die tonangebenden Angehörigen dieses Kreises zu einem Stil des „magischen Realismus" übergegangen, in dem sich die konkrete Vergangenheit und Gegenwart in die Beschreibung zeitloser Nöte der menschlichen Existenz verwandelte; die besten jener Texte präsentierten sich in sprachlich brillianter Form, etwa bei Günter Eich, Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Karl Krolow.

◊ Einer der bedeutendsten Vertreter der „Gruppe '47", Heinrich Böll, plädierte allerdings schon bald für eine Besinnung auf realistisches Schreiben. Seine zahlreichen Romane, vor allem die „Ansichten eines Clowns" (1963), thematisierten die sozialen und geistigen Mißstände der westdeutschen Gesellschaft. Martin Walser, der 1955 den seit 1950 jährlich verliehenen Preis der Gruppe 47 erhielt, beschrieb in seinen erfolgreichen Romanen „Ehen in Philippsburg" (1957) und „Halbzeit" (1960) das aus seiner Sicht beklemmende Innenleben der kleinbürgerlichen Familie.

◊ Das politische Leben der Bundesrepublik stand nur selten im Zentrum der Gegenwartsliteratur. Das heute als meisterhafter Schlüsselroman über die Bonner politische Szene geltende „Treibhaus" (1953) von Wolfgang Koeppen (Teil einer Roman-Trilogie) bildete eine der raren Ausnahmen.

◊ Als Anschluß an die Weltliteratur wurde der Erstlingsroman „Die Blechtrommel" (1959) des jungen Günter Grass (Jahrgang 1927) gerühmt, in dessen Zentrum die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stand. Um 1960 waren Anzeichen einer zunehmenden Politisierung der literarischen Avantgarde bemerkbar, etwa in der Hinwendung zu einer „Literatur der Arbeitswelt" in der „Gruppe 61", einer Zunahme dokumentarischer Texte oder der Intervention von Schriftstellern in den Bundestagswahlkampf.

Theater

◊ Die Theaterspielpläne der fünfziger Jahre zeigten ähnliche Tendenzen wie der literarische Buchmarkt. Auf der staatlich subventionierten Kunstbühne standen Klassiker, allen voran Schiller und Shakespeare, an der Spitze der meistgespielten Autoren. Beklagt wurde der Mangel an neuen Stücken. Lediglich die beiden Schweizer Autoren Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch wurden immer wieder aufgeführt.

◊ In großer Zahl, wenn auch weit weniger häufig als die Klassiker, kamen Stücke der westlichen Moderne zur Aufführung. Die Arbeiten des französischen Existenzialisten Jean-Paul Sartre galten als provokativ; großer Beliebtheit erfreuten sich die religiös-metaphysischen Botschaften von T. S. Eliot und das sogenannte „Absurde Theater" von Eugène Ionesco.

◊ Um 1960 wurden auch im Theater Tendenzen einer Politisierung bemerkbar. Der in der DDR arbeitende Bertolt Brecht (er starb 1956) wurde nun, obwohl politisch angefeindet, öfter gespielt; einige jüngere Autoren, Peter Weiss, Heinar Kipphardt und Rolf Hochhuth, beschäftigten sich mit politisch-historischen Dokumentationsstücken.

◊ In der Musik – auch hier spielte der Rundfunk eine enorme Rolle – kam nach dem Zweiten Weltkrieg die Zeit der Wiedergutmachung an den zuvor verfemten Vertretern der klassischen Moderne der Zwischenkriegszeit; häufig gespielt wurden zur Untermalung kultureller Wortsendungen Stücke von Paul Hindemith oder Igor Strawinsky; auch in den Konzerthäusern kamen sie und zuweilen auch jüngere Komponisten wie Arnold Schönberg oder Hans Werner Henze zu Gehör. Aber tonangebend war auch in der „E-Musik" die Klassik – und beliebt die noch vertrauten Interpreten dieser Musik, allen voran der Dirigent Wilhelm Furtwängler.

◊ Über den Weg der zeitgenössischen Malerei kam es um 1950 zu einer erbitterten Kontroverse zwischen dem österreichischen Kunsthistoriker Hans Sedlmayr und dem deutschen Maler Willi Baumeister. Während Sedlmayr von „christlich-abendländischem" Standpunkt her die Abstraktion in der Bildenden Kunst nur als Ausdruck eines Abfalls von Gott und „Verlust der Mitte" bewerten mochte, sah Baumeister die nichtgegenständliche Malerei als allein ehrliche und zeitgemäße Auseinandersetzung mit einer chaotisch entgleisten Welt.

Abstrakte Kunst – wie sie auf den imponierenden Ausstellungen der Kasseler Documenta 1955 und 1959 gezeigt wurde –, schien mit westlicher Freiheit verbunden, gegenständliche Malerei hingegen wurde nun vielfach verdächtigt, gleichermaßen in der Tradition des völkisch-heroischen Stils der Nationalsozialisten und in der Nachbarschaft des „Sozialistischen Realismus" (vgl. auch S. 52) zu stehen.

Das breite Publikum war von der Diskussion um die moderne Kunst ziemlich unberührt. Soweit überhaupt bekannt, stand Picasso für die Mehrheit als Symbol schrägen Geschmacks. Wenn man die kulturellen Vorlieben des breiten Publikums ermitteln will, muß man den Boden der Kunstbühnen, Bestsellerlisten und Konzerthäuser verlassen.

Kultur für die „Massen"

◊ Nur etwa ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung gehörte in den fünfziger Jahren zu denjenigen, die gelegentlich oder öfter ein Buch lasen. Mehr als ein Drittel der Haushalte besaß Mitte des Jahrzehnts überhaupt keine Bücher.

◊ Die belletristischen Bedürfnisse wurden zu einem guten Teil von privaten Leihbüchereien mit eigens dafür produzierter Trivialliteratur und durch eine Unmenge von Heftchenromanen mit Landser-, Heimat-, Arzt-, Liebes-, Kriminal-, Wildwest- oder Science-Fiction-Thematik befriedigt. Schließlich lasen viele Bezieher von Illustrierten und Zeitungen den dort erscheinenden Fortsetzungsroman. Gegen Ende der fünfziger Jahre begann der Siegeszug von Buchgemeinschaften, denen bald jeder fünfte Haushalt angehörte.

◊ Eine ganze Reihe von Wochenzeitungen erschien in den fünfziger Jahren. Immer mehr am Bonner Geschehen Interessierte kauften das neue Nachrichtenmagazin „Der Spiegel". Der gesamte Markt der Zeitschriften und Illustrierten expandierte, aber besonders markant war der Vormarsch der Rundfunk- und Fernsehillustrierten, welche die Ausweitung der elektronischen Medien begleiteten.

◊ Auch auf dem Markt der Tageszeitungen, die regelmäßig mehr als zwei Drittel der Bevölkerung lasen, konnte in den fünfziger Jahren eine Modernisierung beobachtet werden. Zwar bildete – wie in der Zwischenkriegszeit – vor allem das Lokalblatt die Lektüre und darin wiederum an erster Stelle die lokalen Nachrichten, aber immer mehr Menschen griffen auf der Fahrt zur Arbeit zum billigen und reißerisch aufgemachten Boulevardblatt. Die Auflage der Mitte 1952 erstmals erschienenen „Bild-Zeitung" überschritt 1956 die Dreimillionen- und 1962 die Viermillionen-Grenze.

◊ Zentrum der Massenkultur der fünfziger Jahre war der Rundfunk und um 1960 bereits in einem Viertel der Haushalte das Fernsehen (vgl. auch S. 10). Die elektronischen Medien vermittelten eine Fülle von Programmen. Das Radio ersetzte die Romanlektüre durch heitere oder Kriminalhörspiele, den Besuch des Konzerts durch viele Stunden Musik, das Fernsehen ließ das Theater in der Wohnstube auftreten. Für viele Menschen aber war es gar kein Ersatz für andere kulturelle Aktivitäten, weil die elektronischen Massenmedien zum ersten Mal überhaupt mit diesen kulturellen Angeboten bekannt machten, zumal auf dem Lande.

◊ In den Filmen der fünfziger Jahre – besetzt mit den vertrauten Ufa-Stars der Zeit vor 1945 und gedreht von deren Regisseuren – spiegelte sich die nach den Katastrophen besonders ausgeprägte Sehnsucht nach einer heilen und von materiellen Sorgen freien Welt. Etwa ein Viertel aller westdeutschen Uraufführungen – gehäuft am Anfang des Jahrzehnts – entfiel auf das Genre „Heimatfilm", den typischen Tagtraum des Wiederaufbaus.

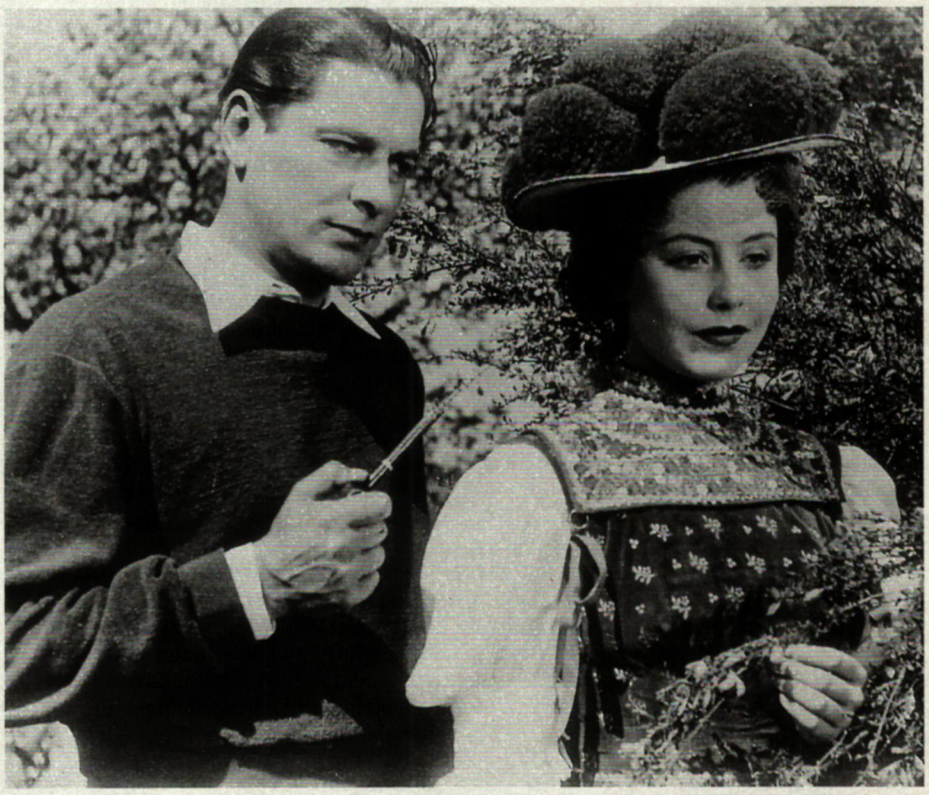


Foto: AKG photo

Rudolf Prack und Sonja Ziemann in der Verfilmung der Operette „Schwarzwaldmädel".

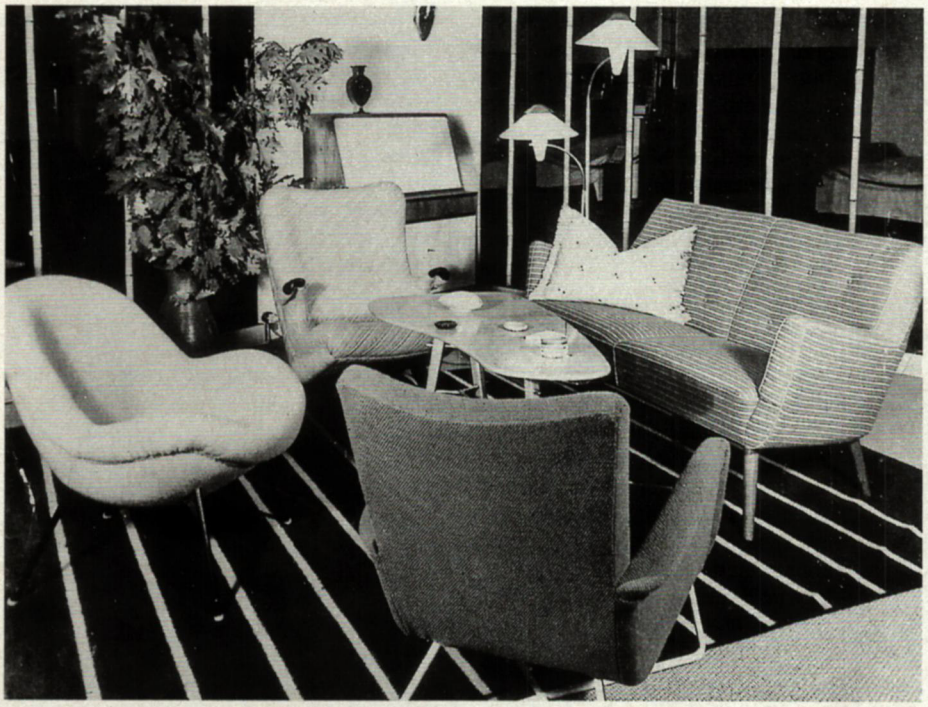


Foto: Ullstein Bilderdienst

Wohnungseinrichtung im Stile der fünfziger Jahre: Sitzgruppe mit Nierentisch.

Auch in anderen Filmstoffen, besonders über den privaten Alltag populärer Monarchen – legendär die „Sissi"-Filme – wurden vorzugsweise politikferne, harmonistische und autoritäre Verhaltensmuster transportiert. Gegenüber dem „Typ Förster und Fürsten" (Hans Schwab-Felisch) hatten die wenigen „Problem"-Filme, die sich kritisch mit der Gegenwart befaßten, weit weniger Erfolg beim Publikum. Seit der Mitte der fünfziger Jahre kam auch eine ganze Reihe von Kriegsfilmen in die Kinos, die – in Maßen realistisch – das hohe Lied der Wehrmachtskameradschaft sangen.

Anders als in den dreißiger Jahren, als zwei Drittel der gezeigten Filme aus deutscher Produktion stammten, wurden in den fünfziger Jahren etwa 40 Prozent aus Hollywood importiert, vornehmlich Kriminalfilme und Western. Nur ein Fünftel stammte aus der Bundesrepublik – darunter allerdings viele besonders kassenstarke Streifen.

◊ Die kulturelle Gemengelage von Kontinuität und Modernisierung kam besonders deutlich in der Unterhaltungsmusik (U-Musik) zum Ausdruck. Alle westdeutschen Rundfunkstationen brachten in den fünfziger Jahren etwa 60 Prozent Musik- gegenüber 40 Prozent Wortanteilen. Die Musik wiederum bestand zu mehr als vier Fünfteln aus U-Musik. Hinzu kam – wie in den dreißiger Jahren – eine ganze Welle von beschwingten Schlagerfilmen und die Schallplattenindustrie, deren Verkaufszahlen 1953 wieder den Stand von 1939 erreicht hatten und dann rasch weiter stiegen. 1960 wurden mehr als 60 Millionen Schallplatten verkauft, davon 80 Prozent mit Schlagermusik.

Auch deren Texte spiegelten – wie der Kinofilm – die Sehnsüchte der Wiederaufbaujahre: Liebe, Sehnsucht nach der Heimat, Treue und die Suche nach einer heilen Welt hinterm Horizont der Ferne. Musikalisch wurde angeknüpft an die Schlager der dreißiger und vierziger Jahre.

Ein tiefer Bruch zwischen den Generationen tat sich seit der Mitte der fünfziger Jahre auf, als der Rock 'n' Roll aus den USA auch nach Westdeutschland kam. An dieser Musik von Bill Haley, Elvis Presley und anderen Größen – für die Älteren bedrohlicher Lärm oder sogar Untergang des Abendlandes, für die Jüngeren Ausdruck eines neuen freiheitlichen westlichen Lebensgefühls – schieden sich die Geister und Gemüter. Die Verantwortlichen der Rundfunkstationen versuchten die neue Musik anfangs zu ignorieren. Aber die Jugendlichen verfügten über genügend Geld, um sich Schallplattenaufnahmen ihrer Stars zu kaufen.

Ästhetik im Alltag

Auch in den städteplanerischen Konzepten, in der Architektur, in den Möbeln und im Design der Elektrogeräte spiegelte sich das Festhalten der westdeutschen Gesellschaft an den ästhetischen Mustern der Zwischenkriegszeit, die sich dann aber zunehmend mit neuen Formen und Stilen mischten.

◊ In der Stadtplanung beherrschte weiterhin die „gegliederte und aufgelockerte Stadt" die Ideenwelt der Planer, die ästhetisch mit dem Erlebnis der Stadtlandschaft verknüpft sein sollte. Die Abkehr vom Dritten Reich äußerte sich vor allem darin, daß die Planungen starrer Achsen und Aufmarschplätze in geschwungene Straßenführungen aufgelöst wurden.

◊ In den fünfziger Jahren setzte sich im Massenwohnungsbau eine Art gemäßigte Moderne mit leichten regionalen Modifikationen durch: zwei- bis dreistöckige Wohnzeilen mit flachen oder giebeligen Dächern, am Ende des Jahrzehnts in neuen Stadtvierteln auch die Mischung verschiedener Geschoßhöhen mit einem Punkthochhaus als reizvoller Dominante. Damit sollte Anschluß an die internationale Moderne gewonnen werden. In den neuen Eigenheimsiedlungen ließ sich immer häufiger beobachten, daß die traditionellen Spitzgiebel dem verspielten Bungalow wichen. Repräsentative Bauten im öffentlichen Raum drückten die neugefundene „organische Moderne" mit leichten Konstruktionen unter Verwendung von viel Glas und Stahl aus. Diese auch der anfänglichen Sparsamkeit geschuldete karge Ästhetik wich im beginnenden Wohlstand zum Teil massigeren Konstruktionen unter Verwendung von viel Zement.

◊ Ihre Wohnungen richteten sich die Westdeutschen am liebsten so ein, wie sie es noch von früher gewohnt waren. Das Allensbacher Institut für Demoskopie legte Mitte der fünfziger Jahre einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung die Abbildungen von vier Wohnzimmern mit unterschiedlichem Einrichtungsstil zur Auswahl vor. Das Ergebnis war eindeutig: Mehr als die Hälfte bevorzugte dasjenige mit einem wuchtigen Wohnzimmerschrank, dem Eßtisch in der Mitte, den Stühlen mit geschwungener Lehne und einem klobigen Polstersessel. Nur eine kleine Minderheit schätzte dagegen am meisten das Wohnzimmer mit den im Rückblick als typisch geltenden Insignien der fünfziger Jahre wie Nierentisch, Schalensessel und flexibler Stehlampe.

Den stärksten Anteil an der Durchsetzung moderner Formen hatten die vielen neuen Geräte zur Rationalisierung der Hausarbeit, Staubsauger, Toaster, elektrische Mixer, ebenso wie die Kofferradios und die tragbaren Schallplattenspieler, deren Gehäuse aus „Plastik" bestanden. Die offenkundige Nützlichkeit des leichten Materials erhöhte die Akzeptanz für das moderne Design.

Am Ende der fünfziger Jahre begann das Adjektiv „modern" zum Inbegriff für den Abschied von der Fixierung auf die „guten alten Zeiten" zu werden. Die neuen Zeiten selbst gaben nun zu immer mehr Optimismus Anlaß. „Das Moderne ist westlich", hieß es unmißverständlich in einem 1959 erstmals erscheinenden Kulturmagazin mit dem – damals modisch kleingeschriebenen – Titel „magnum. zeitschrift für das moderne leben". Politische und wirtschaftliche Westoptionen und westliche Moderne verbanden sich besonders für den jüngeren Teil der Bevölkerung am Ende der fünfziger Jahre zu einem Lebensgefühl, das mit Begriffen wie Freiheit, Lockerheit und Zivilität umschrieben werden kann.

Bildung und Kultur in der DDR

Simone Barck

Erklärtes Ziel der SED war es, in der von ihr diktatorisch gestalteten Gesellschaft der DDR einen neuen, „sozialistischen Menschen" zu entwickeln. Diese sich als Utopie herausstellende Vorstellung gründete sich auf die marxistische Gesellschaftstheorie, nach der es mit der Beseitigung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse möglich sein könne, eine gerechte und freie Menschengesellschaft zu schaffen sowie jedem Menschen maximale Bedingungen zur Entfaltung seiner geistigen, kulturellen, körperlichen Fähigkeiten und zur Wahrnehmung seiner geistigen und materiellen Bedürfnisse zu bieten. Diese Idealvorstellung wurde in das Leitbild der „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit" gefaßt. Deren historisch neue Qualitäten sollten die Einnahme eines sozialistischen Klassenstandpunktes, Verantwortungsbewußtsein für das Ganze, allseitige Bildung, hohes fachliches Wissen und Können, sozialistischer Gemeinschaftsgeist, Organisiertheit und Disziplin, kulturelle Aktivität und Interessiertheit sein. Die Arbeiterklasse sei als herrschende Klasse berufen, diese sozialistische Menschengemeinschaft zu schaffen.

Bildung und Erziehung sowie Kultur und Kunst wurden in diesem Prozeß eine wichtige Rolle zugewiesen. Ein komplexes System von politisch-ideologischen, ökonomischen, propagandistischen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Maßnahmen sowie entsprechende Institutionen und Organisationen dienten der Realisierung dieses parteipolitischen Ziels. Das Leitbild „der neue Mensch" war dabei in der Auseinandersetzung mit dem Westen immer auch gegen das Feindbild vom „alten, bürgerlichen Menschen", oft auch als „Klassengegner" oder „Klassenfeind" bezeichnet, gesetzt.

Wichtigste Grundlage des Bildungs- und Erziehungssystems in der DDR stellte die „Brechung des Bildungsprivilegs" dar, um allen Kindern und Jugendlichen ohne Berücksichtigung der elterlichen Vermögensverhältnisse das gleiche Recht auf Bildung zu garantieren. Das 1946 in der SBZ verabschiedete (und bis 1959 gültige) „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" zielte auf ein einheitliches, integriertes Schulwesen, das dem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche folgte und vom Staat finanziert war. Zentraler Streitpunkt war, ob die Schule mehr auf Wissensvermittlung (als „Lernschule") oder auf Denkvermittlung (als „Arbeitsschule") aufgebaut werden sollte. Sowohl unter dem Einfluß der dogmatischen sowjetischen Pädagogik wie auch in der Folge eigener nationaler, in diesem Fall preußischer Traditionen setzte sich letztlich ein Schulsystem durch, in dem die Wissensvermittlung vorherrschte, die Autorität der Lehrkräfte dominierte und die Kinder mehr als Objekte denn als Subjekte behandelt wurden. Der unauflösbare Zusammenhang von Ideologie und Pädagogik bewirkte eine stark ideologisierte Staatserziehung. Die „richtige" Weltanschauung stand im Zentrum dieser Art Bildung und Erziehung. Disziplin war wichtiger als die schöpferische Selbstbetätigung der Schülerinnen und Schüler. Seit 1952 hatte die Schule mit dem proklamierten Aufbau des Sozialismus in der DDR die Zielsetzung, sozialistische Persönlichkeiten herauszubilden.

Schulen und Hochschulen

In den fünfziger Jahren bildete sich in der DDR eine differenzierte Schulstruktur heraus. Sie bestand aus der in den vierziger Jahren geschaffenen achtklassigen Grundschule („Einheitsschule"), deren Besuch für alle gesetzlich verfügt war, den Zehnklassigen Oberschulen (erstmals im Schuljahr 1950/51, ab 1956 unter dem Namen Mittelschulen), vierklassigen Ober(real)schulen (als Auslaufmodell), die mit dem Abitur abschlossen, den Betriebs- oder Kommunalen Berufsschulen sowie einigen Spezial- und Sonderschulen (Kinder- und Jugend-Sportschulen, Hilfs- und Behinderten-Schulen). Den traditionellen Volkshochschulen wurde die Erwachsenenbildung übertragen. Um den besonderen ländlichen Bedingungen zu entsprechen, wurden für über 400 000 Schüler bis 1956 1745 Zentralschulen geschaffen. Von den 4114 einklassigen Landschulen des Jahres 1946 gab es 1959 noch ganze 12, 1960 wurden die letzten beiden aufgelöst.

Die wichtigste Neuerung im Schulsystem der DDR bedeutete die 1959 eingeführte „Zehnklassige polytechnische allgemeinbildende Oberschule" (POS) als grundlegende Schulform für alle weiterführenden Bildungswege und beruflichen Tätigkeiten. Für sie gab es in dieser Form auch keine sowjetischen Vorbilder, wenngleich die seit 1958 stattfindende Polytechnisierung der DDR-Schule auch unter sowjetischen Einflüssen zustande gekommen war. Mit der POS sollte ein engerer Praxis- und Lebensbezug von Bildung, Unterricht und Erziehung erreicht werden. Der polytechnische Unterricht gliederte sich in den 14tägigen „Unterrichtstag in der Produktion" in Industriebetrieben oder in der Landwirtschaft und in das (theoretische) Fach „Einführung in die sozialistische Produktion". Außerdem gehörten der Werk- und Schulgartenunterricht (Klassen 1 bis 4) sowie das Technische Zeichnen (Klassen 7 bis 10) dazu.

Ab Ende der fünfziger Jahre besuchten im Durchschnitt 94 Prozent der Schülerinnen und Schüler die POS, drei Prozent die Sonderschulen, drei Prozent erwarben an Erweiterten Oberschulen (EOS) das Abitur.

Foto: AKG photo

Dorfschule in Hohendorf, Kreis Luckau, 1951. Ein Lehrer leitet die Pionierarbeit.

Kein Arbeiter

Wie wichtig der Beruf der Eltern für uns DDR-Kinder auch dann noch sein konnte, wenn wir das Elternhaus schon verlassen hatten, erfuhr ich 1959, als ich zur Theaterhochschule nach Leipzig kam. [...]

Über die Höhe des Stipendiums entschied nicht etwa das Einkommen der Eltern, sondern das, was man bei uns die Herkunft nannte. Arbeiterkinder bekamen damals hundertneunzig Mark, die anderen nur hundertvierzig Mark. Ich gehörte zu den anderen, weil meine Mutter als Verkäuferin Angestellte war und mein Vater – zuletzt als Berufsberater – eben auch nicht mehr ein toter Arbeitervater, sonder nur ein toter Angestelltenvater war.

Daß meine Mutter als Verkäuferin viel weniger verdiente als jeder, auch ungelernte Arbeiter fiel nicht ins Gewicht. [...]

Das Wort Arbeiterkind aber war in der DDR so etwas wie ein Ehrenname. Der Staat nannte sich ja auch am liebsten Arbeiter-und-Bauern-Staat. Daß man Kinder einfacher Leute mehr fördern sollte als die wohlhabender, also meist auch gebildeter Eltern, leuchtet mir heute noch ein. Chancengleichheit ist uns schließlich ganz und gar nicht angeboren. Sie muß geschaffen werden. [...]

Die meisten Parteioberen rühmten sich ihrer proletarischen Herkunft. Von Wilhelm Pieck wurde immer wieder gesagt, daß er Tischlersohn oder selbst Tischler gewesen war. (*Er war Tischler, sein Vater Kutscher – Anm. d. Red.*) Ich habe inzwischen manche proletarische Einzelheit meiner verblichenen Vorbilder vergessen. Von Honecker weiß ich noch sehr genau, wie gern und oft er sich seiner Dachdeckervergangenheit rühmte, so kurz sie auch gewesen sein mochte.

Nun war aber inzwischen eine Funktionärsgeneration herangewachsen, die ihre proletarischen Wurzeln allenfalls noch bei Groß- oder Urgroßeltern nachweisen konnte. Sollten deren Kinder nun aber wie ich Verkäuferinnensohn schlechter gestellt sein als ein beliebiges Bauarbeiterkind? Da auch die Logik parteilich war in der DDR, ernannten sich parteilogisch die Funktionäre der Arbeiter-und-Bauern-Partei zu Parteiarbeitern. Schon waren deren unschuldige Söhne und Töchter Arbeiterkinder per Dekret. Sie kamen also in den Genuß des Privilegs, bevorzugt zum Abitur zugelassen zu werden oder zum Studium und hatten das Recht auf höhere Stipendien. Kurz, sie genossen alle parteilichen Vorteile, mit denen im Sozialismus der natürlichen Ungleichheit unter uns Zeitgenossen begegnet wurde.

Peter Ensikat: Ab jetzt geb' ich nichts mehr zu, München 1993, S. 24 ff.

Bedeutung der Herkunft

Da sich die DDR als Arbeiter- und Bauern-Staat verstand, wurden Arbeiter- und Bauernkinder in besonderer Weise gefördert. Die „richtige" soziale Herkunft entschied über die Zulassung zur Abiturstufe wie über den Studienplatz. Dabei waren die Klassifikationskriterien jedoch nicht durchgängig soziologisch, sondern eher politisch-ideologisch (zum Beispiel SED-Mitgliedschaft der Eltern) bestimmt. Seit den sechziger Jahren verschwammen sie immer mehr. Kinder aus sogenannten kleinbürgerlichen Verhältnissen oder aus Pfarrhäusern mußten sich trotz bester Leistungen ihr Abitur und einen Studienplatz hart erkämpfen, vielen blieb er ganz versagt.

Als besonders effektives Instrument zur Heranbildung einer neuen Intelligenz wirkten die 1949 aus den seit 1947 bestehenden „Vorstudienanstalten" hervorgegangenen „Arbeiter- und Bauern-Fakultäten" (ABF, nach sowjetischem Vorbild), an denen bis zu ihrer Schließung im Jahre 1964 insgesamt 33 729 Personen (davon 80 Prozent aus Arbeiterhaushalten) die Hochschulreife erwarben. Als Hochschulabsolventen bildeten sie den Kern der neuen sozialistischen Intelligenz, die in den sechziger Jahren in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kunst einrückte. Über die erste ABF-Generation hat der Schriftsteller Hermann Kant in dem autobiographischen Roman „Die Aula" (Halle 1965) ein informatives und historisch stimmiges Porträt geliefert.

In den fünfziger Jahren bildete sich ein differenziertes System von Studienformen heraus. Die Hauptform stellte das Direktstudium an Hoch- und Fachschulen dar, bei dem der Anteil der Arbeiterkinder in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Fünfzig-Prozent-Grenze überstieg. Das 1950 eingeführte „Fernstudium für Werktätige", das im Mittel 18 Prozent der Gesamtstudierenden aufnahmen, war ein Weg, den spürbaren Nachwuchs- und Qualifikationsmangel zu beheben. Insgesamt stiegen die Studentenzahlen an den über vierzig Hochschulen, davon sieben Universitäten, in den fünfziger Jahren stetig an, zwischen 1951 und 1960 hatte sich die Zahl der Studierenden mehr als verdreifacht (1949: 28 500 und 1960: 99 860). An den über 200 Fachschulen, davon 58 medizinischen, verfünffachte sich zwischen 1951 und 1989 die Zahl der Studierenden.

Hochschulreform

Die zweite Hochschulreform (1951) begann unter der Losung „Erstürmt die Festung Wissenschaft", den Marxismus-Leninismus in Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen durchzusetzen. Es waren vor allem zwei Maßnahmen, die neu und bleibend eingeführt wurden. Das war erstens das für alle Studierenden obligatorische „Grundstudium" des Marxismus-Leninismus. Zweitens war es der viersemestrige Russisch-Unterricht, der die Studenten in die Lage versetzen sollte, sich die Resultate der „führenden Sowjetwissenschaft" anzueignen. Die Dauer des Studiums wurde auf vier bis fünf Jahre, für Medizin sechs Jahre, festgelegt und das Studienjahr auf zehn Monate angesetzt.

Hauptziel der Hochschulreform war es, die sogenannte bürgerliche Ideologie zurückzudrängen, eine ideologische Auseinandersetzung mit allen nicht dem marxistisch-leninistischen Dogma entsprechenden Auffassungen in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen zu führen.

Dieser ideologische Druck sowie die ökonomische Attraktivität Westdeutschlands

Foto: Ullstein Bilderdienst

Studierende vor der von Kriegsschäden gezeichneten Humboldt-Universität, Ost-Berlin.

bewirkten, daß Teile der alten Intelligenz sowie eine nicht unbeträchtliche Zahl von Hochschulsabsolventinnen und -absolventen der DDR den Rücken kehrten. Unter den zwischen 1951 und 1961 mehr als drei Millionen aus der DDR Übergesiedelten befanden sich etliche zigtausend hochqualifizierte Personen. In Fachrichtungen wie Medizin, Chemie, Ingenieurwissenschaften planten die staatlichen Zulassungskommissionen vor 1961 generell einen Zuschlag von 25 Prozent für die geschätzte Abwanderungsquote ein. Im Bildungswesen betrug die Anzahl von abgewanderten Fachkräften (Lehrkräfte, Lehrausbilder, Kindergärtnerinnen u. ä.) in den Jahren 1957 bis 1961 etwa 26 Prozent.

Politisch-ideologische Bildung und Erziehung

Grundprinzip der DDR-Schule war die Einheit von wissenschaftlich-fachlicher Bildung und politisch-ideologischer Erziehung. Bereits in den antifaschistisch-demokratischen Umerziehungsprogrammen der Moskauer Exil-Kommunisten hatte die „Erziehung der Erzieher" eine zentrale Stelle eingenommen. Da von den bei Kriegsende in der SBZ erfaßten Lehrkräften etwa 72 Prozent Mitglieder der NSDAP gewesen waren und so für eine Weiterbeschäftigung meist nicht in Frage kamen, fehlten trotz der wiedereingestellten, von den Nazis verfolgten Kollegen circa 40 000 Lehrerinnen und Lehrer. In einer gezielten und erfolgreichen Kampagne warb die SED neue Lehrkräfte an. Diese meist jungen „Neu-Lehrer", insgesamt mehr als vierzigtausend, waren in den Jahren 1945 bis 1947 zum Teil ohne jegliche pädagogische Vorbildung oder nach zwei- bis acht Monatslehrgängen (im Volksmund als „Schnellbleiche" bezeichnet) an die Schulen gekommen. Sie waren politisch und sozial hoch motiviert und notwendigerweise zunächst unzureichend qualifiziert. Heute sind weniger ihre pädagogischen Fähigkeiten als ihre fachlichen Leistungen umstritten.

Konflikte dieser „Lehrer der ersten Stunde" mit den etablierten Lehrern sowie mit den Absolventen der Pädagogischen Fakultäten (aufgelöst 1955), den Instituten für Lehrerbildung (Unterstufe), den Pädagogischen Instituten (Mittelstufe), den Universitäten und der Pädagogischen Hochschule Potsdam (Oberstufe) waren vorprogrammiert.

Um den ökonomisch benötigten und auch von vielen Frauen erstrebten hohen Grad der Erwerbstätigkeit (der Anteil der weiblichen Erwerbstätigkeit betrug im Verhältnis zu den Gesamtberufstätigen in den Jahren 1955 44 Prozent, 1960 45 Prozent) garantieren zu können, mußte ein komplexes Kinderbetreuungssystem geschaffen werden. Die „Vorschulerziehung" fand statt in den Kindertageskrippen, die Säuglinge ab der zehnten Lebenswoche aufnahmen, und in den Kindergärten, in denen die Kinder von drei bis sechs Jahren betreut wurden. Während der Bedarf an Kinderkrippenplätzen in den fünfziger Jahren stets höher war, als Plätze vorhanden waren, konnte für die Kindergärten eher ein den Wünschen entsprechender Versorgungsgrad erreicht werden.

Foto: Ullstein Bilderdienst

Jugendliche bei einer Jugendweihefeier im März 1958 mit Urkunde und Buchgeschenk.

Kinder- und Jugendorganisationen

Die politischen Kinder- und Jugendorganisationen der Jungen Pioniere und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) mit ihren Erziehern, den Pionierleitern und den FDJ-Sekretären, nahmen im Bildungs- und Erziehungssystem einen wichtigen Platz ein.

Sie stellten eine Art paralleles Erziehungssystem zur Schule dar und orientierten sich in Organisationsform und äußerer Erscheinung (uniformierte Kleidung) am sowjetischen Vorbild. Sie boten sowohl im Rahmen der Schule als auch im außerschulischen Bereich als kulturelle und sportliche Freizeitorganisationen vielfältige Einflußmöglichkeiten auf die Heranwachsenden. Der erreichte hohe Organisationsgrad war Ergebnis starker Indoktrination („freiwilliger Zwang") und der Tatsache, daß Nichtmitgliedschaft verschiedene Nachteile haben konnte. So erhielt man beispielsweise schlechtere Beurteilungen wegen mangelnder „gesellschaftlicher Arbeit" oder wurde von bestimmten Gemeinschaftserlebnissen ausgeschlossen, für einen Studienantrag wirkte sich dies in jedem Falle negativ aus. Allerdings gab es auch das verbreitete Phänomen formaler Mitgliedschaft.

Beide Organisationen verfügten über eigene Zeitungen und ein vielfältiges Freizeitangebot in Sportstätten, Schulungs- und Begegnungseinrichtungen (Pionierhäuser, FDJ-Clubs) sowie Ferienlagern. In der 1948 gegründeten Pionierorganisation waren 1952 von allen schulpflichtigen Kindern 62 Prozent Mitglied, 1959 bereits 84,3 Prozent.

Um eine „systematische sozialistische Erziehung" durchzuführen, erfolgte eine Gliederung der Organisation in „Jungpioniere" (6 bis 9jährige) und „Thälmann-Pioniere" (10 bis 14jährige). Nach einer Art Lehrplan wurden die Inhalte und Tätigkeiten (Singen und Spielen, Altstoffsammeln u. ä.) vorgeschrieben, sie sollten die Pioniere zu „Helfern der Werktätigen" erziehen. Blaues (Jungpioniere) oder rotes (Thälmannpioniere) Halstuch, Pioniergruß, Appelle, Friedens- und Heimatlieder wirkten ritualbildend. Festgeschrieben wurden die politischen und moralischen Ziele in den 1960 verabschiedeten „Zehn Geboten" der Jung-Pioniere, die Patriotismus, Friedensliebe, Elternliebe, Internationalismus sowie Eigenschaften wie Fleiß, Wahrheitsliebe, Hilfsbereitschaft, und sportliche Aktivität propagierten.

Die FDJ erreichte bei den 14- bis 25jährigen nie einen so hohen Organisationsgrad, in den Jahren 1950 bis 1958 blieb er stets unter 50 Prozent. 1946 als „überparteilich" gegründet, wurde dieser Anspruch seit 1948 nicht mehr aufrechterhalten. 1952 erkannte die FDJ die führende Rolle der SED an und erklärte sich 1957 zur „sozialistischen Jugendorganisation" der DDR. In sogenannten Grundorganisationen (nach dem Muster der SED) in Betrieben, Hochschulen und Schulen sowie verschiedenen Einrichtungen organisiert, uniformiert in Blauhemden, startete die FDJ zahlreiche politische, ökonomische und kulturelle Mobilisierungskampagnen, mit denen sie sich als „zuverlässige Kampfreserve der Partei der Arbeiterklasse" inszenierte.

In „Jugendobjekten" wurden FDJ-Brigaden bei wichtigen ökonomischen Bau-

Foto: Ullstein Bilderdienst

Ausschnitt eines Wandbildes aus Kacheln der Porzellanmanufaktur Meissen im Stile des Sozialistischen Realismus in der Pfeilerhalle des Hauses der Ministerien in Ost-Berlin 1952.

vorhaben (zum Beispiel Talsperrenbau in Sosa 1949 bis 1951, Bau von Stalinstadt, heute Eisenhüttenstadt, 1951 bis 1954, Meliorationsarbeiten in der Altmärkischen Wische 1958 bis 1960) eingesetzt. In jährlich stattfindenden „Messen der Meister von Morgen" konnten technisch und wissenschaftlich begabte Schüler, Lehrlinge und Studierende in einen Wettbewerb treten.

Die politische Schulung erfolgte unter anderem in „Zirkeln junger Sozialisten", in denen ein „Abzeichen für gutes Wissen" in Gold, Silber oder Bronze erworben werden konnte.

Im Hochschulbereich und an den Oberschulen hatte die FDJ 1952/53 zu einer „ideologischen Schlacht" gegen die (evangelischen) Jungen Gemeinden aufgerufen, in deren Verlauf über 300 junge Menschen von Hochschulen und Oberschulen verwiesen wurden. Ein Teil dieser Repressionen wurde nach dem 17. Juni 1953 wieder rückgängig gemacht. Die mit dieser Kampagne verbundene Auflösung der Studentenräte beendete endgültig letzte Ansätze einer pluralen Interessenvertretung der Studierenden. Ein umfangreiches Schulungssystem für die Mitglieder und eine stetig zunehmende Schar von hauptamtlichen FDJ-Funktionären sorgten für allseitige Präsenz im DDR-Alltag.

Wichtiges Anliegen der FDJ war auch die „sozialistische Wehrerziehung", für die sie mit der 1952 gegründeten „Gesellschaft für Sport und Technik" (GST) in der „wehrsportlichen Erziehung und vormilitärischen Ausbildung" zusammenarbeitete. In der GST konnten Jugendliche ab 14 Jahren sogenannte „Wehrsportarten" (Wehrkampfsport, Sportschießen, Sporttauchen, Flugsport, Fallschirmspringen u. ä.) praktizieren, sie wurden mit den „militärpolitischen Grundsätzen" der DDR bekannt gemacht und erhielten die Möglichkeit, begehrte Führerscheine fast kostenlos zu erwerben.

Jugendweihe

Ein wesentliches Element der politisch-ideologischen Bemühungen um Kinder und Jugendliche war die gegen die Kirchen gerichtete atheistische Erziehung. Mit der erstmals 1955 durchgeführten Jugendweihe gelang es der SED, eine besondere Form des Übergangs der Jugendlichen zum Erwachsenenalter zu schaffen. Als weltliche Alternative zur evangelischen Konfirmation angelegt, fanden im sogenannten Jugendweihejahr (dem achten Schuljahr) für die Vierzehnjährigen „Jugendstunden" statt, in denen wissenschaftlich-technische, philosophische, aber auch moralische und kulturelle Themen behandelt wurden. Ein attraktives Exkursionsprogramm (Sternwarten, Museen, Gedenkstätten) und Einblicke in die Arbeitswelt der Erwachsenen (Betriebe, Baustellen und LPG) gehörten ebenfalls zu diesem Ausbildungspensum. Die eigentliche Jugendweihefeier, deren Ablauf die Orientierung an den Konfirmationsfeiern deutlich offenbarte (Gesang, Ansprache, Gelöbnis) stand am Abschluß dieses gemeinschafts- und bewußtseinsbildenden Prozesses. Unter der Devise „Wissen ist besser als Glauben" (1957) stand auch das Buch „Weltall-Erde-Mensch" (mit einem Vorwort von Walter Ulbricht), das als eine Art Handbuch Beiträge zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung, aus Wissenschaft und Technik sowie Geschichte und Philosophie vereinte. Es wurde allen überreicht, die an der Jugendweihe teilnahmen.

Von anfänglich zögerlicher Teilnahme, die zwar formal freiwillig war, jedoch durch intensive Werbung bei Schülern und Eltern, durch massiv nötigende Agitation und psychischen Druck in der Schule und in der Pionierorganisation unterstützt wurde, erhöhte sich der Prozentsatz der Teilnehmer von 17,7 Prozent im Jahre 1955 auf 44,1 Prozent im Jahre 1958. Eine offensive Großkampagne ließ im Jahre 1959 die Teilnehmerzahl auf beachtliche 80,4 Prozent ansteigen. Dieser hohe Anteil kam durch verschiedene Faktoren zustande: erheblicher Druck und eine konzentrierte Beeinflussung von Elternhaus und Schule, die schlaue Taktik der SED, doppelte Teilnehmerschaft von Jugendweihe und Konfirmation zuzulassen (im Unterschied dazu verbot die Kirche dies bis in die sechziger Jahre hinein). Die SED konnte die Durchsetzung dieses traditionell-atheistischen und zunehmend sozialistischen Rituals als Erfolg ihrer Anti-Kirchenpolitik werten.

Kunstpolitik

Kultur und Künste sollten nach den Vorstellungen der SED vorrangig eine bewußtseinsbildende Rolle bei der Realisierung der politischen und gesellschaftlichen Aufgaben spielen. Ein „weiter" Kulturbegriff zielte auf die „Einheit von geistiger und materieller Kultur". In der Verfassung von 1949 war ein freier Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen verankert.

Mit dem „Aufbau des Sozialismus" (1952) proklamierte die SED auch das Ziel, eine deutsche, sozialistische Kultur und Kunst zu schaffen. Als deren allein verbindliche künstlerische „Schaffensmethode" übernahm sie aus der Sowjetunion den „Sozialistischen Realismus", der seit dem Ersten Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller 1934 zur Grundlage der sowjetischen Künste und Kultur erklärt worden war. Unter Sozialistischem Realismus wurde eine wahrheitsgetreue, konkret-historische Darstellung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären bzw. sozialistischen Entwicklung verstanden. Um seine richtige bzw. falsche Interpretation drehten sich seit dem ZK-Beschluß über den „Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur" (1951) alle künstlerischen Auseinandersetzungen und kulturellen Kampagnen in den fünfziger Jahren. Als zentrale Kategorien des „Sozialistischen Realismus" galten: Parteilichkeit, Volksverbundenheit, soziale Typisierung, Tradition und Neuerertum.

Für die Kulturpolitik der SED spielte das Selbstdarstellungskonzept von der „Literaturgesellschaft" eine Schlüsselrolle. Johannes R. Becher, der prominente kommunistische Dichter, der aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrt und seit 1954 erster Kulturminister der DDR war, hatte dieses Konzept auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongreß 1956 vorgestellt. Es war ein utopischer Modellentwurf, der eine „harmonische Gemeinschaft von Kunst und Volk" anstrebte. In dieser

Konzeption wurde der Traditionspflege ein Logenplatz zugewiesen. Insbesondere die deutsche Klassik, aber auch die als „fortschrittlich" qualifizierte Literatur und Kunst anderer Jahrhunderte (auch anderer Länder) sollten zusammen mit der neu entstehenden Kunst den „goldenen Fond" der sozialistischen DDR-Kultur bilden, deren Herausbildung seit 1957 verstärkt gefördert wurde.

Die 1954 in Weimar begründeten „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur", die Forschungs- und Editionsarbeit leisteten und einen auch international anerkannten Ort geistig-kultureller Begegnung und museale Präsentation darstellten, sollten dieses Konzept professionell unterstützen. Jubiläen und Gedenkveranstaltungen, etwa 1955 zum Schillergedenkjahr mit dem umstrittenen Auftreten Thomas Manns in beiden deutschen Staaten, hoben das Prestige der DDR.

Geist und Macht

Trotz der Behauptung der SED, daß in der DDR die uralte antagonistische Gegenüberstellung von Geist und Macht in ein harmonisches Verhältnis beider übergegangen sei, blieb eine Grundspannung zwischen der Partei, den staatlichen Kultur- und Verwaltungsinstitutionen sowie den Künstlern und Intellektuellen bestehen. Auch gegenüber dem bereits 1945 als „überparteiliche" Intelligenzorganisation gegründeten „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" (ab 1958 Deutscher Kulturbund), der sich dem Humanismus und dem Antifaschismus verschrieben hatte, existierte ein latentes Mißtrauen. Zunächst noch gesamtdeutsch orientiert, wollte er die künstlerische, wissenschaftliche und technische Elite an „die Seite der Arbeiterklasse" führen. In seiner Arbeit wie in den neu geschaffenen Institutionen und Organisationen Akademie der Künste (1950), Schriftstellerverband (1952), Verband Bildender Künstler (1952), Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler traten ernste Konflikte zwischen dem demokratischen Anspruch und der autoritären Durchsetzung der kulturpolitischen Maximen auf.

Die parteipolitische Reglementierung und Disziplinierung erstreckte sich dabei nicht nur auf die Partei-Intellektuellen wie Johannes R. Becher, Hanns Eisler, Anna Seghers oder Stephan Hermlin, sondern sie betraf auch alle anderen: Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Peter Huchel, Stefan Heym oder Ernst Busch. Sie konnten sich nur in heftigen Auseinandersetzungen gegen die engen kulturpolitischen Auffassungen behaupten. Dies war für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler oft mit parteipolitischen Reglementierungen und Disziplinierungen sowie schweren Schaffenskrisen verbunden. Zugleich verstand es die SED, sie durch ein geschicktes System von materiellen und ideellen Privilegien an das „sozialistische Experiment" zu binden. Dazu gehörten die seit 1949 alljährlich verliehenen hochdotierten Nationalpreise in drei Klassen für Kunst und Literatur, Wissenschaft und Technik, weitere Kunst-Auszeichnungen, besondere Versorgungssysteme und Reisemöglichkeiten.

Das Mißtrauen der SED-Führung gegenüber den Intellektuellen und den Kunstschaffenden wurde besonders geschürt durch den Aufstand am 17. Juni 1953, in dessen Verlauf sich zwar die meisten staatsloyal verhalten, aber teilweise auch sehr entschiedene Kritik an den administrativen und stalinistischen kulturpolitischen Gängelungen geäußert hatten. Im Zusammenhang des 20. Parteitages der KPdSU kam es auch in der DDR 1956/57 zu einem kurzen „Tauwetter", das sich in Philosophie, Ästhetik sowie in den Kunstwissenschaften und in den Künsten auswirkte. Antistalinistische Thesen und Positionen von Ernst Bloch, Hans Mayer, Georg Lukács bestimmten die Auseinandersetzungen um eine Entdogmatisierung, wie sie sich zum Beispiel im „Sonntag", der kulturpolitischen Wochenzeitung des Kulturbundes, niederschlugen. Nach einem kurzen halben Jahr des „frischen Windes" (Gerhard Zwerenz) folgten zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen sowie andere Maßregelungen von in diesem „Tauwetter" führend Beteiligten.

In der seit 1957 geführten „ideologischen Offensive" hatten sich Partei- und Kulturfunktionäre wie Kurt Hager und Alexander Abusch, der Nachfolger Bechers, hervorgetan.

Die renommierte Zeitschrift des Kulturbundes „Aufbau" wurde wegen Propagierung von Dekadenz „plötzlich" eingestellt. Sie hatte unter anderem Jean-Paul Sartre, William Faulkner und Wolfgang Koeppen veröffentlicht und vor allem zuwenig Literatur des „Sozialistischen Realismus" berücksichtigt. 1957 bedeutete auch das Ende der Kolumne „Offen gesagt" in der „Berliner Zeitung", die Stefan Heym nach dem 17. Juni 1953 als eine in der Presselandschaft der DDR singulär bleibende Form eines kritischen Journalismus entwickelt hatte. In der Folge dieses scharfen Konfrontationskurses verließen 1957 Alfred Kantorowicz und Gerhard Zwerenz, 1959 Heinar Kipphardt und Uwe Johnson, 1961 Ernst Bloch sowie 1963 Hans Mayer die DDR.

Sichtbarstes optisches Zeichen des „kulturrevolutionären" Gestaltungswillens der SED waren die in den fünfziger Jahren erbauten Kulturhäuser (insgesamt gab es 160 davon), die als „Arbeiter- und Bauern-Tempel" sowohl als Betriebskulturhäuser wie auch auf dem Lande errichtet wurden und „Stätten des geistig-kulturellen Lebens sowie der Geselligkeit und Unterhaltung" sein sollten. Durch politische und kulturelle Großveranstaltungen, Theater- und Filmaufführungen, sowie als „Heimstätten des künstlerischen Volksschaffens" wurden sie als ein wesentlicher Faktor zur

Sozialistischer Realismus

Beschluß des ZK der SED über den Kampf gegen den Formalismus vom 17. März 1951

Um eine realistische Kunst zu entwickeln, orientieren wir uns am Beispiel der großen sozialistischen Sowjetunion, die die fortschrittlichste Kultur der Welt geschaffen hat.

Genosse Shdanow hat 1934 wie folgt formuliert: „Genosse Stalin hat unsere Schriftsteller die Ingenieure der menschlichen Seele genannt. Was heißt das? Welche Verpflichtung legt Ihnen dieser Name auf?

Das heißt erstens, das Leben kennen ..., es nicht scholastisch, nicht tot, nicht als ‚objektive Wirklichkeit', sondern als die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung darstellen zu können.

Dabei muß die wahrheitsgetreue und historisch konkrete künstlerische Darstellung mit der Aufgabe verbunden werden, die werktätigen Menschen im Geiste des Sozialismus ideologisch umzuformen und zu erziehen. Das ist die Methode, die wir in der schönen Literatur und in der Literaturkritik als die Methode des sozialistischen Realismus bezeichnen."

Welche Lehren haben wir daraus für das Kulturschaffen in der Deutschen Demokratischen Republik zu ziehen? Um eine realistische Kunst zu entwickeln, „die ... die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck bringt" (Entschließung des III. Parteitages der SED), müssen unsere Kunstschaffenden das Leben richtig, das heißt in seiner Vorwärtsentwicklung darstellen. Dazu ist die Kenntnis der Entwicklung des wirklichen Lebens erforderlich. Die typischen Umstände unserer Zeit, unter denen die getreue Wiedergabe typischer Charaktere erfolgen soll, sind die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik, das ist der Kampf um die Lösung der Lebensfragen unseres Volkes.

Entsprechend dieser Verhältnisse muß die wahrheitsgetreue, historisch konkrete künstlerische Darstellung mit der Aufgabe verbunden werden, die Menschen im Geiste des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland, für die Erfüllung des Fünfjahrplans, zum Kampf für den Frieden zu erziehen.

Die realistische Kunst vermittelt die Erkenntnisse der Wirklichkeit und erweckt in den Menschen Bestrebungen, die geeignet sind, sich in einer fortschrittlichen, schöpferischen Tätigkeit im Sinne der Lösung der Lebensfragen unseres Volkes zu verkörpern. [...]

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 433–440.

Zensurfragen

In der so stark ideologisierten Gesellschaft der DDR gab es eine Reihe von Themen und Gegenständen, die innerhalb des Herrschaftsdiskurses entweder als Leerstellen oder nur in Andeutungen oder Umschreibungen vorkamen. [...] Das war erstens die Sowjetunion, deren heroisches und positives Bild nicht durch gegenläufige Meldungen zu ihrer Vergangenheit und Gegenwart angetastet werden durfte. Zweitens wurde kein negatives oder kritisches Bild von den kommunistischen Parteien und ihrem Führungsanspruch zugelassen. Drittens ging es um das sozialistische Wesen des Systems, das höchstens systemimmanent, aber nicht als Gesellschaftsform zu kritisieren war. [...]

[...] Vor Erscheinen eines Jugendbuches mußte die schwierige Frage geklärt werden [...], ob der Titel „Tito, die Geschichte einer Präriewölfin" erscheinen durfte. (Stalin hatte 1948 mit dem damaligen jugoslawischen Parteichef, Josip Broz Tito, gebrochen, weil dieser eigene ideologische Vorstellungen hatte und die Unabhängigkeit seines Staates einforderte – *Anm. d. Red.*)

Die Wölfin hatte sympathische Züge und triumphierte über alle Fallen und Giftbrocken ihrer Widersacher. Kurt Hager fürchtete, der Leser würde den Titel „allegorisch mit dem Banditen Tito in Verbindung bringen" und forderte einen Auslieferungsstop. [...] Lektor Holz erklärte, den Titel nicht fahrlässig ausgesucht zu haben. Man könne ihn nicht ändern, die Erzählung Thompson-Setons gehöre zur Weltliteratur. Westbekannte hätten sogar gelobt: „Es ist erstaunlich, daß bei Euch ein Buch namens ‚Tito' erscheinen kann [...] Eine andere Kollegin fand, daß „die Kinder durch die Gestalt der Präriewölfin Tito so ausgefüllt sind, daß in ihnen kein Raum mehr bleibt, um zu schädlichen Assoziationen zu kommen. Außerdem ist dadurch, daß Tito ein weibliches Tier ist, die Gefahr einer Gedankenverbindung stark abgemildert." Der Verleger selbst fand [...], daß die Diskussion die entscheidende Frage offen gelassen hätte: „Selbst wenn Kinder beim Lesen des Heftes nicht sofort schädliche Gedankenverbindungen herstellen, so wirkt doch die positive Darstellung des Raubtieres im Unterbewußtsein und später verbindet sich dann aus der Erinnerung heraus mit dem Namen Tito etwas Positives. Diese später auftretende oder möglicherweise auftretende Gedankenverbindung mit der Tito-Clique und ihrer faschistischen Politik mußte ein ausreichender Grund sein, das Buch nicht neu aufzulegen."

Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis, Jedes Buch ein Abenteuer, Berlin 1997, S. 18 und S.25 f.

Herausbildung der (kollektiven) sozialistischen Lebensweise angesehen. Oft palastartig ausgeführt, mit moderner Technik (Fernsehapparaten, die damals privat noch kaum verbreitet waren) ausgestattet, konnten sie als zentrale Orte der Feier- und Festtagsgestaltung sowie des Vergnügens von Teilen der Bevölkerung angenommen werden. Besonders in ländlichen Regionen waren sie kulturelle Anziehungspunkte.

Belletristik

Der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung folgend, wurde auch in der SED dem gesprochenen und geschriebenen Wort eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Daher standen auch die Schriftsteller immer im besonderen Visier der Parteibürokratie. Ein effizientes Presse- und Verlagswesen, weit verzweigte Bibliothekseinrichtungen sowie ein gut funktionierender Buchhandel sollte dieser Wertschätzung Rechnung tragen.

Im kulturellen Bereich war die Zeitschriften-Szene gut überschaubar, sowohl wegen ihrer hohen Kontinuität wie ihrer geringen Anzahl. Neben dem „Sonntag" spielte vor allem „Sinn und Form" als „geheimes Journal der Nation" (Walter Jens), herausgegeben von der Akademie der Künste, seit 1949 unter der Chefredaktion des parteilosen Dichters Peter Huchel eine Rolle. Mit weltliterarischer Ausrichtung und gesamtdeutschen Autorinnen und Autoren war die Zeitschrift in Parteikreisen ebenso als „elitär" und „dekadent" verpönt wie sie bei vielen Intellektuellen und Schriftstellern als hochqualifizierte Literaturzeitschrift anerkannt war. Sie wurde kritisiert, weil sie zuwenig sozialistische Literatur veröffentliche und weil sie in den Debatten um Hanns Eislers Faust-Libretto oder um Ernst Barlachs Bildhauerkunst differenzierende Positionen gegenüber dem parteioffiziellen Dekadenz-Verdikt abgedruckt hatte. Von Kurt Hager, Mitglied des ZK der SED und ZK-Sekretär für Wissenschaft und Kultur, wegen „majestätischer Isoliertheit im Elfenbeinturm" angegriffen (Stasiprotokolle sprachen von seiner „ideologischen Zersetzungsarbeit"), wurde Huchel Ende 1962 gekündigt. Es dauerte noch bis 1971, bis man den völlig Isolierten ausreisen ließ.

Bei einer in den fünfziger Jahren stetig steigenden Buchproduktion kamen 5,6 Exemplare auf jeden Bürger, worauf sich die propagandistische Bezeichnung als „Buch-" bzw. „Leseland" gründete. Rund 80 Verlage, davon 22 für Belletristik, Kinder- und Jugendliteratur sowie 40 Verlage für wissenschaftliche und Fachliteratur, stellten diese Bücher nach staatlichen Themenplänen und unter der Kontrolle eines wachsamen Parteiapparates und des Amtes für Literatur und Verlagswesen (seit 1958 als Abteilung Literatur und Buchwesen ins Ministerium für Kultur integriert) her. Zentrales Steuerungsinstrument war außer der Themenplanung die Papierkontingentierung, die das stets Mangelware bleibende und teure Papier nach politischen „Schwerpunkten" verteilte. In dem zwischen den Verlagen entbrannten Kampf um das Papier lief der zentrale Parteiverlag Dietz immer außer Konkurrenz.

Die Abteilung „Begutachtung" in der Hauptverwaltung (HV) war das Zentrum der Zensur, die es offiziell nicht gab und deren Tätigkeit in der DDR deshalb mit dem umständlichen Begriff „Druckgenehmigungsverfahren" eher vornehm und verschleiernd umschrieben wurde. Diesem sogenannten „Druckgenehmigungsverfahren", zu dem auch die Selbst-Zensur als individuelles Vorfeld sowie die Zensurinstanzen in den Verlagen selbst gehörten, war jede Art von Literatur unterworfen. Es bildete ein ständiges Ärgernis zwischen den Schriftstellern, anderen Buchautoren und den verschiedenen Zensurinstanzen. Da die Kriterien der Zensur grundsätzlich abhängig waren von der jeweiligen gerade als verbindlich geltenden Interpretation des Marxismus-Leninismus, den wechselnden kulturpolitischen Kampfkonzepten und Losungen sowie den sich ändernden politischen Ereignissen und internationalen Groß- oder innerstaatlichen Kleinwetterlagen, kam es immer wieder auch bei „Parteischriftstellern" und ganz „staatstreuen" Büchern zu Konflikten, textlichen Eingriffen und zum von den Parteiinstanzen verfügten Verbot bereits ausgedruckter Bücher. Über die Auflagenhöhen konnte die SED die Buchproduktion in ihrem Sinne und auch kanonbildend steuern. So dominierte in den fünfziger Jahren im belletristischen Bereich die antifaschistische Literatur, vor allem von kommunistischen Autoren wie Johannes R. Becher, Erich Weinert, Friedrich Wolf, Anna Seghers, Willi Bredel, die außer Einzelpublikationen jeweils Werkausgaben erhielten, aber auch von Bertolt Brecht und Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Heinrich und Thomas Mann. Es kamen aber auch Werke von in Deutschland verbliebenen Autoren wie Bernhard Kellermann, Hans Fallada, Gerhart Hauptmann heraus.

Während die deutsche klassische und nach DDR-Lesart „fortschrittliche" Literatur verschiedener Jahrhunderte und die Übersetzungsliteratur, die etwa jeden siebenten Titel ausmachte, in beachtlichen Auflagen erschienen, blieb die Literatur der Moderne des 20. Jahrhunderts (Franz Kafka, James Joyce, Marcel Proust, John Dos Passos und andere) umkämpft. Sie wurde lange mit Verdikten wie Formalismus, Dekadenz, Pessimismus, Skeptizismus abgelehnt und wurde – außer Kafka 1965 – erst seit den siebziger Jahren veröffentlicht.

Trotz der Orientierung auf „Aufbauromane" vom Typ „Menschen an unserer Seite" (Eduard Claudius, 1951), die den beruflichen DDR-Alltag thematisierten, blieb die literarische Gestaltung der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit eine wesentliche

Komponente der DDR-Literatur in den fünfziger Jahren. Zu einem, allerdings ungeplanten und unerwarteten, Bestseller wurde der autobiographisch angelegte Roman „Nackt unter Wölfen" von Bruno Apitz. Er erreichte im Jahr seines Erscheinens 1958 bereits 60 000 Exemplare, wobei das große öffentliche Interesse auch durch die feierliche Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald im September 1958 gefördert wurde, wo die Romanhandlung um die Rettung eines jüdischen Kindes spielt.

Für die Einlösung des Konzeptes „Leseland" war das Bibliothekswesen sehr wichtig. Mit einem „flächendeckenden System" von im Jahre 1960 rund 18 000 staatlichen Allgemein- und Gewerkschaftsbibliotheken (mit einem Buchbestand von 18 Millionen und 50 Millionen Entleihungen), 33 wissenschaftlichen Bibliotheken (deren größte die Deutsche Staatsbibliothek und die Deutsche Bücherei Leipzig waren) gab es einen breiten und kostenfreien Zugang zur Literatur. Die niedrigen Buchpreise hatten auch ihren Anteil daran, daß sich ein „breites mittleres Lesepublikum" herausbildete.

Bitterfelder Konferenzen

Für die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens und der Künste spielte die Tatsache, daß eine bedeutende Anzahl von Emigrantinnen und Emigranten in die DDR gekommen war, eine wichtige Rolle. Sie bestimmten zusammen mit anderen Künstlern das auch international zur Kenntnis genommene Niveau im Theater (Bertolt Brechts und Helene Weigels „Berliner Ensemble"), das Musik- und Konzert-Leben (Paul Dessau, Hanns Eisler und im DEFA-Film (Slatan Dudow, Kurt Maetzig). Die Deutsche Film AG (DEFA) besaß in der DDR das Monopol zur Herstellung von Filmen.

Die staatliche Subventionierung kulturelle und künstlerischer Einrichtungen und eine damit verbundene Preisgestaltung für Eintrittskarten bewirkte eine breite Inanspruchnahme von Theatern, Konzertsälen, Museen, Kinos. Für das gesamte kulturelle Leben gab es eine kulturpolitische Steuerung durch Jubiläen und Kampagnen wie die „Wochen der sowjetischen Kultur und Kunst", Freundschaftswochen mit den „Bruderländern", Musik- und Theaterfestspiele mit ausländischen Gästen, öffentliche Unterhaltungsgroßveranstaltungen. Die wichtigste periodische Kunstausstellung war die in Dresden seit 1946 alle vier Jahre stattfindende Deutsche Kunstausstellung. Sie präsentierte alle Genres der Bildenden Kunst, deren Exponate über Bezirksausstellungen von einer zentralen Jury nach den Kriterien des Sozialistischen Realismus ausgewählt wurden. In dem Maße, wie über „Auftragswerke" hinaus von der Norm abweichende, interessantere Werke ausgestellt wurden, gewannen diese

Foto: Jürgens Ost + Euro-Photo

Die Schriftstellerin Anna Seghers (r.) im Gespräch mit der Schauspielerin Helene Weigel, die zusammen mit Bertolt Brecht das renommierte Berliner Ensemble leitete.

Kunstausstellungen zunehmend an öffentlicher Resonanz. Die Besuchszahlen betrugen in den Jahren 1953 zur III. Ausstellung 200 000, zur IV. Ausstellung 1958/59 120 000, um in den siebziger Jahren die Millionengrenze zu überschreiten.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre unternahm die SED mit Kulturkonferenzen (1957 und 1960) sowie mit der I. und II. Bitterfelder Konferenz (1959 und 1964) energische Anstrengungen, gegen einen angeblichen „Dogmatismus der Moderne" in den Künsten eine sozialistische Kultur und Kunst mit Hilfe der „Arbeiterklasse selbst" zu organisieren. „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" hieß die Losung, mit der auf der I. Bitterfelder Konferenz, an der etwa 300 schreibende Arbeiter im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld teilnahmen, die Bewegung „schreibender Arbeiter" aktiviert wurde.

Die seit 1959 alljährlich stattfindenden Arbeiterfestspiele, vor allem vom FDGB und dem Ministerium für Kultur verantwortet, dienten dazu, die besten Laienproduktionen von etwa 80 Ensembles und die literarischen Ergebnisse der etwa 100 Zirkel schreibender Arbeiter vorzustellen. Dabei praktizierte man die Zusammenarbeit von Berufs- und Laienkünstlern. Trotz dieser Anstrengungen zeigte sich bald, daß auf diesem Wege nur im Ausnahmefall wirklich talentierte Autoren rekrutiert werden konnten. Was als Gewinn für die Laienkünstler herauskam, war ein souveränerer Umgang mit Kunst und Literatur.

Der propagierte „neue Lebensstil" war auch gegen die „westliche Unkultur" gerichtet, als deren Inbegriff die amerikanische Tanzmusik und die beliebten, aber noch verpönten Jeans galten. Seit 1958 brachte die ministerielle Anordnung, auf Tanzveranstaltungen 60 Prozent der Musik von Komponisten aus der DDR und den „befreundeten Bruderländern" zu spielen, bei den Jugendlichen großen Unmut hervor, und die obligaten 40 Prozent Musik aus den übrigen Ländern der Welt wurden mit allerlei Tricks vergrößert.

Die zweite Dimension des Bitterfelder Weges, die auf eine engere Verbindung von Kunst und Leben gerichtet war, führte zahlreiche Autoren in die Kombinate und Betriebe. Ihre (zeitweilige) Ansiedelung auf den „Großbaustellen des Sozialismus" oder auf dem Lande bewirkte, daß sich der Realitätsgehalt der Literatur erhöhte. Auf der Suche nach dem „Antlitz der herrschenden Klasse", den „Helden unserer Tage" fanden die in den Betrieben bestehenden gesellschaftlichen und persönlichen Konflikte oft auf offiziell unerwünschte und allzu realistische Weise ihren Niederschlag. Es kam hinzu, daß diese Art von Literatur vom Publikum weitgehend als „langweilig" empfunden und nicht gekauft wurde, was die kulturpolitisch engagierten Verlage in ökonomische Schwierigkeiten brachte.

In der Folgezeit oft als „Bitterer Feldweg" oder auch als „Bitterfelder Sackgasse" bespöttelt, von außen als „DDR-eigene Absurdität" betrachtet, stellte dieses Konzept die letzte große kulturpolitische Anstrengung der Ulbricht-Ära dar. Die direkte Bindung von Kunst und Literatur an politische und ökonomische Aufgaben (oft kampagnenhaft angekurbelt durch sozialistische Losungen wie „Kunst hilft Kohle", „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit") wurde von vielen Künstlern zunehmend abgelehnt. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war das Ende der Übergangszeit erreicht, viele ältere Künstler wie etwa Brecht und Becher bereits verstorben und eine neue Generation bereitete die „Geburtsstunde" der eigentlichen DDR-Literatur vor.

An der Schwelle zum nächsten Jahrzehnt

Auf dem Weg in die westliche Staatenwelt

Axel Schildt

Für die Bundesrepublik Deutschland waren die fünfziger Jahre die Zeit der beginnenden politischen, wirtschaftlichen und schließlich auch kulturellen Wendung zum Westen. Die Einrichtung und wachsende Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie, die überaus erfolgreiche Eingliederung in die westliche Weltwirtschaft, der sozialhistorisch geradezu revolutionäre und in einem kurzen Zeitraum sich vollziehende Wandel von der Armut der Nachkriegszeit zu ersten Konturen ungewohnten Massenkonsums, der tiefgreifende Strukturwandel zu einer noch stärker industriell geprägten und in neuer Form urbanisierten Gesellschaft zeigen ein insgesamt äußerst dynamisches Jahrzehnt.

Diese Erfolge der Bundesrepublik in ihrem ersten Jahrzehnt sind nicht zu bezweifeln, aber es war keine widerspruchsfreie und konfliktlose Zeit. In der Konkurrenz mit der DDR hob sich das westliche Deutschland zwar immer deutlicher als zugleich wirtschaftlich und sozialpolitisch erfolgreiches und demokratisches Modell ab. Aber die Bundesrepublik entstand als Gesellschaft auch nicht aus dem Nichts. Die fünfziger Jahre waren ein Zeitraum, in dem noch starke Kontinuitäten aus der Zeit vor 1933 und auch aus dem Dritten Reich spürbar waren, sowohl bei den Führungskräften in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft (relativ am wenigsten in den großen politischen Parteien) wie in der Bevölkerung insgesamt. Dies umschloß für einen Teil der Bundesbürger autoritäre, politikferne, staatsgläubige und antiliberale Wertmuster, Mentalitäten und Einstellungen, die erst allmählich, mit dem Wechsel der Generationen, abschmolzen. Besonders der aus heutiger Sicht problematische Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in den frühen fünfziger Jahren zeigt dies deutlich.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges dominierten stark kontrastierende Freund-Feind-Bilder, die vor allem den Auseinandersetzungen um deutsche Einheit, Westintegration und um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik stellenweise ein dramatisches Gepräge verliehen. Aber mit der allmählichen globalen Entspannung und der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung begann sich auch die politische Kultur zu pluralisieren. Die Bundesrepublik hatte Ende der fünfziger Jahre einen eigenständigen Platz in der Reihe der anderen westlichen Demokratien gefunden.

Antifaschismus und Obrigkeitsstaat

Christoph Kleßmann

Zur Gründung der DDR schickte Stalin ein Glückwunschtelegramm, das die Bildung dieses Staates als „einen Wendepunkt in der Geschichte Europas" feierte. Die SED ist dieser Sicht stets gefolgt und hat sich als Gegenbild zur Bundesrepublik verstanden, die angeblich in der verhängnisvollen deutschen Tradition des Militarismus und Imperialismus stand. Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung", die grundlegende politische und sozialökonomische Strukturveränderung in Staat und Gesellschaft, war nach dieser Lesart die Garantie, um Fehlentwicklungen, die im Nationalsozialismus ihren blutigen Höhepunkt erreicht hatten, künftig unmöglich zu machen.

Der in der strukturellen Entnazifizierung, also der tiefgreifenden Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Basis der Gesellschaft begründete Antifaschismus wurde zur Staatsideologie der DDR, mit der sie ihren Anspruch untermauerte, das „bessere Deutschland" zu verkörpern. Unzweifelhaft setzte sich die politische Führungselite der DDR aus Gegnern und Opfern des Faschismus zusammen. Der totale Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, verbunden mit bewußter und gezielter Pflege der Traditionen des kommunistischen Widerstandes, erweist sich jedoch bei einem genaueren Blick auf die Entwicklung des neuen Staates als nicht mehr so eindeutig. Die SED besaß eine verbindliche Interpretation der Ursachen des Nationalsozialismus, die sie mit einer Schuldzuweisung an Großkapital und Großgrundbesitz als Träger der Hitlerdiktatur verband. Die Frage nach den Mitläufern und Stützen des Regimes in der breiten Bevölkerung trat so ganz in den Hintergrund und wurde auf die Vorstellung der manipulativen Verführung begrenzt.

Ein geschöntes Geschichtsbild und zu politischen Ritualen erstarrte Formen der Distanzierung vom Faschismus verdeckten, daß es jenseits der Elbe nicht nur in der Struktur und in der Politik des Staates, sondern auch in den Einstellungen und Verhaltensweisen viele Kontinuitätslinien zur Zeit vor 1945 gab. Denn auf den Trümmern des nationalsozialistischen Deutschlands wurde in der DDR unter ideologisch entgegengesetztem Vorzeichen eine zweite Diktatur errichtet. Sie wies gravierende Unterschiede, aber auch fatale Parallelen zur ersten auf.

Der Zentralismus bestimmte die staatlichen Strukturen und die politischen Entscheidungen, Länder als Gegengewicht zur Berliner Zentrale gab es seit 1952 nicht mehr. Die marxistisch-leninistische Ideologie mit ihrem absoluten Wahrheitsanspruch verschärfte die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. Das Leben in der Diktatur förderte Untertanenmentalität und Rückzug in die Nischen statt politischer und gesellschaftlicher Kreativität. Der Antifaschismus der DDR verhinderte nicht, daß sich erneut ein besonders in den fünfziger Jahren brutales diktatorisches System etablierte, das Andersdenkende verfolgte, jede Form von Opposition unterdrückte, Wahlen auf allen Ebenen manipulierte und zur Farce machte, und dies alles mit bürokratischer deutscher Gründlichkeit. Die von der Partei- und Staatsführung eingeforderte Disziplin und Linientreue, die ununterbrochen von oben praktizierte Erziehung und Belehrung färbten auf viele Bereiche der Gesellschaft ab. Insgeheim sahen auch die osteuropäischen Nachbarn in der DDR Züge des deutschen Obrigkeitsstaats vergangener Epochen.

Die Auseinandersetzung mit der Last der NS-Vergangenheit war in der Bundesrepublik ohne Zweifel ein langwieriger, mühsamer und auch mit einigen politisch-moralischen Skandalen gepflasterter Weg. Aber sie blieb zu allen Zeiten von kritischen Diskussionen begleitet. In der DDR fehlte dieses Element. Die Nähe zur Bundesrepublik bot bequeme Möglichkeiten der historischen Schuldzuweisung und der Ablenkung nach Westen. Erst in der Auflösungsphase der DDR setzte sich die Erkenntnis durch, daß auch der zweite deutsche Staat sich mit seinem „verordneten Antifaschismus" nicht einfach von der Vergangenheit hatte lossagen können.

Literaturhinweise

Abelshauser, Werner: *Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966,* Düsseldorf 1987. 191 S.

Eine mit einer ausführlichen Einleitung versehene Quellensammlung mit einem Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung. Der Titel deutet an, daß die fünfziger Jahre als Synonym für die Wiederaufbauzeit erst mit der ersten Rezession Mitte der sechziger Jahre zu Ende gingen.

Anweiler, Oskar/Fuchs, Hans-Jürgen/Dorner, Martina/Petermann, Eberhard (Hg.): *Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband,* Opladen 1992. 574 S.

In Zusammenarbeit älterer und jüngerer Autorinnen und Autoren aus beiden Teilen Deutschlands entstandenes Standardwerk zur Bildungspolitik und -praxis in beiden deutschen Staaten, das Unterschiede zwischen dem pluralistischen und föderalistischen System der Bundesrepublik einerseits und dem monistischen und zentralistischen System in der DDR andererseits deutlich werden läßt. Der Band enthält differenziert kommentierte Texte zu den Komplexen: Bildungspolitik, Bildungsinhalte, Bildung und Arbeitswelt, Erziehungsansprüche und Erziehungskonflikte. Von besonderem Wert ist eine Zeittafel, die auch die Entwicklungen nach 1989 berücksichtigt.

Baar, Lothar und andere (Hg.): *Quantitative Wirtschaftsgeschichte der DDR. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2,* Akademie-Verlag.

Fünf Beiträge auf der Basis umfangreicher Datenanalysen der SBZ/DDR zu den Themen wirtschaftliche Strukturen, Wachstumsentwicklung und Lebensstandard.

Bähr, Johannes/Petzina, Dietmar (Hg.): *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen,* Berlin 1996.

Sammelband, der zwölf vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland zwischen 1945 und 1990 enthält. (Themen unter anderem: Innovationsschwäche der DDR, Stahlindustrie, Chemie, Flugzeugindustrie, Finanzen, Energie und Nahverkehr).

Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried: *Jedes Buch ein Abenteuer. Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre,* Berlin 1997, 453 S.

Die umfassende und durch zahlreiche Fallbeispiele anschauliche Zusammenschau des öffentlichen Umgangs mit Literatur in der DDR der fünfziger und sechziger Jahre analysiert einzelne Stadien der Literaturplanung und -verwaltung sowie das Wirken der Zensur.

Benz, Wolfgang (Hg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.* 4 Bde., Frankfurt/M. 1989.

Die vier Bände enthalten jeweils etwa ein Dutzend Artikel zu zentralen Feldern der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die fünfziger Jahre sind in diese Darstellung integriert.

Buchheim, Christoph (Hg.): *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR,* Baden-Baden 1995.

Sammelband, der auf der Basis von neuem Quellenmaterial die verschiedenen wirtschaftlichen Folgelasten wie zum Beispiel die Reparationen, den Transfer von Technologie und Fachleuten, die Wiedergutmachung, den innerdeutschen Handel, die zentrale Planwirtschaft, die Ostintegration und die sozialen Kriegsfolgen behandelt.

Bührer, Werner (Hg.): *Die Adenauer-Ära. Die Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1963,* München 1993.

Eine nützliche Dokumentation vornehmlich auf Basis zeitgenössischer Publizistik, die vor allem die innen- und außenpolitische, aber auch die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung thematisiert.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie/Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz (Hg.): *Von Abraham bis Zwerenz.* Bd. 1–3, 1995. 2230 S.

Eine für Schule und andere Bildungseinrichtungen gedachte Anthologie mit Texten von 104 Autoren, vorwiegend aus den neuen Bundesländern bzw. der DDR. Sie ist zusammengestellt nach dem Prinzip der Selbstauswahl der Texte durch die Autoren, dies wird ergänzt durch bio-bibliographische Angaben und durch Antworten auf Fragen nach der Befindlichkeit der Autoren in der heutigen Zeit. Wegen seiner objektiven Machart ist das heterogene Buch zwar umstritten, aber als Text-Dokumentation und Bestandsaufnahme außerordentlich nützlich.

Döbert, Hans: *Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlagen,* Berlin 1995. 148 S.

Der Autor stellt wesentliche Sachverhalte des Bildungswesens informativ und präzise vor. Stichworte wie polytechnischer Unterricht, allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit, Russischolympiade, Wehrunterricht, Patenbrigade, Galerie der Freundschaft, Ministerium für Volksbildung und ähnliches verweisen auf die Besonderheiten des DDR-Bildungssystems, die sich über vierzig Jahre herausgebildet haben.

Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.): *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963,* Darmstadt 1983.

Ein knapper und zuverlässiger Überblick über die Ära Adenauer, der vor allem die grundlegenden außen- und innerpolitischen Weichenstellungen ins Zentrum der Darstellung rückt.

Emmerich, Wolfgang: *Kleine Literaturgeschichte der DDR,* erweiterte Neuausgabe, Leipzig 1996. 640 S.

Standardwerk zur Literatur der DDR, erstmals 1981 erschienen, das in stark veränderter und erweiterter Ausgabe vorliegt. Als wichtiges Handbuch umfaßt die Darstellung die gesellschaftlichen Bedingungen der Literatur ebenso wie es einzelne Autoren vorstellt und Werke analysiert. Eine neue Einleitung und ein neues Schlußkapitel dokumentieren die Auseinandersetzung um die DDR-Literatur nach 1989 (den sogenannten deutsch-deutschen Literaturstreit) und zeigen die literarischen Entwicklungen bis 1995.

Glaser, Hermann: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland,* Bd. 2 (1949 bis 1967), München 1986.

Ein großflächig angelegter Überblick über die kulturelle Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren, der zwar schwerpunktmäßig die „schönen Künste" behandelt, aber auch der „Massenkultur" gebührende Aufmerksamkeit zukommen läßt.

Gleitze, Bruno: *Ostdeutsche Wirtschaft,* Berlin 1956.

Obwohl diese Monographie schon seit vierzig Jahren vorliegt, beinhaltet das Buch noch immer eine der besten Analysen der wirtschaftlichen Ausgangslage der SBZ/DDR.

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: *So funktionierte die DDR,* Bd. 1 und Bd. 2: *Lexikon der Organisationen*

(1258 S.), Bd. 3: *Lexikon der Funktionäre* (415 S.), Reinbek bei Hamburg 1994.

Standardwerk zur DDR-Geschichte, das aus den erst nach 1990 zugänglichen Quellen erarbeitet worden ist. Analysiert und wertet Staatsorgane, Behörden, Parteien, Massenorganisationen, Vereinigungen und kulturelle Einrichtungen. In Band 3 erfaßt es biographisch die Funktionselite der DDR.

Hermand, Jost: *Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1965,* München 1986.

Entfaltung des gesamten kulturellen Panoramas der Nachkriegszeit; der Autor akzentuiert dabei besonders den Einfluß der ökonomischen und politischen Entwicklung auf die Ausprägung ästhetischer Phänomene.

Hübner, Peter: *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1970,* Berlin 1995.

Der Autor untersucht das politische und soziale Verhalten der Industriearbeiter in der DDR. Es geht unter anderem um Arbeitskonflikte in den Betrieben sowie Konsumtion, Wohnen und alltägliche Arrangements der Arbeiter.

Jäger, Manfred: *Kultur und Politik in der DDR 1945–1990,* Edition Deutschland-Archiv 1995, 287 S.

Diese aus dem Jahre 1982 stammende, nur geringfügig veränderte Darstellung des langjährigen DDR-Kenners gilt nach wie vor als detailliert gültiger Gesamt-Überblick, der auch durch die zahlreichen (literarischen, kulturpolitischen, journalistischen) Text-Beispiele für den Benutzer anschaulich ist.

Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR,* Stuttgart 1994.

Erster Versuch einer detaillierten Untersuchung wichtiger sozialgeschichtlicher Themenfelder mit Diskussion unterschiedlicher Interpretationskonzepte für die DDR-Geschichte.

Karlsch, Rainer: *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53,* Berlin 1993.

Der Autor beschreibt informativ und gut verständlich die sowjetische Demontage- und Reparationspolitik. Es werden unter anderem der Uranbergbau der Wismut AG, die Rolle der SAG-Betriebe, die Mitnahme von Wissenschaftlern sowie verdeckte Finanztransaktionen analysiert. Der Band enthält auch einen Dokumenten- und Datenanhang.

Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955,* 5. überarbeitete Auflage, Bonn 1991.

Knappe, übersichtliche und fundierte Darstellung und Dokumentation vor allem der politischen, aber auch der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung des ersten Nachkriegsjahrzehnts in den deutschen Besatzungszonen bzw. beiden deutschen Staaten.

Ders.: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970,* 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1997.

Mit dem gleichen Ansatz wird in diesem Folgeband die Entwicklung seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre analysiert.

Kornai, János: *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus,* Baden-Baden 1995, 740 S.

Grundlegende und präzise theoretische Studie über die Funktionsweise, -probleme und Wirkungsmechanismen von planwirtschaftlichen Systemen.

Lauschke, Karl/Welskopp, Thomas (Hg.): *Mikropolitik im Unternehmen* (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 3), Essen 1994.

Sammelband, der zwei informative Studien über die SAG-Betriebe in der SBZ/DDR und die Funktion der Brigaden in DDR-Betrieben zwischen 1950 und 1958 enthält.

Mitter, Armin/Wolle, Stefan: *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte,* München 1993.

Spannend geschriebene Darstellung der großen Krisensituationen der DDR (1953, 1956, 1968, 1989) auf der Basis von SED- und Stasi-Akten.

Plumpe, Werner/Kleinschmidt, Christian (Hg.): *Unternehmen zwischen Markt und Macht,* (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 1), Essen 1992.

Sammelband, der fünf Untersuchungen über die DDR-Industriegeschichte beinhaltet. Neben dem Spielraum betrieblicher Entscheidungen in der Frühphase der DDR werden die chemische Industrie im Ost-West-Vergleich, der Büromaschinenbau und die Datenverarbeitung, die Fischindustrie und die Berliner Elektroindustrie behandelt.

Schildt, Axel: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist" in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre, Hamburg 1995.*

Ausführliche Analyse der westdeutschen Sozialkultur der fünfziger Jahre.

Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre,* Bonn 1993.

Sammelband, der auch vergleichende Beiträge zur Entwicklung in der DDR im gleichen Zeitraum enthält. So zum Beispiel über den privaten Konsum oder die technische Entwicklung in der DDR-Industrie.

Schulze, Edeltraud (Hg.): *DDR-Jugend. Ein statistisches Handbuch,* Berlin 1995, 264 S.

Umfassende und seriöse statistische Datensammlung aus den quantitativen Ergebnissen der Jugendforschung, die erstmals auch bis 1989 geheime statistische Materialien einbezieht. Berücksichtigt besonders die Bereiche demographische Struktur der Jugend, Bildung und Erziehung und politische Organisiertheit.

Schwarz, Hans-Peter: *Die Ära Adenauer.* Bd. 1*: Gründerjahre der Republik 1949 bis 1957;* Bd. 2*: Epochenwechsel 1957 bis 1963,* Stuttgart/Wiesbaden 1981/83.

Eine vornehmlich politikgeschichtliche Überblicksdarstellung, die die staatsmännische Leistung des ersten Bundeskanzlers in den Mittelpunkt stellt (die Bände sind Teil einer von Karl D. Bracher und anderen hsg. „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland").

Sontheimer, Kurt: *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik,* München 1991.

Der Autor hebt in seiner politikgeschichtlich orientierten Überblicksdarstellung auf die Westintegration der Bundesrepublik ab.

Steininger, Rolf: *Deutsche Geschichte 1945 bis 1961. Darstellung und Dokumente.* Bd. 2, Frankfurt/M. 1986.

Diese Dokumentation legt ihren Schwerpunkt auf die Kontroversen um die Deutschlandpolitik und Westintegration.

Thoß, Bruno (Hg.): *Volksarmee schaffen – ohne Geschrei!,* München 1994.

Sammelband, der unter anderem eine informative Sicht der wirtschaftshistorischen Hintergründe der Aufrüstung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 vorstellt.

Walther, Joachim: *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik,* Berlin 1996. 888 S.

Eine aus den Quellen der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gearbeitete Gesamtdarstellung über die Kontrolle und Beeinflussung der DDR-Literatur durch das Ministerium für Staatssicherheit. Walther stellt nicht nur die strukturelle und personelle Entwicklung des Sicherheitsapparates dar, sondern zeigt an vielen Fallbeispielen die perfiden Methoden und gibt Einblicke in das Ausmaß der Tätigkeit von literarischen IMs.

Weber, Hermann: *Die DDR 1945 bis 1990,* 2. erweiterte Auflage, München 1993.

Knappe Darstellung des Verlaufs und der wichtigsten Themenfelder der DDR-Geschichte, geschrieben von einem ihrer langjährigen besten Kenner. Ein eigener Teil informiert als Forschungsüberblick über die Quellen und die historischen und politikwissenschaftlichen Untersuchungen zur DDR.

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB),
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Elke Diehl, Jürgen Faulenbach (verantwortlich, BpB),
Christine Hesse, Stefan Hammes (Volontär).

Manuskript und Mitarbeit: Simone Barck, Potsdam; Wolfgang Benz, Berlin; Werner Bührer, München; Burghard Ciesla, Potsdam; Elke Diehl, Bonn; Jürgen Faulenbach, Bonn; Christine Hesse, Bonn; Christoph Kleßmann, Potsdam; Werner Ripper, Seeheim; Axel Schildt, Hamburg; Walter Süß, Berlin.

Gestaltung: Karl J. Schladt, München.

Titelbild: Bundesbildstelle, Bonn.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH,
Karlstraße 35, 80333 München.

Druck: Bruckmann, Nymphenburger Straße 86, 80636 München.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage: 1 150 000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: August 1997.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Titelbild:
Bau einer Wohnsiedlung
in Aukamm, 1956

Anforderungen

bitte nur schriftlich an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40,
in 80045 München per Postkarte oder Fax 0 89/51 17-292
(Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung
bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service
unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr
zur Verfügung.